Morgenausgabe

Nr. 87 / A 44 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,68 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
21. Februar 1930

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklame-Zeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges. Depositenkasse Lindenstr. 3.

Zollerhöhung für Kaffee und Tee.

Vom Reichskabinett beschlossen. — Ab 5. März in Kraft.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung entsprechend einer gesetzlichen Ermächtigung vom 8. April 1922 den Reichsfinanzminister mit der Erhöhung des Kaffee- und Teezolles beauftragt. Die entsprechende Verordnung des Reichsfinanzministers wird sofort nach ihrem Erlaß veröffentlicht. Die Zollerhöhung tritt am 5. März in Kraft.

*

Diese Ermächtigung des Reichsfinanzministers hat zur Folge, daß die Einfuhr von rohen Kaffeebohnen statt mit 1,30 M. pro Kilo mit 1,60 M., die Einfuhr von gebranntem Kaffee statt mit 1,75 M. mit 3 M. und die Einfuhr von Tee statt mit 2,20 M. mit 3,50 M. pro Kilo verzollt werden muß. Im vergangenen Jahre brachte der Kaffeezoll dem Reich 183 Millionen und der Teezoll annähernd 13 Millionen.

Durch die Zollerhöhungen sind bestenfalls 45 Millionen bei Kaffee und 7 Millionen bei Tee an neuen Reichseinnahmen zu erwarten.

Dieser Mehrertrag kann durch einen eventuellen Verbrauchsrückgang natürlich auch kleiner werden, nachdem seit 1924 die steigenden Einnahmen aus diesen Zöllen nur durch die allmählich sich bessernde Lebenshaltung erzielt werden konnten.

Die Reichsregierung verdankt die Möglichkeit, von sich aus eine sofortige Erhöhung der Kaffee- und Teezölle vorzunehmen, einem Gesetz aus der Inflation, das damals mit Rücksicht auf die steigende Geldentwertung eine Anpassung der Reichseinnahmen an den sinkenden Geldwert wollte. Dieses Gesetz besteht heute noch zu Recht und ist die rechtliche Grundlage der vom Reichsfinanzminister jetzt zu erlassenden Verordnung. Es handelt sich beim Kaffee- und beim Teezoll um reine Finanzzölle, deren Ertrag restlos der Staatskasse zugute kommt, d. h. nicht um Schutzzölle, deren Zweck es ist, die Einfuhr der verzollten Waren zu verringern. Handelsverträge werden durch die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles nicht berührt, da es sich um autonome und nicht um Vertragszölle handelt.

Das Reichskabinett schafft durch diese Maßnahme, wenn auch nur für einen sehr kleinen Teil der für das Reich erforderlichen neuen Einnahmen, vollendete Tatsachen.

Die entscheidenden Kämpfe um den Hauptteil der erforderlichen neuen Reichseinnahmen stehen noch aus. Da es sich auch beim Kaffee- und Teezoll wieder um stärkere Verbrauchsbelastung handelt, ist das von der Sozialdemokratie geforderte besondere und einmalige Opfer aus der Einkommensteuer um so berechtigter.

Moldenhauers Absichten.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Sozialpolitikern der Regierungsparteien über die Deckungsvorschläge für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung sind am Donnerstag abgeschlossen worden, ohne daß eine endgültige Verständigung erzielt worden wäre.

Der Reichsfinanzminister wird nunmehr dem Reichskabinett die erforderlichen Vorlagen zur Deckung des Defizits unterbreiten und vor allem von sich aus Vorschläge darüber machen, wie die Arbeitslosenversicherung vom Standpunkt des Etats aus zu regeln ist und wie der zur Deckung der Ausgaben erforderliche Restbetrag aufgebracht werden kann. Es verlautet, daß der Reichsfinanzminister plant, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung selbst die Aufgabe ihrer Sanierung aufzuerlegen.

Young-Plan und Liquidationsabkommen.

Die Reichsregierung beschloß am Donnerstag, es bei ihren früheren Entscheidungen über die gemeinsame Verabschiedung des Young-Planes und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zu belassen.

Linkskabinett Chautemps?

Tardieu lehnt Eintritt ab, Briand sagt zu.

Paris, 20. Februar.

Chautemps erklärte, nachdem er dem Präsidenten der Republik über seine Verhandlungen Bericht erstattet hatte, daß er die Kabinettsbildung endgültig übernehme. Er hoffe, daß er sein Ministerium im Laufe des morgigen Tages bilden könne.

Diesem Entschluß war eine Absage von Tardieu vorangegangen, dem Chautemps einen Ministerposten im Interesse der Kontinuität der Außenpolitik auf der Londoner Konferenz angeboten hatte.

Chautemps erklärte nach Schluß der Beratungen der radikalen Kammerfraktion, in der er über den Verlauf seiner bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet hatte, er werde seine Besprechungen in der bisherigen Richtung fortsetzen, d. h. er wolle versuchen, ein weitgehendes Konzentrationskabinett zu bilden, das die Linksrepublikaner und die katholischen Demokraten einschließt. Chautemps hat dann noch Briand einen kurzen Besuch abgestattet. Beim Verlassen des Quai d'Orsay erklärte er, die Krise nehme einen normalen Verlauf. Er bedauere, daß Tardieu ihm nicht seine Unterstützung geben könne, aber die Unterstützung Briands bleibe ihm sicher.

Eine „Wandelhallen-Liste".

Paris, 20. Februar.

Die erste voraussichtliche Ministerliste soll folgendermaßen zusammengesetzt sein:

Ministerpräsident und Innenminister: **Chautemps** (radikal)
Außenminister: **Briand** (republikanischer Sozialist)
Finanzminister: **Dumont** (radikal)
Schatzminister (neues Ministerium): **Bonnet** (rep. Soz.)
Justizminister: **Steeg** (radikal)
Kriegsminister: **Painlevé** (republikanischer Sozialist)
Marineminister: **Dumesnil** (radikal)
Unterrichtsminister: **Delbos** (radikal)
Arbeitsminister: **Loucheur** (radikale Linke)
Oeffentliche Arbeiten: **Paganon** (radikal)
Handelsminister: **Daniélou** radikale Linke)
Kolonien: **Albert Sarraut** (radikal)
Ackerbau: **Queuille** (radikal)
Handelsmarine: **Rolin** (Linksrepublikaner)
Postminister: **Germain-Martin** (radikale Linke)
Luftfahrt: **Laurent Eynac**
Pensionen: **Bouyssou.**

In dieser ersten Liste hat das Kabinett Chautemps eine starke Linksneigung und würde auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen sein. Trotzdem auf der Liste der Name des Linksrepublikaners Rolin figuriert, bedeutet sie noch nicht, daß die Linksrepublikaner einer solchen Regierung ihre Unterstützung geben würden, ganz im Gegenteil, sie hielten zwar heute abend eine Sitzung ab, faßten jedoch auf Wunsch Tardieus keinen Beschluß. Es wurde bestimmt, daß kein Mitglied ihrer Gruppe ohne vorherige Parteizustimmung der Regierung Chautemps beitreten könne.

Deutsche Handelskammer in Paris.

Deutschland zweitstärkster Importeur nach Frankreich.

Paris, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die in Paris ansässigen wirtschaftlich tätigen deutschen Staatsangehörigen haben in einer großen Versammlung eine „Deutsche Handelskammer in Paris" gegründet. Dem Vorstand der Kammer gehören neben sieben gewählten Mitgliedern der Leiter der Konsulats- und Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft und der deutsche Vertreter der Internationalen Handelskammer in Paris an. Das neue Institut hat den Zweck, die deutsch-französischen Handelsbeziehungen, die sich in den zwei Jahren nach dem Abschluß des Handelsvertrages stark entwickelt haben, weiter zu fördern. Schon jetzt hat Deutschland hinsichtlich der Höhe seines Imports nach Frankreich den zweiten Platz hinter Amerika inne; im Export steht es an dritter Stelle hinter England und Belgien-Luxemburg.

Telephonverbindung England-Australien! Wie der „Daily Herald" meldet, wird London in nächster Zeit eine direkte telephonische Verbindung mit Australien erhalten. Telephonische Verbindungen mit Westafrika, Indien und Neuseeland befinden sich bereits im experimentellen Stadium.

Gesandter Ulrich Rauscher ist von Warschau nach Berlin zur Berichterstattung abgereist.

Deckung und Young-Plan.

Ein grundsätzlicher Irrtum.

Das Reichskabinett wird am Beginn der nächsten Woche die Deckungsvorlage beraten, die im Finanzministerium ausgearbeitet wird. Als erste Maßnahme hat das Kabinett den Reichsfinanzminister ermächtigt, die Zölle auf Kaffee und Tee zu erhöhen. Es scheint ferner, daß ein Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Sozialversicherung erfolgen wird, wenn auch in erheblich geringerem Umfange, als das Reichsfinanzministerium zunächst beabsichtigt hatte. Mit beiden Maßnahmen jedoch sind die Schwierigkeiten keineswegs behoben — die großen Fragen der Abdeckung des Defizits sind nach wie vor offen.

In den Besprechungen der Finanzsachverständigen ist vor allem ein Punkt nicht entschieden worden: sollen einmalige Anforderungen gedeckt werden durch Erhöhungen von Massensteuern, die in einem späteren Zeitpunkt nur mit Schwierigkeiten und mit dauernden Verlusten für die Massen abgebaut werden könnten? Der Widerstand gegen solche Steuererhöhungen — es handelt sich vor allem um die Umsatzsteuer — beschränkt sich nicht allein auf die Sozialdemokratie. Insbesondere der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald vertritt die Auffassung, daß die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen dazu benutzt werden müsse, um eine Wirtschaftspolitik auf längere Sicht zu treiben. Im Gegensatz zu der Meinung der Unternehmer verweist er darauf, daß ein erheblicher Teil der jetzigen Wirtschaftsschwierigkeiten zurückgeführt werden muß auf die dauernden Preissteigerungen, die immer wieder von Lohnbewegungen begleitet sein müßten. Kartelle und Konventionen haben in Verbindung mit der deutschen Steuerpolitik die durch Rationalisierung erzielte verbilligte Produktion den Konsumenten nicht im ausreichenden Maße zugute kommen lassen. Würde man jetzt den Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte lediglich durch Massensteuern zu decken suchen, so müßte bei den Arbeitern und Angestellten zwangsweise die Stimmung ausgelöst werden: Was man den Massen an neuen Steuern auferlegt, muß von den Gewerkschaften wieder mehrfach an Lohnerhöhungen herausgeholt werden. Damit aber würden die Wirtschaftsschwierigkeiten nur noch vergrößert werden. Stegerwald wendet sich deshalb in einer Denkschrift gegen alle einseitigen Sanierungspläne. Diese Denkschrift enthält folgende positiven Vorschläge:

Da bereits im verflossenen Dezember die deutsche Wirtschaft durch Agrarzölle und Tabaksteuern mit mindestens 350 Millionen Mark neu belastet ist, sei es unmöglich, den ganzen Fehlbetrag des Etats von 700 Millionen mittels neuer Steuern aufzubringen.

Der Vorschlag der Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch eine Anleihe bei der Sozialversicherung dürfte deshalb kaum zu umgehen sein. Die dagegensprechenden wohnungspolitischen Bedenken seien zwar stark, dürften aber im ganzen nicht so schwer zu bewerten sein, als wenn auch diese 250 Millionen durch Steuern aufgebracht werden müßten.

Allerdings erscheine es dann steuerpolitisch und fiskalisch zwar einfach, politisch aber nicht vertretbar, daneben und gleichzeitig auch noch die Umsatzsteuer um ¼ Proz. zu erhöhen. Jede andere Steuerkombination sei gegenwärtig vertretbarer als die Umsatzsteuer. Da sie nicht befristet eingeführt werden könne, sei sie eine dauernde Belastung der Konsumenten und wirtschaftshemmend.

Im Hinblick auf die Gesamtlage müsse man deswegen entweder die mittleren und höheren Einkommen zu einem einmaligem Notopfer heranziehen oder aber die Festbesoldeten mit 1½ bis 2 Proz. des Gehaltes."

Der Gedanke des Notopfers, den die Sozialdemokratie vertritt, findet in dieser Denkschrift eine wertvolle Unterstützung. Indessen ist die Frage völlig ungeklärt, wieweit die Stellungnahme von Stegerwald von der Reichstagsfraktion des Zentrums gebilligt wird; ebenso ungeklärt ist die Frage der Inanspruchnahme der Sozialversicherung, und zu allem hinzu kommt, daß die Gedankengänge der Steuersenkungspropheten wieder stärker in den Vordergrund geschoben werden. Auch die Ausgabenseite des Etats enthält wesentliche ungeklärte Differenzpunkte zwischen den Regierungsparteien.

Bei dieser Sachlage stößt die vom Zentrum erhobene Forderung, daß der Young-Plan nicht verabschiedet werden dürfte, ehe die Finanzfragen geklärt sind, auf sehr

erhebliche Schwierigkeiten. Die Ausschußberatungen über den „Neuen Plan" werden eines Tages zu Ende gehen — wer will dann die Verantwortung für das Scheitern des Young-Planes übernehmen, wenn die Finanzfragen noch nicht gelöst sind?

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn sich die Meinung festsetzen sollte, als ob es in der Koalition Parteien gäbe, die an der Annahme des Young-Planes stärker interessiert sind als andere, und daher für die Annahme Gegenleistungen geben müßten. Es geht bei der Annahme des Young-Planes um die Neuordnung der Reparationsfrage, um die Befreiung des Rheinlands, die Befriedung Europas, die wirtschaftliche Entlastung des Volkes gegenüber dem Dawes-Plan. Das alles ist nicht Interesse einer einzelnen Partei, sondern es ist ein gesamtdeutsches Interesse. Der „Neue Plan" soll nicht einer Partei bewilligt werden, die ihn fordert, sondern dem deutsche Volke.

Die Sozialdemokratie übernimmt die Verantwortung für den Young-Plan, weil das Interesse des Landes und des Volkes es erfordert. Sie ist deshalb in höchstem Maße an seiner Annahme interessiert — aber sind die Regierungsparteien, die sich an den Staatsnotwendigkeiten und den Gesamtinteressen des Volkes orientieren, es weniger? Es besteht keinerlei realpolitischer Anhaltspunkt zu dem Glauben, daß man von der Sozialdemokratie finanzpolitische Zugeständnisse herausschlagen könne für die Annahme des Young-Planes! Wer glaubt, daß die Sozialdemokratie sich zu einer Verschiebung der Last zuungunsten der breiten Massen des werktätigen Volkes auf lange Sicht herbeilassen würde, weil diese Verschiebung als Gegenleistung für die Annahme des Young-Planes gefordert wird, müßte mit einer auf solchem Glauben aufgebauten Taktik schmählich Schiffbruch leiden.

Es ist ein durchaus erwünschtes Ziel, daß mit der Annahme des Young-Planes zugleich Klarheit geschaffen wird über die Verteilung der Lasten. Die Lösung der Finanzfragen muß möglichst rasch erfolgen. Es zeigt sich jedoch, daß der Kampf um die Verteilung der Last schwierig und langwierig ist. Nicht um die Frage, ob die Last aufgebracht werden kann, handelt es sich dabei, sondern darum, wie sie verteilt werden soll. Ein Deckungsprogramm, das den einmaligen Mehrbedarf benutzt, um Voraussetzungen für eine kommende Abwälzung der Last auf die breiten Massen zu schaffen, wäre sehr problematisch. Es ist nicht abzusehen, wie sich im Reichstag dafür eine Mehrheit finden sollte. Für eine Politik aber, die den Young-Plan absichtlich an den Finanzfragen scheitern lassen wollte, müßten die die Verantwortung übernehmen, die es dazu treiben. Sie müßten die Verantwortung für das Scheitern wie für das, was dann käme, allein tragen.

Abgeblitzte Sanktionisten.

Demonstrationsantrag der Hugenberger abgelehnt.

In der Nachmittagssitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichstages für die Beratung des Young-Plans wurde nach ausführlicher vertraulicher Debatte folgender deutschnationaler Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt:

„Die Reichsregierung wird ersucht, auf diplomatischem Wege eine unzweideutige Feststellung darüber zu treffen und zu veröffentlichen, ob der französische Ministerpräsident tatsächlich, wie das „Echo de Paris" vom 5. Februar meldet, auf einer am 4. Februar stattgehabten Parteiführerbesprechung erklärt hat, daß Frankreich auf Grund des Young-Plans gegebenenfalls berechtigt sei, deutsche Häfen und Bergwerke zu beschlagnahmen und das Rheinland wieder zu besetzen, ohne daß Deutschland sich dem widersetzen dürfte."

Die Mehrheit des Ausschusses war in dieser Sache durch die Erklärungen der Reichsregierung befriedigt.

Der Fall Drusag.

Energische Vorstellungen in Moskau.

Zu der von uns mitgeteilten Verhaftung zweier Boten, die vom Leiter der Konzession Drusag mit Briefen an den deutschen Botschafter in Moskau gesandt worden sind, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß unmittelbar nach Bekanntwerden des Sachverhalts seitens der Botschaft Protest gegen die Beschlagnahme und Zurückhaltung der Briefe eingelegt worden ist. Das Außenkommissariat hat daraufhin sofort Nachforschungen eingeleitet und der Botschaft umgehend mitgeteilt, daß die Briefe dem Botschafter schnellstens ausgehändigt werden würden.

Im übrigen ist die Botschaft weiter bemüht, in energischen Vorstellungen bei der Sowjetunion die der Konzession gemachten Schwierigkeiten zu beseitigen.

Neue Schikanen.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Moskau: Nach der Verurteilung der beiden Leiter der deutschen landwirtschaftlichen Konzession Drusag (Deutsch-Russische Saatbaugesellschaft) zu 10 000 Rubel Geldstrafe scheint bei den örtlichen Behörden im Nordkaukasus, die irgendwelche Beziehungen zur Drusag besitzen, alle Zurückhaltung fortgefallen zu sein, und sie bemühen sich offenbar, in einem munteren Kleinkrieg dem Unternehmen zu schaden. Vor einigen Tagen versuchte eine Abordnung der Kreisbehörde, die nicht einmal genügende Vollmachten besaß, eine Pfändung zur Eintreibung von 5000 Rubel. Am 14. Februar erhielt der Direktor Weimert ein Schreiben von der Finanzbehörde in Wanowka mit der Feststellung, daß bei ihm Schreibmaschinen und Kraftwagen gepfändet wären, welchen Vorgang mit seiner Unterschrift zu beglaubigen er sich geweigert hätte. Diese Behauptung entspricht übrigens nicht entfernt den Tatsachen, zumal gemäß dem Konzessionsvertrag eine Pfändung nur auf Gerichtsbeschluß möglich ist. Die geforderte Summe ist der Restbetrag der Konzessionsabgabe, deren Zahlung zwar verzögert, niemals aber verweigert wurde. Am 17. Februar wurde bereits ein Versteigerungstermin festgesetzt, obwohl die Zahlung für den 20. Februar zugesagt war. Gleichzeitig erhebt die Leitung der Gewerkschaft in Rostow am Don eine Nachzahlung in Gestalt einer dreiprozentigen Abgabe von den Löhnen für alle deutschen und russischen Arbeiter, rückwirkend für zwei Jahre. Auch die Zahlung einer Mahlabgabe in Höhe eines Siebentels des vermahlenen Getreides wird nachträglich mit Wirkung vom Juli v. J. an verlangt.

Belgrads Abschied von Köster.

Erhebende Trauerfeier. — Eine Belgrader Straße wird nach ihm benannt.

Belgrad, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Das Begräbnis des deutschen Gesandten Dr. Köster gestaltete sich zu einer großartigen Feierlichkeit, wie man sie in Belgrad noch nicht mitgemacht hat. Enorme Kränze vom diplomatischen Korps, von der Gesandtschaft und von der südslawischen Regierung waren schon gestern bei der Botschaft abgegeben worden. Der König war durch seinen Adjutanten vertreten. An dem Leichenzug beteiligten sich alle Mitglieder der südslawischen Regierung mit General Zivkovitsch an der Spitze, weiter die ausländischen Gesandten und sonstigen Mitglieder des diplomatischen Korps, die höchsten Beamten, Schriftsteller und Künstler von Ruf, Vertreter der Stadtgemeinde, der Arbeitskammer und fast sämtliche Mitglieder der deutschen Kolonie. Vor der deutschen Gesandtschaft, wo die Leiche aufgebahrt war, wurde der Sarg von Beamten des Außenministeriums übernommen.

Auf Kosten der südslawischen Regierung wird er nach Berlin übergeführt werden. Reden wurden gehalten im Namen der Regierung vom Außenminister Kumanudi, der die diplomatische Geschicklichkeit des Verstorbenen, seine überaus große Liebe zum Volke und die delikate Art, worin er auch die heikelsten Fragen zu behandeln verstand, ins Licht stellte. Der Doyen des diplomatischen Korps, Vertreter der Arbeitskammer und der Stadtgemeinde führten weiter das Wort. Eine Straße der Stadt wird nach dem Verstorbenen benannt werden. Auf seinem Wege zum Bahnhof gaben eine Eskadron Kavallerie und zwei Bataillone Feldartillerie dem Leichenzug das Geleit. Tausende bewiesen den Weg entlang durch ehrfürchtiges Kopfentblößen dem populären und beliebten Gesandten die letzte Ehre.

Nach Schacht Reusch.

Der schwächende Rentengedanke.

Auf einer Sitzung des Langnam-Vereins in Düsseldorf, die ein Referat über die Auslandsdeutschen hörte, sprach Herr Reusch: Die deutsche Agrarsiedlung im Osten werde durch die Tatsache in Frage gestellt, daß die deutsche Sozialgesetzgebung die deutsche Volkskraft durch den Rentengedanken schwäche.

Herr Reusch hat Herrn Schacht nachgebetet. Die Wiederholung ist um so empörender, als der Nachbeter an Gehalt und Rente aus Vermögen noch mehr bezieht als Herr Schacht.

Diese Vielhundertausend-Mark-Männer scheinen zu glauben, daß der deutsche Arbeiter das Los eines Sozialrentners mit kümmerlichen 40 M. im Monat für begehrenswert ansieht!

Diese Leute halten die absolute Verelendung für nötig zur Erhaltung der Volkskraft — für sich persönlich sind sie dem Rentengedanken nicht abgeneigt. Herr Reusch besitzt ein sehr respektables Vermögen, Herr Schacht hat sich für seinen Abgang ein Rentenvermögen von 2½ Millionen Mark gesichert — macht ein jährliche Rente von 200 000 M. bei heutigen Zinssätzen. Wo bleibt die Schwächung der Volkskraft bei Herrn Schacht?

200 000 M. im Jahre bei Herrn Schacht — 480 M. im Jahre bei den Sozialrentnern. Herr Schacht findet, daß der Sozialrentner zu viel erhält, und Herr Reusch mit ihm.

Der Begriff der Scham ist den Schacht und Reusch unbekannt.

Wer ists?

Der Mann unter der Bank.

Der Redakteur Joachim Rehring, der die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Reichstags unter einer Bank belauschte, hat eine „rühmliche" Vergangenheit. Als vor einigen Jahren in Danzig gewerkschaftliche und pazifistische Organisationen eine Totengedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges veranstalteten, in der der greise Professor Quidde die Totengedenkrede hielt, warf Rehring während dieser Rede eine Stinkbombe. Er ergriff sofort die Flucht, wurde aber gestellt. Wie es bei diesen Helden von rechts üblich ist, leugnete er, die Stinkbombe geworfen zu haben. Es war aber nicht schwer, ihn zu überführen, denn den Korken trug er noch in der Tasche. Er wurde wegen dieser Handlung zu der geringfügigen Strafe von 24 Gulden wegen groben Unfugs verurteilt. Bei der Deutschnationalen Volkspartei aber avancierte er zu ihrem Redakteur und später zu ihrem Fraktionssekretär im Danziger Volkstag, von da kam er zur „Deutschen Zeitung" und nun — unter die Bank. Nationale Heldenlaufbahn!

Kompromiß Frick—Volkspartei.

Direktor Siefert wird wieder eingesetzt — Hakenkreuzlerschülerbund bleibt erlaubt.

Weimar, 20. Februar. (TU.)

Der volksparteiliche Direktor des Weimarer Wilhelm-Ernst-Gymnasiums, Oberstudiendirektor Dr. Siefert, war vor wenigen Tagen von dem nationalsozialistischen Volksbildungsminister Dr. Frick seines Amtes als Schulleiter enthoben worden, weil er einer Verfügung des Ministers, das von ihm ausgesprochene Verbot des Jugendbundes „Adler und Falken" wieder aufzuheben, nicht Folge geleistet hatte. Die Vermutung, daß dieser Fall, der von der Deutschen Volkspartei auch im Kabinett zur Sprache gebracht worden war, zu einer Krise führen werde, hat sich nicht bestätigt. Wie zuverlässig verlautet, ist der Angelegenheit das Konfliktmoment dadurch genommen worden, daß Oberstudiendirektor Dr. Siefert rechtzeitig zum Termin der Abiturientenprüfungen im Wilhelm-Ernst-Gymnasium in Weimar Anfang März wieder in sein Amt als Direktor dieser Anstalt eingesetzt sein wird. Im übrigen hat Dr. Siefert ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, das eine erschöpfende Klarstellung des Falles bringen wird.

60 000 Mk. jährlich.

Staatsunterstützung für deutschnationale Saboteure.

Der Typ der ehrenwerten deutschen Männer, die zwar die Republik nicht leiden mögen, aber einträgliche Aemter von ihr sehr gerne annehmen, ist noch immer außerordentlich zahlreich. Als Beispiel dazu wird uns aus Beuthen geschrieben, daß dort in republikanischen Kreisen berechtigte Empörung darüber herrscht, daß eine große staatliche Lotteriekollekte für etwa 2000 Lose noch immer im Besitz eines früheren Offiziers, des Herrn von Zerbony di Sposetti, ist. Dieser Mann mit dem famosen echt deutschen Namen ist ein krammer deutschnationaler Kämpe und benutzt jede Gelegenheit, um seine Gesinnung durch schwarzweißrotes Flaggen zu demonstrieren. Nach dem Grundsatz: Doppelt hält besser, hängt er nicht etwa nur eine, sondern zwei bis drei Fahnen mit den Farben der alten Herrlichkeit vor sein Geschäftslokal. Wir dürfen wohl annehmen, daß der zuständige preußische Finanzminister den Mann mit dem uralten deutschen Namen möglichst bald aus der peinlichen Situation befreit, die sage und schreibe etwa 60 000 Mark jährlich höchst widerwillig vereinnahmen zu müssen, die aus der Betreuung mit einem staatlichen Amt der dreimal verdammten deutschen Republik stammen!

Ein aufmunterndes Urteil.

Marburger Universitätsjustiz.

Marburg, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der Senat der Universität Marburg sprach von den fünf Rowdys, die den preußischen Kultusminister Dr. Becker vor fünf Wochen während seiner Anwesenheit in der Universität in der gemeinsten Weise beschimpften, zwei frei und erteilte den restlichen dreien einen Verweis mit der Aussicht auf Entlassung, falls sie sich ähnliche Vorkommnisse nochmals zuschulden kommen lassen sollten.

Dieses Urteil kann nicht als Sühne für die gegen den früheren preußischen Kultusminister Dr. Becker gerichteten Beschimpfungen betrachtet werden.

Christ Andre.

Und seine unchristlichen Behauptungen.

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums Andre, jetzt Präsident der Landesversicherungsanstalt Württemberg, veröffentlicht in der christlichen Gewerkschaftspresse einen Artikel, in dem er der Sozialdemokratie wegen des Stillstandes der Sozialpolitik schwere Vorwürfe macht. Sie sei verantwortlich, daß im Jahre 1929 die Reichsbeiträge für die Invalidenversicherung in Reichsschatzanweisungen statt in barem Gelde ausgezahlt worden seien. Sie treffe auch die Verantwortung dafür, daß die Zollmittel für das Jahr 1929 in Höhe von 40 Millionen bisher nicht ausgezahlt wurden. Auch die Nichtausführung der im Sommer vergangenen Jahres beschlossenen Lex Brüning, soweit die Ueberweisungen an die Invalidenversicherung in Betracht kommen, sei ihre Schuld. Schließlich liege auch die Entscheidung darüber, ob die Reserven der Invaliden- und Angestelltenversicherung für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen werden, in erster Linie bei der Sozialdemokratie.

Für Herrn Andre, der nach wie vor ein treuer Anhänger des Zentrums ist, scheint es demnach selbstverständlich zu sein, daß das Zentrum in allen sozialen Angelegenheiten auf der Seite der Reaktion steht. Denn da er für die oben erwähnten Dinge nur die Sozialdemokratie mit Vorwürfen bedenkt, obwohl das Zentrum genau die gleiche Haltung eingenommen hat wie die Sozialdemokratie, muß Herr Andre doch der Meinung sein, daß Vorwürfe an die Adresse des Zentrums nichts nützen.

Aber auch eine Prüfung im einzelnen zeigt die mangelnde Berechtigung der Vorwürfe des Herrn Andre. Die Auszahlung der Reichsbeiträge zur Invalidenversicherung im Jahre 1929 ist zwischen dem Reich und den Trägern der Invalidenversicherung freiwillig vereinbart worden. Das Zentrum hat gegen diese Vereinbarung niemals Bedenken erhoben, sondern sie als eine Notmaßnahme des Reiches verteidigt. Die Zollmittel von 40 Millionen für die Gesundheitsförderung durch die Invalidenversicherung sind dank der Anstrengungen des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell im Jahre 1929 in voller Höhe in den Etat eingestellt worden. Im Jahre 1930 haben die Zentrumsminister im Kabinett mitgeholfen, daß von dieser Summe 20 Millionen gegen Wissell und die übrigen sozialdemokratischen Reichsminister gestrichen werden! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Streichung rückgängig zu machen suchen. Werden die Freunde des Herrn Andre im Zentrum dabei helfen?

Die Abänderung der Lex Brüning ist mit der Sozialdemokratie durchgesetzt worden. Die Freunde des Herrn Andre in den Länderregierungen, besonders die württembergische Regierung, sind in erster Linie dafür verantwortlich, daß der Reichsrat der Ausführung dieses Gesetzes Schwierigkeiten bereitet. Auch hier werfen wir die Frage auf, ob das Zentrum an der Seite der Sozialdemokratie stehen wird, wenn dieser Beschluß im Reichstag rückgängig gemacht werden soll. Und schließlich sei darauf verwiesen, daß der Versuch von Dr. Moldenhauer, die Sozialversicherung für die Lasten der Arbeitslosenversicherung haftbar zu machen, entschiedenste Ablehnung bei der Sozialdemokratie, aber wohlwollendstes Verständnis, ja sogar Unterstützung beim Zentrum gefunden hat.

Kann man sich nach solchen Proben von „Sachlichkeit" und „christlicher Ehrlichkeit" darüber wundern, daß Herr Andre am Schlusse seines Artikels die Frage aufwirft, warum man denn nicht daran denke, auch andere Kreise als die Arbeiter zu den Lasten heranzuziehen. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die leistungsfähigen Schichten zu den Lasten herangezogen werden. Kann Andre dasselbe für das Zentrum sagen? Will Andre dafür sorgen, daß der Gedanke eines Notopfers der Leistungsfähigen die Unterstützung des Zentrums und damit eine Mehrheit findet?

Zahlreiche Heimwehrführer und -leute sind weggefallen, da gewisse Vorkommnisse die Leitung veranlaßten, der Unbescholtenheit der Mannen nachzuforschen und den Führern sogar die Vorlegung polizeilicher Führungszeugnisse aufzugeben. Da hierbei unpaßliche Vorstrafen an den Tag kämen, wandte sich so mancher Gast mit Grausen. Die Bundesleitung hat jetzt auch das Geldsammeln in Hüten verboten und nur in verschlossenen Büchsen erlaubt. Andernfalls droht sie mit sofortiger Strafanzeige. Gute Gründe haben dazu veranlaßt.

Südslawien und Sozialdemokratie.

Eine Zuschrift von Hermann Wendel.

Der Artikel „Südslawien und Sozialdemokratie", der vor etlichen Wochen erschienen ist, hat nicht jedermann gefallen und sicher der Belgrader Diktatur schlecht gemundet, weil er ihr bittere Wahrheiten sagte, daß ihre Methoden, Knebelung der öffentlichen Meinung, Bütteldruck und Folterungen in den Gefängnissen, kaum ins achtzehnte, geschweige ins zwanzigste Jahrhundert passen. Aber hat sich die Belgrader Diktatur wenigstens ausgeschwiegen, so spektakelte ein kleiner Konfusionsrat in der Berliner „Weltbühne", weil es ihm spanisch vorkam, daß ein Sozialdemokrat die südslawische Einheit bejahte; vollkommene Ahnungslosigkeit, welches Spiel gespielt wird, wenn russische Bolschewisten und italienische Faschisten in trauter Gemeinschaft die südslawische Einheit zu sprengen suchen, entschuldigt ihn nicht, aber erledigt ihn. (Ab durch die Mitte.) Wegen seines sachlichen Inhalts verdiente auch das Geschreibsel keine Entgegnung, mit dem das Genfer Makedonierblatt „La Macédoine" über euch herfällt, und Erstaunen erregt es auch nicht; aber ihr Angriff erfordert ein paar Worte der Erklärung.

Jener Artikel tat dar, daß

die südslawische Sozialdemokratie wie stets so auch heute auf dem Boden der südslawischen National- und Staatseinheit steht,

unbeschadet dessen, daß die Diktatur den Schutz dieser Einheit zu ihrem Aushängeschild macht. Wir haben ein Gegenstück in der deutschen Geschichte. Das Regime Bismarcks mit dem Sozialistengesetz war nicht nur eine Diktatur, sondern, mit den Augen des Kanzlers gesehen, auch eine Diktatur zum Schutz der nationalen Einheit. Denn da die Sozialdemokratie die Republik auf ihre Fahne schrieb, und Bismarck überzeugt war, daß ohne die Dynastien das deutsche Reich auseinanderfallen müsse, durfte er wähnen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie der Aufrechterhaltung der deutschen Einheit diene. So erbittert sich aber die Partei gegen das Ausnahmegesetz wehrte, so wenig fiel es ihr ein, deshalb auch die deutsche Einheit zu bekämpfen, die sie im Gegenteil als einen großen historischen Fortschritt ansah. Genau so verwerfen die südslawischen Sozialisten die Diktatur, aber die südslawische Einheit ist für sie kein Spielzeug eines Generals, sondern ein begrüßenswertes Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung, eine umstürzlerische Tatsache, gegen die sich seit je alle verbiesterten Reaktionäre gesträubt haben, für die seit je alle klarsehenden Revolutionäre eingetreten sind. Darum

Kampf dem Regime, aber Hände weg von der Einheit,

oder wie Dr. Schimko Topalowitsch sagt: „Man kann und darf nicht unter der Firma: Kampf gegen ein System eine historische Schöpfung anfallen, die die Frucht gigantischer Anstrengungen und gewaltiger Leiden ist: nämlich die südslawische Nationaleinheit."

Was kann „La Macédoine" dagegen sagen? Bringt sie etwa einen Sozialisten bei, der die südslawische Nationaleinheit leugnete und sich wie das Genfer Blatt für den kroatischen Separatismus begeisterte? Kein Gedanke, denn einen solchen Sozialisten gibt es nicht, weder unter Serben noch unter Kroaten oder Slowenen. Daß die Richtlinien der Laibacher „Tivoli-Resolution", durch die sich die Sozialdemokratie vor zwanzig Jahren auf das Ziel der „vollkommen nationalen Vereinigung aller Südslawen ohne Rücksicht auf den Unterschied von Name, Glaube, Schrift oder Mundart" festlegte, noch heute gelten, unterstrich ja vor kurzem die slowenische „Delavska Politika" (Arbeiterpolitik), unser Parteiblatt in Marburg a. d. Drau. Wie hilft sich „La Macédoine"? Sie erklärt dreist und gottesfürchtig das Blatt für — „ein Diktaturorgan"! Da kannst nix machen! Doch es kommt noch haneebüchener. Da an Topalowitschs Auffassung mit den geriebensten Auslegungskünsten nichts zu drehn und zu deuteln ist, beschimpft ihn das Genfer Blatt als „Pseudosozialisten" und „Diktaturagenten", der „seine Honorare vom Pressebüro des Ministerpräsidenten bezieht". Ein Wort der Verteidigung gegen diesen Anwurf wäre eine Beleidigung des Genossen Topalowitsch, den die gesamte Internationale seit zwei Jahrzehnten und länger als einen der unerschrockensten und bewährtesten Vorkämpfer des Sozialismus auf dem Balkan kennt und schätzt; Topalowitsch ein „Diktaturagent" — er ist genau so, wie einstens verleumderische Phantasie August Bebel einen Söldling des letzten Königs von Hannover nannte. Aber „La Macédoine" scheut auch den letzten Schritt auf diesem tollen Wege nicht; sie behauptet, daß „die Verfasser der Tivoli-Resolution — es genügt, an Tuzovitsch zu erinnern — fast alle zu Werkzeugen der Chauvinisten vom Schlag eines Paschitsch" geworden seien.

Dimitrije Tuhowitsch, der große geniale Aufrüttler der serbischen Arbeiterklasse, als Praktiker wie als Theoretiker gleich bedeutend, im November 1914 als Opfer des Weltkrieges gefallen,

für die ganze Internationale eine unvergeßliche Idealgestalt und ein „Werkzeug Paschitschs — höher geht's nimmer! Wahrlich, eine ungewöhnlich schmutzige Gesinnung gehört dazu, unantastbare Sozialisten zu verleumden, die sich nicht wehren können, die einen, weil ihnen die Diktatur, die andern, weil ihnen das Grab den Mund schließt.

Aber die Enthüllung so schmutziger Gesinnung hat ihr Gutes, denn künftig weiß die deutsche Oeffentlichkeit, ganz gewiß die sozialistische, über die Methoden des Genfer Makedonierblattes Bescheid; es wird vielleicht noch manchen verleumden, aber niemanden mehr dumm machen. Inzwischen steht die Welt nicht still. Ein Prager Kongreß südslawischer Akademikerklubs aus Deutschland, Tschechoslowakei, Schweiz und Frankreich, die Slowenen, Kroaten, Serben und Bulgaren umfassen, hat Anfang Januar, ausgehend von der Feststellung, „daß vom Schwarzen Meer bis zum Triglav und von der Donau bis zur Aegaeis ein Volk lebt, aus mehreren südslawischen Stämmen bestehend, die aber dieselbe Vergangenheit, dieselben Sitten und Gebräuche, dieselbe Sprache und die gleichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen haben", zur „Annäherung und Einigung aller Südslawen" aufgerufen. Das liegt auf der Linie der Entwicklung, aber wahrscheinlich ist für „La Macédoine" die historische Entwicklung auch ein „Diktaturagent".

Guerillakrieg in Indochina.

Noch immer bedrohliche Lage.

Paris, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die Aufstandsbewegung in Französisch-Indochina scheint neuerdings in einem regelrechten Guerillakrieg auszuarten. So ist z. B. am Mittwoch in der Stadt Bong Bhanh gegen die Missionskirche während des Gottesdienstes ein Bombenattentat verübt worden, wobei ein Eingeborener getötet und zwei schwer verletzt wurden. Zur gleichen Zeit unternahmen bewaffnete Rebellen einen Ueberfall auf das Eingeborenendorf Hunem Phu. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Die Eingeborenen erlitten schwere Verluste; zehn konnten verhaftet werden. Aus dem ganzen Lande werden ähnliche kleine Zwischenfälle gemeldet. Trotz aller salbungsvollen Kommuniqués des Kolonialministers scheint also die Lage in Französisch-Indochina doch einen recht bedrohlichen Charakter angenommen zu haben.

Der mißverstandene Einbrecher.

Die parlamentarische Berichterstattung der „Deutschen Zeitung" erfolgte von „unter der Bank" aus

„Sieh nur, Roswitha, wie aufmerksam: der Berichterstatter unserer ‚Deutschen Zeitung'!"

Ueberführtes Lockspitzeltum.

Die Wahrheit über die Pariser „Attentats"-Geschichte.

Locarno, im Februar. (Eigenbericht.)

Die Pariser Sprengstoffgeschichte, das „Attentat" auf den Justizminister Rocco und das auf die italienische Delegation in Genf haben völlige Aufklärung erfahren und stehen in der nackten Schönheit ihrer Lockspitzelei vor uns, ohne irgendeine Gewandfalte, in der sich noch Geheimnisvolles verbergen könnte. Der von der antifaschistischen Konzentration schon entlarvte Lockspitzel Menapace, der sich dann durch Denunziation von Kollegen bei einigen Antifaschisten wieder eingeführt hatte, hat den Anarchisten Berneri auf den Leim gelockt, genau in derselben Weise, wie seinerzeit der Lockspitzel Rechtsanwalt Quaglia den Angeordneten Zaniboni zum Attentat auf Mussolini aufgestiftet hatte. Menapce und Berneri haben sich dann Sprengstoffe verschafft, das für Zaniboni zum Attentat auf Mussolini angestiftet hatte. Menapace ist werde von der Polizei beobachtet, der Sprengstoff sei bei ihm nicht sicher; man solle es wo anders unterbringen. Aber wo? Bei Cianca, rät Menapace, den hat keiner in Verdacht, der ist ein bürgerlicher Radikaler, kein Bomberwerfer. Nach längerem Widerstreben geht Berneri zu Cianca, ohne Menapace zu nennen, und setzt es durch, daß Cianca den Sprengstoff nimmt, mit der Bitte, ihn bald wieder abzuholen. Kaum hat Cianca den Sprengstoff, so veranlaßt Menapace den Berneri, ihm zu schreiben, er solle mit dem gefährlichen Material vorsichtig umgehen. So kommt der Zettel zustande: „Das Kind warm halten und nicht schaukeln." Der Zettel, den Menapace auf die Post bringen soll, wird zunächst photographiert, wie seinerzeit alle Briefe Zanibonis von der Polizei photographiert wurden. Am nächsten Tag findet die Haussuchung bei Cianca statt, der Sprengstoff wird gefunden, aber Cianca weigert sich, den Namen Berneris zu nennen, der ihn bei ihm untergebracht hat. Menapace reist inzwischen mit einer Gesichten nach Genf, wo er den Lokalaugenschein im Palast des Völkerbundes vornimmt, der es erlauben sollte, den Faden des Komplotts nach Genf zu ziehen. Dann zurück nach Paris und im Auto mit falschem Paß nach Brüssel. Er händigt seinem Reisegefährten Berneri, von dem Cianca mit Recht sagt, daß er nur den Mildernungsgrund hat, Professor der Philosophie zu sein, die Bilder des Justizministers Rocco ein und eine Pistole, gab sich mit ihm ein Rendezvous und ließ ihn verhaften. Menapace reiste dann nach getaner Arbeit nach Italien. Den Faden bis Brüssel hatte er gezogen. Wie beim Zaniboni-Attentat Zaniboni selbst eine zu geringe Beute war, so auch diesmal Berneri; daher die Hineinverwicklung des Generals Capello im ersten Fall, Cianca diesmal. Nur haben Zaniboni und Capello je dreißig Jahr Zuchthaus für Quaglias Arbeit bekommen, während Cianca und Genossen demnächst wegen Einstellung des Verfahrens freigelassen werden, und Berneri sich wegen Benutzung eines falschen Passes und Uebertretung des Waffengesetzes zu verantworten hat. Und um sich diese Riesenblamage zuzuziehen, hat die faschistische Regierung dem Menapace Hunderttausende gegeben! In der Kunst, sich fremde, besonders öffentliche Gelder anzueignen, sind die Faschisten unübertrefflich; im Lockspitzelwesen sind sie Stümper.

Die Pflicht, glücklich zu sein.

Wie bekannt, hat Mussolini vor einiger Zeit im faschistischen Amtsblatt erklären lassen, daß das italienische Volk glücklich zu sein habe, um alles zu ertragen, was sein Aufstieg zur Größe ihm auferlegt. Um dieser Verpflichtung, glücklich zu sein, nachkommen zu können, darf die Masse natürlich nicht deprimiert werden. Also keine schlechten Nachrichten. Aus dem Ausland darf sie Mordgeschichten erfahren, denn bekanntlich steht heute jedes Land ohne Faschismus am Rande des Abgrunds, aber in Italien muß alles glatt gehen. Nun kommt es aber gerade in Italien häufig vor, daß Flieger oder Luftschiffer abstürzen. Der Abgeordnete Giuriati findet es höchst unpassend, daß man dies in auffälligem Druck bekanntgibt. Das ist ja schiere Miesmacherei! Also interpelliert er den Minister des Innern, was er in dieser Sache zu tun gedenke. Antwortet der Unterstaatssekretär schriftlich, daß in Italien keine Präventivzensur bestehe! Daß in jeder Zeitung ein Vertreter der Polizei alles liest, ehe es gedruckt wird, ist nämlich keine Präventivzensur, das ist Pressefreiheit. Wo Zeitungen in großem Druck solche „Zwischenfälle" wiedergegeben hätten, wäre durch nachträgliche Beschlagnahmung eingeschritten worden. „Dank der wachsamen Wirksamkeit der der Disziplin der periodischen Presse vorstehenden Behörde sind in letzter Zeit die Mißbräuche dieser Art auf ein Minimum reduziert." Wie gut, daß es keine Präventivzensur gibt. So bestimmt die Polizei im voraus nur, daß tote Flieger in „petit" erledigt werden. Das Abstürzen ist erlaubt. Italien ist ja ein freies Land!

Polen und Deutschland.

Außenpolitische Debatte im Sejmausschuß.

Warschau, 20. Februar. (Eigenbericht.)

In der Debatte der Außenkommission des Sejm über ein Exposé des polnischen Außenministers erklärte der nationaldemokratische Redner am Donnerstag, daß die Beziehungen zu Deutschland sich nicht gebessert, sondern im Gegenteil verschlechtert hätten. Der Redner des Regierungsblocks erklärte, daß Polen im Liquidationsvertrag große Opfer gebracht habe und der Wert dieses Vertrages noch untersucht werden müsse. Ein Abgeordneter der linksradikalen Bauernpartei Wyzwolenie betonte, daß seine Partei die politische Vereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen unterstütze. Aus der Debatte im Reichstag könne man jedoch entnehmen, daß die deutsche Demokratie gefährliche Wege beschreite, indem sie im Augenblick der Liquidierung der Kriegsfolgen den territorialen Besitzstand ihres Nachbarn angreife. (?! Wer in der „Deutschen Demokratie" greift den territorialen Bestand Polens an? Red. d. „V.")

Zeittheater in der Volksbühne.

Uraufführung: „Das Gerücht".

Die Volksbühne spielt politisches Zeittheater. In dem Antikriegsstück „Das Gerücht" zeigt der Ire Monroe an einem plastischen Beispiel, wie eine Kapitalistengruppe durch geschickte Lancierung einer Lüge einen Krieg anzettelt und mit ihr echte patriotische Begeisterung anfacht. Die armen Opfer, die für eine heilige Sache zu bluten glauben, kämpfen in Wehrheit für den Profit. Karlheinz Martin inszeniert das nach Piscatorschen Methoden, mit Lichtbildern und Maschinerie, aber auch mit einigen antisozialdemokratischen Entgleisungen, die nicht im Sinne des Dichters liegen und einen Teil der Volksbühnenfreunde verschnupfen. Der äußere Rahmen ist grandios, übt aber wegen der überdehnten Länge einzelner Bilder nicht die erhoffte Wirkung aus. Erst am Schluß wird der Beifall laut und ruft den Regisseur mehrfach auf die Bühne.

Der.

Gandhi warnt vor Gewalt!

Er will die Engländer belehren.

London, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der indische Freiheitsführer Gandhi, der am vergangenen Sonnabend vom geschäftsführenden Komitee des indischen Nationalkongresses mit diktatorischen Befugnissen für die Ausrufung des passiven Widerstandes ausgestattet worden ist, richtet in der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen Zeitschrift eine Warnung an seine Anhänger.

Die einzige Gefahr für den geplanten Widerstand — so führt Gandhi aus — liege im Ausbruch von Gewalttätigkeiten. Die passive Resistenz müsse selbst in einer Atmosphäre der Gewalt ohne jeden Ausbruch von Unruhen durchgeführt werden. Gandhi betonte ferner, daß das Ideal der Gewaltlosigkeit für ihn über allem anderen stehe. Die Engländer müßten durch die Leiden, die das gesamte indische Volk freiwillig auf sich nehmen werde, bekehrt, sie dürften jedoch nicht vernichtet werden.

Wie aus Neu-Delhi gemeldet wird, ist die Sperrung der Galerien der indischen gesetzgebenden Versammlung, die auf Wunsch der indischen Regierung nach dem Bombenattentat vorgenommen wurde, wieder aufgehoben worden. Damit hat ein wochenlanger, mit großer Heftigkeit geführter Kampf zwischen dem Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, einem Inder, und dem Vizekönig von Indien, einem Engländer, seinen Abschluß gefunden.

Arbeitsplan der Zollfriedenstagung

Zwei Ausschüsse eingesetzt.

Genf, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die Wirtschaftskonferenz schloß am Donnerstag die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Teilung der Konferenz in zwei Ausschüsse vorgesehen.

Der erste Ausschuß soll auf Grund des vorliegenden Konventionsentwurfs versuchen, ein

Abkommen über den Zollfrieden

fertigzustellen. Er wird sich in der Hauptsache mit fünf Fragen beschäftigen müssen, über die die Forderungen in der allgemeinen Aussprache stark auseinander gingen. Es handelt sich um den Stichtag, um das Verhältnis des Abkommens zum Meistbegünstigungsrecht der Handelsverträge, um die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung der Landwirtschaftszölle, um die Dauer des Zollfriedens und um die Definition der Fiskalzölle, da der Vertreter Portugals und andere Staaten darauf hinwiesen, daß bei dem in ihren Ländern vorherrschenden Zollsystem eine reinliche Scheidung von Fiskal- und Schutzzöllen kaum vorzunehmen sei.

Der zweite Ausschuß soll ein

Programm für die Wirtschaftsverhandlungen

während des Zollfriedens ausarbeiten. Es handelt sich vor allen Dingen um die von den Nachfolgestaaten geforderten regionalen Abkommen, um die von den Freihandelsstaaten gewünschte schleunige Inangriffnahme von Zollherabsetzungen für einzelne Warengruppen und natürlich auch um das Problem eines organisierten Austausches von Landwirtschafts- und Industrieprodukten.

Graf Moltke ließ sich den Holländer Colijn, der schon auf der ersten Wirtschaftskonferenz als Vorsitzender der Handelskommission und später als Präsident der Ein- und Ausfuhrkonferenz eine große Rolle spielte, sowie den rumänischen Finanzminister als Vizepräsidenten an die Seite geben. Colijn dürfte Präsident des Zollfriedensausschusses werden, während der Rumäne dem anderen Ausschuß vorstehen wird. Die Kommissionen sollen nach Bedarf Unterausschüsse bilden. Für die Kommissionsberatungen sind 14 Tage in Aussicht genommen, wobei Graf Moltke die Hoffnung aussprach, daß die aktiven Minister, die fast ausnahmslos gegen Ende der Woche Genf verlassen müssen, nach Abschluß der Ausschußberatungen wiederkehren werden, um bei den Schlußberatungen ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen.

Aus der Debatte des Donnerstag verdient hervorgehoben zu werden eine Warnung des Vertreters Hollands gegen eine Befolgung der italienischen Isolationspolitik und vor den Folgen, die eine ergebnislose Konferenz für die Zollpolitik Europas haben würde. Der Schweizer Bundesrat Schultheß wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß die Schweiz jeden Gedanken an ein Paneuropa oder an eine europäische Zollunion strikt ablehne. Der Vertreter Frankreichs erklärte, daß Frankreich infolge der ungeklärten innenpolitischen Verhältnisse sich seine Stellungnahme vorbehalten müsse. Der grundsätzlichen krassen Absage Italiens hat sich in der allgemeinen Aussprache kein weiteres Land angeschlossen. Andererseits waren die grundsätzlichen Mitarbeitserklärungen der meisten Staaten so unbestimmt, daß aus ihnen für den Erfolg der Ausschußberatungen noch keine Folgerungen gezogen werden können.

Agrardebatte im Landtag.

Heute Abstimmung über die Mißtrauensanträge.

Im Preußischen Landtag wurde am Donnerstag die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats weitergeführt. Wirtschaftspartei, Bauernpartei und Nationalsozialisten hielten dabei die uralten Reden über die Not der Landwirtschaft und den ungenügenden Zollschutz. Nur am Schimpfen über die Republik merkte man, daß wir 1930 schreiben, sonst hätte genau derselbe Unsinn mit mehr Recht in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verzapft werden können.

Anders die drei anderen Reden. Der Volksparteiler Dr. Schiftan erkannte ausdrücklich die Bemühungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften um die Förderung der Landwirtschaft und namentlich im Augenblick um Erleichterung der Lage der Roggenbauern an. Der Demokrat Wachhorst de Wente verschloß sich nicht den Feststellungen der letzten Grünen Woche, daß der Konsument 18 Milliarden Mark für dieselben landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezahlt, für die der ländliche Produzent 9 Milliarden erhält. Er bekannte sich zu unserem Programm der Ausschaltung überflüssigen Zwischenhandels. Am meisten aber hat vom sozialdemokratischen Agrarprogramm der persönlich sehr weit rechts stehende Landwirtschaftsminister Dr. Steiger gelernt. Er gab insbesondere zu, daß die Landflucht der Landarbeiter zu einem großen Teil auf straffer schlechter Behandlung durch die Großgrundbesitzer beruht; er rückte von ihren Absichten auf Lohnkürzung deutlich ab und wollte die Ansiedlung von Landarbeitern tatkräftig fördern. Auch sonst war in seiner Programmrede ein gut Teil agrarsozialistischer Erkenntnis mit eingeflossen.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt; außerdem erfolgt die Abstimmung über die Mißtrauensvoten gegen den Ministerpräsidenten.

Mordplan gegen Hoover?

Mexikanischer Student verhaftet.

Mexiko-City, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die Behörden verhafteten in San Louis Potosi einen Studenten, in dessen Besitz im Zusammenhang mit dem Attentat auf Ortez Rubio zahlreiche belastende Dokumente gefunden wurden. Angeblich befindet sich unter diesen Dokumenten auch ein aus den Vereinigten Staaten stammender genauer Plan zur Ermordung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover. Die Washingtoner Behörden sind von diesem Plan inzwischen unterrichtet worden.

Colban amtsmüde.

Der Posten des Direktors der Abrüstungsabteilung in Genf wird frei.

Genf, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der Norweger Colban, der Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes, ist amtsmüde und hat, wie zuverlässig verlautet, seine Demission eingereicht. Die Gründe für seinen Rücktritt sollen in der Heimat Colbans liegen. Colban hat gewisse Aussichten, norwegischer Gesandter in Paris zu werden und als solcher Norwegen auf den Völkerbundstagungen zu vertreten.

Colban war einer der ersten Beamten des Völkerbundes. Er leitete lange Jahre hindurch die Minderheiten-Abteilung. Vor zwei Jahren übernahm er die Abrüstungsabteilung. Seine Absicht war, so schnell als möglich zu einem Abrüstungsabkommen zu gelangen, wenn es auch nur eine Stabilisierung der bisherigen Rüstungen enthielt. Diese Absicht konnte er bisher nicht verwirklichen.

Beratung mit Scharfrichter. Die von der englischen Regierung zum Studium der Todesstrafe einberufene parlamentarische Kommission hat beschlossen, im Rahmen der zu veranstaltenden Enquête auch einen Scharfrichter zu berufen und ihn über seine Erfahrungen bei den Hinrichtungen zu befragen.

Der deutsche Generalkonsul in Tiflis (Georgien), Benndorff, ist im Alter von 49 Jahren in der Berliner Charité gestorben.

Die japanischen Parlamentswahlen sind vollkommen ruhig verlaufen. Von den 12 Millionen Wahlberechtigten sind schätzungsweise 10 Millionen zur Urne gegangen. Man vermutet, daß die gegenwärtige Regierung mit einer kleinen Mehrheit wiedergewählt worden ist.

Oberbürgermeisterwahl in Hindenburg

Genosse Bürgermeister Franz gewählt.

Hindenburg, 20. Februar. (Eigenbericht.)

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung ist im dritten Wahlgang in der Stichwahl gegen den Vizepräsidenten Dr. Fischer-Oppeln Genosse Bürgermeister Franz mit 22 gegen 19 Stimmen bei sechs ungültigen Stimmen der Kommunisten zum Oberbürgermeister gewählt worden.

Schatzkanzler Snowden teilte am Donnerstag im Unterhaus mit, daß das Budget der Arbeiterregierung bereits vor Ostern, am 14. April, im Unterhaus eingebracht würde. Der Schatzkanzler weigerte sich, darüberhinaus insbesondere irgendwelche Mitteilungen darüber zu machen, ob er in seinem Budget die bestehenden Industrieschutzzölle zu beseitigen gedenke oder nicht.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Stadtbeilage"

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Frisch.Fleisch

Kalbskamm Pfund 0.86
Kalbsbrust Pfund 0.86
Kalbsnierenbrat. 0.94
Kalbskeule bis 9 Pfd 1.05
Kalbsschnitzel Pfd. 2.10
Querrippe 0.84 Gulasch 0.95
Rinderkamm Pfd. 0.86
Rinderbrust Pfund 0.86
Schmorfleisch m. Knochen 1.10 ohne Knochen 1.30
Roastbeef m. Knoch. Pfund 1.10
Rinderzunge Pfund 1.20
Gehacktes Pfund 0.85
Liesen Pfund 0.85
Schweinerücken fett, mit Beilage 1.16
Schweineschink. u. Kamm. mit Beilage 1.24
Hammel-Vorderfl. 1.04
Kaßler mild gesalzen 1.26
Pa. Nierentalg ausgelassen, Pfund 0.50

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust, Pfund 0.86

Kolonialwaren

Viktoria-Erbsen Pfund 0.22 0.16
Erbsen poliert, Pfund 0.44 0.30
Linsen Pfund 0.38 0.24
Bohnen weiße, 0.32 0.26
Bruch-Reis Pfund 0.18
Tafel-Reis Pfd. 0.30 0.22
Haferflocken Pfd. 0.20
Ital. Makkaroni u. Spaghetti Pfd. 0.72
Pflaumen türkische, ohne Stein 0.45
Pflaumen bosnische Pfd. 0.62 0.48
Backobst gemischt Pfd. 0.68 0.48
Ringäpfel amerikan. Pfd. 0.80 0.65
Aprikosen kalif. Pfd 1.15 0.85

Fische

Dorsch Pfund 0.12 0.18
Seelachs ganze Fische, Pfund 0.15
Kabeljau ganze Fische, Pfd. 0.25 0.17
Schellfisch Pfd. 0.25 0.17
Fischfilet Pfd. von 0.24 an
Goldbars o. Kopf Pfd. v 0.25 an
Grüne Heringe 3 Pfund 0.55 0.30
Bratschollen I Pfd. 0.22
Zander gefror., Pfd. 0.60
frischer, Pfund von 0.75 an
Spiegel-Karpfen lebend, Pfund von 1.15 an

Wurstwaren

Sülzwurst Pfund 0.85
Dampf- u. Rotw. 1.00
Fleischwurst Pfund 1.15
Würstchen Pfund 1.25
Hausm. Leberw. 1.25
Jagdwurst Pfund 1.45
Mettwurst Br. Art 1.45
Bierwurst Pfund 1.50
Filetwurst Pfund 1.65
Schinkenwurst Pfd. 1.65
Leberwurst feine 1.80
Teewurst Pfd. 1.05 1.80
Zervelat u. Salami 1.80
Speck fett 1.20 mager 1.55
Schinkenspeck Pfd. 1.90
Nußschinken Pfund 2.10

Räucher. Rosenthaler Str. Moritzpl.:
Landleberwurst 0.95
Berl. Mettwurst kl. 1.20
Poln. Wurst Pfund 1.45

KONSERVENN

	½ Dose		½ Dose
Karotten geschnitten	0.38	Stangen-Spargel sehr stark	3.05
Junge Karotten klein	0.85	Sellerie in Scheiben	1.00
Spinat 0.54 Kohlrabi	0.58	Pflaumen 0.60 ohne Stein	0.76
Brech- u. Schnittbohnen	0.60	Apfelmus extra Qualität	0.67
Gemüse-Erbsen	0.55	Mirabellen	0.98
Junge Erbsen fein	1.15	Preiselbeeren 2½ kg Eimer 2.30	1.05
Kaiserschoten	1.65	Saure Kirschen 1.10 ohne Stein	1.40
Haushalt-Gemüse	0.78	Süße Kirschen ohne Stein ½ Dose 0.83	1.50
Leipziger Allerlei	0.88	Gemischte Früchte	1.40
Gemischt. Gemüse mittelfein	1.10	Kalifornische Pfirsiche	1.45
Bruch-Spargel stark	2.85		

Konfitüre ½ Eimer Vierfrucht-Marm. 0.78 Pflaumen 0.92 Orange, Aprikose, Johannisb. 1.10 Kirsch, Himb., Erdb. 1.30

Wein vom Faß

Preise für Rhein-, Mosel- u. Bordeauxwein teilweise bedeutend herabgesetzt. Preisliste a. Wunsch

Renetten-Apfelwein süddeutscher Liter 0.53
Johannisbeerwein gute Qualität, süß Liter 0.75
Spanischer Tafelrotwein u. Roter Tarragona Origina ware Liter 1.10
Malaga dunkelbraun, lieblich Liter 1.30
Muskateller u. Wermut Evisa Liter 1.25
Douro-Portwein sehr kräftig, Liter 2.00
Deutsch. Weinbrand u. Jamaika-Rum-Verschnitt Lite. 4.60

Preise für ½ Flasche ohne Glas

1928 Wölfsteiner Rheinhesse 0.78
1928 Gleiszeller Kirchberg Tafelwein 0.90
1928 Dürkh. Im. Portugieser Rotwein 0.90
1926 Niersteiner kernig, entwickelt 1.30
1927 Zeller Schnepfenflug Bukettriesling, blumiger Pfälzerwein 1.50
1921 Médoc kräftiger Bordeaux 1.60
Lagrimas Christi u. Moscatel spanischer Edelwein 1.70

Besonders preiswertes Original-Gewächs mit Korkbrand:
1922 Schloß Reinhartshaus „Hattenheimer Willborn" v. Prinz Friedr. Heinr. v. Preußen 2.00

Konfitüren

Keks-Mischung Konsum 0.90 Rekord 1.30
Relief-Schokol. zartbitter, Pfund 1.20
Mokka Bissen Pfd. 1.40

Tee-Mischungen

	Ceylon II	Indien	Caina	Ceylon	Darjeeling
¼ Pund	1.25	1.55	1.70	1.85	2.00

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei, Pfund von 1.80 an

Gänse gefroren, Pfund von 70 Pf. an

10 Eier von 56 Pf. an

Obst

Musäpfel groß. Pfd. 0.20
Brunneräpfel Pfd. 0.28
Krimäpfel Pfund 0.38
Kalif. Aepfel Pfund 0.45
Mandarinen Pfd. 0.28
Zitronen Dutz. 0.45 0.35
Apfelsinen helle u. Halbbl., Dtz. v. 0.65 an
Messina-Apfelsinen Kiste 80 u. 100 Stück 7.50
Blutorangen Kiste 80 bis 150 Stück 8.50

Gemüse

Weißkohl dänisch, Möhren gewasch, Rote Rüben, Zwiebeln — Pfund 5 Pf., 5 Pfd. 20 Pf.
Rot-, Wirsingkohl 0.10
Sellerie Pfund 0.10 0.18
Blumenkohl Kopf von 0.20 an
Schwarzwurzeln stark, Pfund 0.24
Algierkartoffeln neue, 2 Pfund 0.35

Räucherwaren

Bücklinge Pfd. 0.55 0.24
Flunder Pfund v. 0.35 an
Dorsch Pfund 0.32
Seelachs Stück Pfd. 0.40
Fleckheringe Pfd 0.45
Sprotten Pfund 0.40
Bücklinge Kieler, Pfd. 0.48
Lachs in Stücken, Pfund von 1.30 an

Geflügel, Wild

Tauben Stück von 0.85 an
Suppenhühner Pfund von 0.98 an
Brathühner Pfund 1.10
Wolgahühner I. Qualität, Pfund von 1.20 an
Schneehühner Stück von 1.65 an
Fasanenhähne Pfd. 2.95
Hasen gestr. u. ausgewortl., Pfd. 0.95 an
Rehblätter Pfund 1.35 an

Käse

Briekäse vollfett, Stück 0.18
Camembert vollf., Schachtel 0.24, o Portionen 0.65
Limburger 0.42 0.92
Spitzkäse Kiste o Stück 0.48
Liptauer Käse tafelfertig Schachtel ca. ½ Pfund 0.50
Tilsiter Art ohne Rinde 0.75
Edamer Pfd. 0.75 1.10
Schweizer dän., Pfd. 0.90
Tilsiter vollfett, v. 0.90 an
Münster Art vollf. Pfund 1.05
Holländer vollf., Pfd. 1.10
Schweizer Art ohne Rinde, Pfund 1.15
Schweizer vollf., Pfd. 1.28 an

Fette

Kokosfett 1-Pfd.-Tel. 0.50
Margarine Pfund 0.50
Schweineschmalz 0.65
Molkerei-Butter 1.64
Tafelbutter 1.72 1.84
Dän. Butter billigst

45 Millionen für Berlin.

Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten wollten es verhindern!

Arbeitsbeschaffung, aber keine Mittelgewährung?

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung machten gestern die „Radikalen" von rechts und von links wieder gemeinsame Sache, um die vom Magistrat beantragte Aufnahme eines Kredits von 45 Millionen Mark zu hintertreiben. Nur mit knapper Mehrheit gelang es, ihren für die kommunale Verwaltung und für die werktätige Bevölkerung gefährlichen Anschlag abzuwehren. Stadtverordneter Loewy, der sozialdemokratische Redner, kennzeichnete den Widerstand gegen die Kreditaufnahme als schwere Schädigung der Stadt Berlin, die bei Verweigerung der notwendigen Mittel in die schlimmste Bedrängnis geraten müßte. Als Feinde der werktätigen Bevölkerung brandmarkte er diejenigen, die nicht vor einer ablehnenden Stellungnahme zurückschreckten, bei der die Beschaffung von Arbeit unmöglich würde. Die Magistratsvorlage wurde mit 101 gegen 98 Stimmen angenommen. Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten blieben in der Minderheit.

*

Dem am Sonntag verstorbenen Stadtverordneten Genossen Reinhold Seifert-Charlottenburg widmete der Vorsteher Haß einen ehrenden Nachruf. An Stelle des Verstorbenen ist Genosse Czarlinski in die Versammlung eingetreten.

Eingeleitet wurde die Versammlung mit der Verlesung einer großen Anzahl Anträge und Anfragen (nicht weniger als fünfzehn waren da!), an deren Produktion Kommunisten und Nationalsozialisten erheblichen Anteil hatten. Die Dringlichkeit wurde fast immer verweigert, nur der Antrag der Sozialdemokraten wegen der Deckung des einschlägigen städtischen Bedarfs bei der Blindenanstalt und ein volksparteilicher Antrag wegen der Herabsetzung des Fahrpreises auf der BVG. für legitimierte Erwerbslose wurden für die sofortige Behandlung bestimmt. Anerkannt wurde auch die Forderung der Volkspartei, das preußische Innenministerium um Auskunft über die Pläne zur Reorganisation der Verwaltung Berlins zu ersuchen. — Bei der Beratung der umfangreichen Tagesordnung wurde die Zustimmung zur Bewilligung von 76 354 M. für die städtischen Erholungsheime in Alexisbad und Hosterwitz versagt; ein Verkauf der Erholungsheime soll nicht erfolgen, vielmehr erwartet die Versammlung Vorschläge für die rentable Weiterführung der Heime. — Für die Fortführung der

Arbeiterkurse zur Vorbereitung ehemaliger Volksschüler auf die Reifeprüfung

in Neukölln verlangte der Magistrat 87 300 M. Der Ausschuß lehnte die Vorlage ab; Stadtv. Kamerau (Soz.) beantragte Rückverweisung an den Ausschuß. Selbstverständlich wandte sich die kommunistische Fraktion durch den Mund ihres unter gesitteten Menschen fast unmöglich gewordenen Fritz Lange-Neukölln gegen diese Arbeiterkurse. Langa, der sich auch noch eine besondere Unflätigkeit gegen die Sozialdemokratie leistete, rühmte sich besonders seiner Gewalttaten in der Bezirksversammlung in Neukölln. Der Antrag Kamerau wurde angenommen. — Stadtv. Rohde (Soz.) führte einen Antrag der Deutschnationalen, der sich gegen die Lehr- und Beschäftigungswerkstätten für Kriegsbeschädigte richtet, auf seinen wahren Ursprung zurück: Es ist die Angst vor der vermeintlichen Konkurrenz der Werkstätten gegenüber den Gewerbetreibenden. Die Kommunisten unterstützten natürlich das Begehren der Deutschnationalen, indem sie gegen die Werkstätten mit den lächerlichsten und unmöglichsten Argumenten vorgingen. Stadtv. Rohde, ein alter Fachmann auf dem Gebiete, sagte dem Kommunisten Bänsch, seines Zeichens Berufsberater beim Arbeitsamt Süd, daß er, Bänsch, keine Ahnung von den Dingen habe. Die Werkstätten sind technisch und persönlich gut geleitet, kaufmännisch einwandfrei geführt. Wenn ausgerechnet der Kommunist Bänsch den Gewerkschaften aufgibt, sich um den Betrieb zu kümmern, so sei daran zu erinnern, daß es die in Berlin kommunistisch geleiteten Tabakarbeiter- und Schuhmacherverbände waren, die die Tarife für die Kriegsbeschädigten in den Werkstätten abschlossen. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Bänsch hätte bewiesen, daß er trotz seines Berufes nichts von der Materie versteht und daß er im vorberatenden Ausschuß geschlafen habe, denn praktische Vorschläge hätte man dort nicht gemacht.

Der 45-Millionen-Kredit.

Nach einer fast einstündigen Unterbrechung der Sitzung, in der die Fraktionen über die Aufnahme und die Zustimmung zu dem kurzfristig aufzunehmenden Kredit von 45 Millionen Mark beraten, begann die Debatte im Plenum. Nach der Magistratsvorlage soll der Kredit etwa so verteilt werden: Brückenbauten 14 583 160 Mark, Straßenbauten 5 300 000 M., Schulbauten und sonstige Verwaltungsbauten 5 052 400 M., Bäder, Krankenhäuser, Wohlfahrtsanstalten 4 562 798 M., vertragliche Leistungen 14 755 070 M.

Vor der Beratung beantragten die Kommunisten eine halbstündige Redezeit; die Ablehnung dieses Antrags benutzten die Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem kleinen Krach, aber der Vorsteher Haß gab dem Verlangen nach nochmaliger Abstimmung nicht nach. In der Debatte bezeichnete Stadtverordneter Schwenk (Komm.) die Bedingungen der Anleihe als halsabschneiderisch. Die Nationalsozialisten erklärten, daß sie diesem System nicht den kleinen Finger reichen wollten. Bürgermeister Scholz betonte, daß in den 45 Millionen Mark allein bei Hochbauten für 14 Millionen, zu denen noch unbedingt notwendige Schulbauten in Höhe vieler Millionen kommen, neue Arbeiten bei der Weiterführung begonnener Bauten ausgeführt werden können.

Zur Behebung der Erwerbslosigkeit sei das nicht ohne Belang.

(Gelächter bei den Kommunisten.) Der Bürgermeister hat um Annahme der Vorlage. Der Kommunist Pieck verstieg sich zu der Behauptung, daß die Kommunisten keinen Funken von Garantie sähen, daß für die 45 Millionen Mark auch wirkliche Arbeit geleistet wird. (Großer Lärm im Hause.) Der Magistrat habe wie ein Bankrotteur gewirtschaftet. (Lärm und Zurufe: Verschacherung der KPD.-Betriebe!) Nur ein „Kontrollausschuß aus Werktätigen, Erwerbslosen und roten Betriebsräten" könnte die Gewähr für ordnungsgemäße Verwendung der Gelder bieten. Die Anleihe sei ein Geschäft gegen die werktätige Masse. (Größter Lärm, die Kommunisten brüllen „Hoch und Nieder", flatschen Beifall und lassen dann den deutschnationalen Redner, den Mittelmann zwischen der Rechten und den Kommunisten, Herrn von Jecklin — ruhig sprechen!)

Nach v. Jecklin (Dnat.) sind die Ausgaben für Schulbauten, für Volksbäder und Krankenhäuser Luxusausgaben,

vor denen die Deutschnationalen schon immer und auch jetzt warnten. Die ganze Anleihe und ihre Auswertung sah Herr v. Jecklin nur als eine politische Angelegenheit an.

Stadtv. Loewy (Soz.)

stellte fest, daß die Anordnung des Oberpräsidenten, der Stadt Berlin kurzfristige Kredite zu untersagen, bereits schon aufgegeben sei, sonst könnte diese Anleihe nicht zustande kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber Zurufen von rechts bemerkte der Redner, daß sie alles daransetzen, den Kredit Berlins zu schädigen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Die Stellung der Kommunisten wird durch die Absicht bedingt, der Arbeiterschaft und der Stadt in den Rücken zu fallen! Die Vorlage muß annehmen, wer ernsthafte Arbeit leisten will und will, daß städtische Arbeiter ordnungsgemäß bezahlt werden.

Wer sie aber ablehnt, der beweist, daß er ein Feind der arbeitenden Bevölkerung ist!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Stadtverordneter Jurisch (D. Vp.) polemisierte gegen Kommunisten und Nationalsozialisten; dem deutschnationalen Redner warf der Redner mangelndes Verantwortungsgefühl gegenüber der Stadt vor. Bürgermeister Scholz bekräftigte, noch einmal zu Wort gekommen, daß

keine einzige Aktie der städtischen Werke und Gesellschaften für die Anleihe verpfändet werden soll.

Im übrigen seien es gerade die Kommunisten gewesen, die durch uferlose Anträge Ausgaben über Ausgaben machten und machen wollten, jetzt aber, wo es an die Bewilligung der Mittel geht, nicht dabei sind. Werde der Anleihe nicht zugestimmt, so sei Berlin in der nächsten Zeit nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn dann die Aufsicht über die Stadt verhängt werde, wenn dann ein Etat aufgestellt werden muß, der der erwerbstätigen Bevölkerung nicht im geringsten entgegenkommt, dann haben die Parteien die Schuld, die der Stadt das Nötigste versagten.

In der Abstimmung wurde zunächst in einfacher Abstimmung ein Antrag angenommen, der einen Ueberwachungsausschuß für die Verwendung der Anleihe verlangt. In namentlicher Abstimmung wurde alsdann der Aufnahme der Anleihe mit 98 gegen 101 Stimmen zugestimmt. Dagegen stimmte die berühmte stadtfeindliche Einheitsfront der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Anschließend wurde noch eine Anzahl kleinerer Vorlagen meist debattelos angenommen.

*

Der Fraktionsredner der Sozialdemokratie Loewy kam bei der Beratung der Anleihevorlage auch noch besonders auf die geforderte Lombardierung von im Besitz Berlins befindlichen Aktienpaketen einer nichtstädtischen Gesellschaft zu sprechen. Die Bedingungen der Bankengruppe sind schwer, sie fordern vor allem Sicherungen, die früher nicht verlangt wurden. Dieselben Banken haben vor vier, fünf Jahren Berlin bei der damals bei der Stadt herrschenden Geldflüssigkeit recht gern um Unterstützung gebeten, um dringende Verpflichtungen erledigen zu können. Die Stadt hat damals Vertrauen zu der Stellung der D-Banken und ihnen gleichwertiger Geldinstitute gehabt und hat keine Sicherungen verlangt. Jetzt statten die Banken der Stadt den Dank für ihre damalige Vertrauensseligkeit ab!

Verkehrsunglück in Moabit.

Gestern nachmittag ereignete sich vor dem Grundstück Alt-Moabit 108 ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Straßenbahnwagen der Linie 14 fuhr dort einem Lastauto mit Anhänger der Bolle A.-G. mit voller Wucht in die Flanke. Daher wurde der Aufbau des Autos und die Vorderachse des Anhängers abgerissen. Der Straßenbahnwagen wurde gleichfalls schwer beschädigt. Der Bremser des Anhängers, ein 20jähriger Hermann Flügel aus der Lortzingstraße 28 und ein fünfjähriger Knabe Günter Fricke aus der Monumentenstraße, der in der Straßenbahn saß, wurden erheblich verletzt. Beide wurden ins Moabiter Krankenhaus übergeführt. Durch den Unfall entstand eine Verkehrsstörung von einviertelstündiger Dauer.

Alexis Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

44]

Denn ihr Begriffsvermögen hatte, wie ihr physisches Dasein einen großen Schritt vorwärts gemacht. Vieles, was dunkel oder kaum geahnt worden war, erschien jetzt in klaren Umrissen. Gefühle und Leidenschaften, von denen sie gehört hatte, deren Wesen ihr jedoch fremd war, vermochte sie jetzt zu empfinden und erkannte sie in dem Blut, das durch ihren jungfräulichen Leib floß. Jetzt, als sie Bruno weinen und schluchzen sah, lernte sie auf einmal die Schwäche der Männer begreifen, erkannte die Achillesferse dieser groben, starken Geschöpfe, deren eiserne Muskel und mächtige Gestalten von der zarten Hand einer Frau besiegt und zermalmt werden können.

Eine furchtbare Erziehung hatte dieses arme Kind durch das schmutzige Leben in der Mietskaserne genossen, ein Leben, das sie dazu verdammte, das Opfer ihres eigenen Scharfsinns zu werden. Als Bruno sich verabschiedet hatte, um seinen Brief in den Kasten zu stecken, blieb Pombinha, die Ellbogen auf dem Tisch, das Kinn in der Hand, sitzen und dachte nach. Es waren doch wirklich schwache Geschöpfe, und sie unterlagen einer geheimnisvollen Macht, über die nur Frauen verfügten — einer Macht, die sie trieb, sich tief zu beugen und um eine Liebkosung von der Hand, die sie verspottet und entehrt hatte. Wie vielen solchen Fällen war sie nicht in ihrem „Korrespondenzbüro" begegnet, wie vielen, die gleich Bruno wimmerten und schrien nach einer Frau, die jedermann als unwürdig erkannt hatte?

Würde sie selbst auch solche Macht besitzen? Sie lächelte — aber dahinter waren Klauen verborgen.

Und während sie so dasaß und grübelte, wurde ihr manches klar. Sie erinnerte sich an die vielen Bilder, die ihr Leonie gezeigt hatte, als sie die Kokotte zum erstenmal besuchte. Es waren Photographien von Männern, meistens älteren Herren in hohen und geachteten Stellungen, die alle in den zärtlichsten Ausdrücken einer Prostituierten geschrieben hatten, um derentwillen sie ihre Familien gedemütigt, die Achtung der Gesellschaft verwirkt und ihren Besitz verschleudert hatten, und die Frau, für die all diese Opfer gebracht worden waren, hatte sie seelenruhig alles dessen beraubt, was ihre Laune befriedigen und ihr Wohlergehen erhöhen konnte, und als nichts mehr aus ihnen herauszuholen war, hatte sie ihnen kaltblütig die Tür vor der Nase zugemacht.

Ja, es war etwas Herrliches, eine fesselnde Frau zu sein — dachte diese Jungfrau aus der Mietskaserne —, imstande zu sein, diese eitlen Mannsbilder zu beugen, ihr Herz zu brechen und sie zu quälen. Wie konnte eine Frau ihren Reiz besser verwenden, als indem sie der Welt bewies, was für ein lächerlicher Sklave der Mann ist und wie bereit, sein Alles der vor die Füße zu werfen, die ihm gestattet, wenige, ganz wenige von den Genüssen zu kosten, die sie zu gewähren hat, und die ihn dann zugrunde gehen läßt — während er die ringgeschmückten Hände küßt, die ihn erwürgen?

„Ach ja, diese Männer", seufzte die zukünftige Gattin João da Costas, als sie ihre Handarbeit wieder aufnahm; sie nähte gerade Spitzen an das Kissen, auf dem ihr Haupt ruhen sollte, wenn sie den ersten Kuß ihres Eheliebsten empfing.

Hatte sie denn nicht gesehen, wie Jeronymo und Firmo einander an die Gurgel gesprungen waren wie zwei Hunde, die auf der Straße um eine Hündin kämpfen? Und dann Miranda in seinem großartigen Hause, der pompöse und wichtige Herr, der so tat, als wüßte er nichts von Dona Estellas Untreue. Dann Domingos, der wie ein Sklave schuftete, aber seinen Schlaf opfern konnte, um vor Tagesanbruch ein Stelldichein mit einem Mädel zu haben und sich dann, ohne zu mucksen, gefallen ließ, all seines Verdienstes und seiner Zukunft beraubt zu werden. Eine lange Reihe von Arbeitern fiel ihr ein, die ihr alle ihre Geheimnisse anvertraut hatten, und sie fühlte sich zu der Folgerung gezwungen, daß alle gleich seien.

Pombinha war ein Opfer der Umstände. Ein bescheidenes Veilchen, das in einem schattigen Tal wächst und alle Eigenschaften besitzt, die man von einem süßen und duftenden Veilchen erwartet, aber wenn es das Unglück hat, seine Wurzeln in einen Misthaufen zu versenken, wo die Sonne ihm gnadenlos auf das ungeschützte Köpfchen scheint, wird durch dieses intensive Licht und durch den überreichen Boden seine Hoffnung zuschanden werden und seine Seele zusammenschrumpfen. So war es mit Isabels Tochter — ihre Umgebung hatte sie des unschuldigen Vertrauens beraubt, mit dem andere Mädchen in die Ehe treten.

Im Geiste schätzte sie Costa ab. Würde er sein wie alle diese anderen? Ja, sie konnte ihn sich vorstellen, niedergeschlagen, kummervoll und schluchzend. Er war ein strebsamer, fleißiger junger Mann und begnügte sich mit dem Leben, das ihm das Schicksal zugewiesen hatte, war unfähig, sich jemals gegen das zu empören, was ihm bestimmt war. Er hatte keine eigenen Ideen und nicht einmal die Laster der meisten jungen Leute. Eines großen Verbrechens wäre er nicht fähig — er war eben nur ein armer kleiner Kerl, der froh war, für seine Lieben zu arbeiten, sich fortzupflanzen und, wenn die Zeit kam, dieselben schändlichen und lächerlichen Tränen zu vergießen, die sie eben aus Brunos struppigem Schnurrbart hatte tropfen sehen.

Und diese Ehe, die der goldene Traum ihres Daseins gewesen war? Jetzt, wo der Augenblick seiner Verwirklichung kam, fühlte sie nichts als Widerwillen und Furcht. Von Herzen gern würde sie zurücktreten, wenn es nicht um ihre Mutter wäre. Aber die Geduld und Knechtsarbeit der Guten mußten doch belohnt werden; Isabels müder alter Körper sollte noch ein paar Jahre der Behaglichkeit erleben.

So kam es, daß eine Woche später das ganze Haus sich in heftigster Erregung befand und Nummer fünfzehn von oben bis unten mit Rosen geschmückt war. Um elf Uhr hielt ein Wagen vor dem Portal, und eine dicke Dame in grauer Seide stieg aus. Es war die „Madrinha" oder Ehrendame, die gekommen war, die Braut zur Kirche Johannis des Täufers zu führen, wo die Trauzeremonie um zwölf Uhr stattfinden sollte. Alle Freunde und Nachbarn, die die kleine Pombinha seit frühester Jugend gekannt und geliebt hatten, standen jetzt, die Hände auf dem Rücken, Spalier; und während ihr Mund lächelte, waren die Augen der meisten von Tränen feucht.

Als sie einen Augenblick im Türrahmen stand, um ihre alten Freunde, mit denen sie jetzt nicht mehr zusammenleben sollte, noch einmal zu überschauen, bot sie ein entzückendes Bild. Ganz in Weiß, mit Schleier und Kranz, schlank, graziös und anmutig — wie ein Täubchen, das vor seinem großen Fluge einen Augenblick innehält, meinten die begeisterten Waschfrauen. Sie war von der Huldigung ihrer einfachen Freunde sichtlich gerührt, winkte mit ihrem Blumenstrauß und warf ihnen beim Hinausgehen Kußhände zu.

(Fortsetzung folgt.)

Meußdörffer wieder entlassen.

Schuberth und Popp bezichtigen sich erneut der Tat.

Bayreuth, 20. Februar.

Die Mordaffäre Meußdörffer in Kulmbach nimmt jetzt eine geradezu sensationelle Wendung. Die Justizpressestelle Bayreuth veröffentlicht nämlich soeben folgende amtliche Verlautbarung:

Die Strafkammer des Landgerichts Bayreuth hat Donnerstag beschlossen, gegen die bei der Bayerischen Vereinsbank, Filiale Koburg, hinterlegte Bürgschaft von 100 000 Mark Sicherheit den angeschuldigten Kommerzienrat Meußdörffer von der weiteren Untersuchungshaft zu verschonen. Hierfür waren im wesentlichen die nachstehenden Gründe maßgebend: Die bisherigen Erhebungen haben sich auf alle irgend in Betracht kommenden Verdachtspunkte erstreckt. Verdunkelungsgefahr ist deshalb nicht mehr zu riskieren. Die amtsärztlichen Gutachter sind teilweise der Meinung, Kommerzienrat Meußdörffer leide an Arterio-Sklerose. Diese Krankheit kann Dämmerungszustände mit sich bringen, welche das Verhalten Kommerzienrats Meußdörffer nach dem Tode seiner Ehefrau nicht mehr so ganz unverständlich erscheinen lassen, wie es bisher der Fall war. Gerade dieses unverständliche Verhalten Meußdörffers aber hat bisher nach der Ansicht des Gerichts den starken Verdacht gegen Meußdörffer am meisten gefühlt. Schuberth und Popp hatten bekanntlich vor einiger Zeit ein Geständnis dahin abgelegt, daß sie in der fraglichen Nacht in das Schlafzimmer der Frau Meußdörffer eingedrungen seien und diese auch erwürgt hätten.

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Schuberth und Popp, von denen der letztere übrigens den Nationalsozialisten angehören soll, sich erneut der Tat bezichtigt haben. Die bayerische Justizbehörde täte wirklich gut, nunmehr mit aller Energie den geheimnisvollen Fall zur Aufhellung zu bringen, damit nicht aus der Tragödie eine Tragigroteske wird.

Die Beförderung des Wachtmeisters.

Eine schwierige Rehabilitierung.

Als der Polizeiwachtmeister B. zum Polizeioberwachtmeister befördert war, fragten sich bei dem Feste, das in seiner Wohnung zur Feier des Ereignisses stattfand, die lieben Freunde und Nachbarn: „Wo haben die Leute nur das Geld für dieses prachtvolle Porzellan, diese feinen Kristallsachen, dieses ausgezeichnete Silber her?"

Bald gab es Tuscheleien und Gerede. „Da ist etwas nicht in Ordnung. Der Beamte hat sicher gestohlene Sachen in Aufbewahrung. Wer weiß, was da los ist." Die Angelegenheit sollte in der Tat eine überraschende Aufklärung finden. Es war die Frau des Polizeibeamten, die mit der Verkäuferin eines großen Warenhauses befreundet war, und die beiden Freundinnen ließen die schönen, bei dem Feste so angestaunten Sachen neben manchem anderen ohne Bezahlung verschwinden. Man kam hinter die Dinge, und gegen die beiden Frauen wurde Anklage wegen gemeinschaftlichen Diebstahls erhoben. Inzwischen aber hatte sich das Ehepaar B. schwer erzürnt. Der Polizeioberwachtmeister hatte die Scheidungsklage eingereicht, und jetzt behauptete die Frau, ihr Mann habe von all den Diebstählen gewußt und sie gebilligt und gefördert. Alle drei standen jetzt vor Gericht. Der Beamte sagte aus, daß er von dem Vorgehen seiner Frau keine Ahnung gehabt habe. Diese habe ihm vielmehr immer gesagt, daß sie durch Kommissionsgeschäfte sehr gut verdiene, und er habe sich, ohne das geringste zu argwöhnen, über die herrlichen Sachen von Herzen gefreut. Diese Angaben mochten wohl etwas sonderbar klingen, aber die Beweisaufnahme sollte dem Beamten recht geben. Nicht weniger als 37 Zeugen waren von den beiden Streitenden geladen worden, und darunter befanden sich auch die lieben Freunde und Freundinnen von der Beförderungsfeier, die den Stein ins Rollen gebracht hatten. Was die Entlastungszeugen des B. aussagten, das mußte in stärkerem Maße überzeugen als die Berichte der Freunde und Verwandten seiner schon durch die Scheidungsklage schwer erbitterten Ehefrau.

Frau B. erhielt 1 Monat Gefängnis, ihre Freundin wurde mit drei Monaten bestraft. Der Oberwachtmeister wurde freigesprochen. Das Gericht konnte in keiner Weise seine Schuld als erwiesen ansehen, aber sicher wird er sich den Fall hinters Ohr schreiben. Hoffentlich aber erinnert er sich auch an sein Mißgeschick, wenn er einmal selbst beruflich im Straßendienst oder auf der Wachtstube mit Beschuldigten zu tun hat, gegen die kein klarer Beweis vorliegt.

Paletotmarder schwer bestraft.

Zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilte das Schöffengericht Charlottenburg gestern den Schneider Hermann Ziehm, der im vergangenen Winter in der Technischen Hochschule in Charlottenburg ein- und ausgegangen war und in mehr als 30 Fällen die Schränke der Studenten aufgebrochen hatte, um ihre Mäntel wegzunehmen.

Der Angeklagte war geständig. Er gab zu, daß er sich in der Hochschule als Student eingeschlichen hatte. Um unauffällig zu bleiben, trug er einen weißen Kittel und nahm einen Kleiderschrank für sich in Anspruch, in den er seinen eigenen Mantel hing, wenn er mit einem fremden davonging. Im Dezember wurde er verhaftet, da es einem Studenten auffiel, daß ein Mann mit seinem Mantel die Treppe hinunterging. Bei seiner Feststellung ergab sich, daß er außer diesem noch zwei weitere Mäntel über seinem Anzug hatte. Z. behauptete vor Gericht, daß er nur aus Not gehandelt hätte. Seine Frau sei sehr krank gewesen und er habe Geld gebraucht, um den Arzt bezahlen zu können. Da er aber bereits häufig wegen Eigentumsvergehen schwer, auch schon mit Zuchthaus, bestraft war, versagte das Gericht mildernde Umstände und verurteilte ihn wegen schweren Diebstahls im Rückfall zu 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Verlängerte Polizeistunde auch Fastnacht.

Nachdem der Polizeipräsident bereits einer Verlängerung der Polizeistunde für den 1. und 3. März bis 5 Uhr zuzüglich einer halbstündigen Räumungsfrist der Lokale zugestimmt hat, wird jetzt bekanntgegeben, daß diese Verlängerung auch für Fastnacht, Dienstag, den 4. März, gilt. Der Polizeipräsident hat diese Erleichterung ohne besondere Anträge der Interessenten zugebilligt.

Das 5. Sinfoniekonzert der Schutzpolizei findet am 3. März in der Staatlichen Hochschule für Musik in Charlottenburg statt. Es gelangen zur Aufführung: 1. Akademische Festouvertüre von J. Brahms. 2. Konzert für Violine und Orchester von Brahms (Solist: Diez Weismann). 3. Auf vielfaches Verlangen: Raskolnikoff-Ouvertüre, Phantasie von E. N. v. Reznicek. 4. Tristan und Isolde, Vorspiel, und Isoldes Liebestod von R. Wagner. Wie bisher, verfolgt auch dieses Konzert mohltätige Zwecke und soll dazu beitragen, das gute Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei immer freundlicher zu gestalten. Der Vorverkauf von Eintrittskarten findet wie bisher bei Bote u. Bock, bei Wertheim, Leipziger Straße und an der Abendkasse statt.

Gefangener seines Bruders.

Zum Skelett abgemagert im Dachboden aufgefunden.

Durch einen Zufall ist man in Breesen bei Zielenzig im Kreise Oststernberg (Neumark), das zwei Stunden Bahnfahrt von Berlin entfernt liegt, einem scheußlichen Verbrechen auf die Spur gekommen.

In der Ortschaft Breesen hat der jetzt 54jährige Bauer Gundermann ein Anwesen. Vor etwa zwanzig Jahren verschwand plötzlich der um einige Jahre jüngere schwachsinnige Bruder des Gundermann und niemand wußte, wo er geblieben war. Jetzt, nach zwanzig Jahren, wurde der Verschwundene, der von seinem eigenen Bruder in einem vergitterten Verschlag im Dachboden gefangen gehalten wurde, in einem kaum beschreiblichen Zustande aufgefunden.

Kommissar Johannes Müller von der Mordkommission des Berliner Polizeipräsidiums hatte zusammen mit zwei Berliner Kriminalassistenten in einer Mordaffäre in Zielenzig zu tun. Am Mittwoch abend erhielt Kommissar Müller ein anonymes Schreiben, in dem behauptet wurde, daß der

Bauer Gundermann auf seinem Grundstück einen Menschenaffen gefangen halte.

Die beiden Kriminalassistenten begaben sich darauf sofort nach Breesen und wollten eine Durchsuchung des Grundstücks vornehmen. Gundermann verweigerte den Beamten jedoch den Zutritt, so daß diese sich schließlich mit Gewalt Einlaß verschaffen mußten. Die Beamten fanden die Angaben des anonymen Briefschreibers bestätigt. Auf dem Dachboden des Wohnhauses stießen sie auf einen Verschlag. Durch ein völlig verschmutztes Fenster drang nur ein wenig Licht. Auf verfaultem Stroh, das von Ungeziefer wimmelte, lag ein etwa

fünfzigjähriger, unbekleideter, völlig verwahrloster Mann,

der bis zum Skelett abgemagert war. Als die Beamten eintraten, gab er unverständliche tierische Laute von sich. Er mußte gewaltsam aus seinem Gefängnis getragen und in das Krankenhaus in Zielenzig gebracht werden. Eine nähere Besichtigung des Gefängnisses gab ein geradezu erschütterndes Bild. Der Fußboden des Verschlages war mit Unrat übersät. In einer Schüssel befand sich ein schmutziger Mehlbrei, offenbar das Essen, das der unmenschliche Bauer seinem Bruder geben ließ. Das Fenster war außen mit einem starken Gitter versehen und die Innenseiten mit Gips verschmiert, so daß das Fenster nicht geöffnet werden konnte.

Der Bauer Gundermann hatte, wie jetzt feststeht, den 800 Morgen großen Hof von seinen Eltern geerbt. Als die Mutter vor etwa 12 bis 15 Jahren starb, setzte sie zur Pflege und Unterhaltung ihres schwachsinnigen Sohnes einen Betrag von 12 000 Mark aus. Sie erwartete, daß der Hoferbe seiner Pflicht getreulich nachkommen werde. Der aber hat das Geld für sich selbst verbraucht und den hilflosen Schwachsinnigen auf die unmenschliche Weise eingesperrt. Gegen den Bauern Gundermann ist ein Verfahren eingeleitet. Er befindet sich im Polizeigefängnis in Zielenzig.

Gastod eines alten Ehepaares.

Gemeinsam erwarteten sie das Ende.

Wegen schlechter Geschäftslage und wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist wieder ein betagtes Ehepaar in den Tod gegangen.

Der 65 Jahre alte Schneidermeister Richard Kaiser betrieb zusammen mit seiner drei Jahre jüngeren Ehefrau im ersten Stock des Hauses Boyenstr. 41/42 eine kleine Schneiderwerkstatt, die aber in der letzten Zeit nicht mehr recht ging. Am Donnerstag früh erhielt die Schwester der Frau einen Abschiedsbrief ihrer Verwandten, daß sie aus Furcht vor der unsicheren Zukunft gemeinsam in den Tod gehen wollten. Die Kriminalpolizei des 4. Reviers, die sich Zutritt zu der Wohnung verschaffte, fand die Küche mit Gas angefüllt und die alten Leute regungslos auf Stühlen sitzend vor. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch feststellen, daß der Tod bei beiden schon vor mindestens 18 bis 20 Stunden eingetreten war. Die alten Leute müssen gleich, nachdem sie den Brief abgesandt hatten, ihren Entschluß ausgeführt haben. Die Leichen wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Chloroformüberfall im Massagesalon.

Ein jugendlicher Räuber vor seinen Richtern.

Im Sommer 1928 hatten sich drei junge Leute zu einer Räuberbande zusammengeschlossen, die den Beschluß gefaßt hatten, in Massagesalons einzudringen, die Bewohner mit Chloroformmasken zu betäuben und dann die Wohnungen auszurauben.

Ihr erster Ueberfall galt einer Dame, die sie in einem solchen Salon kennengelernt hatten. Während sich der 22jährige Werner Ohmacht mit der Dame zurückzog und ihr in einem günstigen Augenblick die Chloroformmaske überstülpte, stürzten seine Freunde, die im Korridor gewartet hatten, auf seinen Pfiff hin in die Zimmer und raubten sämtliche vorhandenen Schmuck- und Kleidungsgegenstände im Werte von ungefähr 1600 Mark. Nach diesem Erfolg beschloß das Trio, seine Tätigkeit auf einige Massagesalons in Berlin und auch in anderen Städten auszudehnen. Die geplanten Raubzüge mißlangen ihnen aber in den meisten Fällen. Lange Zeit blieben sie unentdeckt. Erst nach monatelanger Sucharbeit der Kriminalpolizei konnten die drei Diebe verhaftet werden. Der eine, namens Marcel Eyck, der nach der Aussage des Angeklagten Ohmacht auch zwei Morde auf dem Gewissen haben soll, beging in der Untersuchungshaft Selbstmord. Der Prozeß gegen den zweiten, den Architekten Reißler, der noch in München im Gefängnis sitzt, wurde verschoben, da mit ihm auch die Helfer und Hehler der Bande abgeurteilt werden sollen. So verhandelte das Schöffengericht Berlin-Mitte nur gegen den jungen Ohmacht, dessen Verfahren von dem der übrigen abgetrennt worden war. Er war geständig und schilderte dem Gericht genau seinen Ueberfall auf die eine Dame, der den Hauptpunkt der Anklage bildete, sowie die übrigen Pläne seiner Freunde. Der Staatsanwalt beantragte eine schwere Strafe, da die überfallene Frau noch heute unter den Wirkungen des Chloroforms zu leiden habe. Das Gericht billigte jedoch dem Angeklagten, der an den späteren Raubzügen der Bande nicht beteiligt war, wegen seiner Jugend mildernde Umstände zu und verurteilte ihn wegen schweren Raubes zu 2½ Jahren Gefängnis.

Vergleich der Beamtenbank bestätigt.

Die Gläubiger wollen wissen, wann sie ihr Geld bekommen.

In einem besonderen Verkündungstermin hat das Amtsgericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Herr den bereits in der Gläubigerversammlung in der Neuen Autohalle mit der erforderlichen Mehrheit angenommenen Vergleich in dem Vergleichsverfahren der Bank für Deutsche Beamte bestätigt und als rechtskräftig erklärt.

An dem Verkündungstermin nahm der vom Gericht bestellte Vertrauensmann, Konkursverwalter Roetzel, die Liquidatoren der Bank für Deutsche Beamte, Dr. Heller und Polizeimajor a. D. Riecker, und für den Gläubigerausschuß die Rechtsanwälte Dr. Roth und Wolf teil. Amtsgerichtsrat Herr erklärte in dem Bestätigungsbeschluß des Vergleiches, daß damit auch das weitere Verfahren aufgehoben werde. Von den 6391 Genossengläubigern, die Forderungen in Höhe von insgesamt 3,215 Millionen vertreten, hatten sich 4055 Genossen mit 2,667 Millionen Mark Forderungen für die Annahme des Vergleichs entschieden; von den reinen Gläubigern, deren Gesamtzahl 8591 mit 7,574 Millionen Mark Forderungen beträgt, hatten sich 6735 mit Forderungen in Höhe von 6,33 Millionen Mark für den Vergleich ausgesprochen, so daß in beiden Fällen die gesetzlich erforderliche Anzahl bei weitem überschritten worden war. Zu den Forderungen kommen noch die Zinsen vom 1. Januar 1929 bis 12. Juni 1930, dem Tage der Eröffnung des Vergleichsverfahrens, hinzu, die für die Forderungen der Gläubigergenossen und reinen Gläubiger insgesamt 700 000 M. betragen und gleichfalls abgedeckt sind.

In der Begründung des Bestätigungsbeschlusses wurde noch betont, daß alle im Vergleichsverfahren notwendigen Vorschriften erfüllt worden seien und keine Gründe gegen die Bestätigung vorlägen. Anträge auf Verhinderung des Vergleichs seien ebenfalls nicht gestellt, so daß er damit rechtskräftig geworden sei. Als dann der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Herr, die Verhandlung schloß, wurde aus den Reihen verschiedener Gläubiger die Frage gestellt: „Wann bekommen wir denn unser Geld ausgezahlt?" Amtsgerichtsrat Herr erklärte, daß die Durchführung des Vergleichs Sache des Gläubigerausschusses sei, daß aber die Auszahlung erfolgen werde, sowie jeweilig 10 Proz. der Forderungen eingegangen seien. Von den Mitgliedern des Gläubigerausschusses wurde hinzugefügt, daß die ersten Auszahlungen voraussichtlich zwischen Ostern und Pfingsten dieses Jahres erfolgen dürften. Der Gläubigerausschuß hofft bekanntlich, eine Vergleichsquote von 60 bis 70 Proz. herauswirtschaften zu können.

Bildfunk Berlin—Buenos-Aires.

Vor einigen Tagen fanden zwischen den Polizeibehörden von Berlin und Buenos-Aires Bildfunkübertragungen statt, durch die festgestellt werden sollte, in welchem Umfange der drahtlose Bildfunk für die Polizei zur Feridentifizierung gesuchter Personen geeignet ist. Die Uebertragungen, bei denen Bilder und Fingerabdrücke zwischen beiden Orten gewechselt wurden, hatten einen vollen Erfolg. Die Sendungen sind auf beiden Seiten klar und deutlich angekommen. Die übermittelten Fingerabdrücke reichen für die Identifizierung aus und genügen den polizeilichen Zwecken. Bei den Bildern ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich zunächst um Strichätzungen handelt, während zur Identifizierung von Personen nur Lichtbilder verwendet werden können. Doch ist wohl die Uebermittlung von Originallichtbildern nur noch eine Frage kurzer Zeit.

Die Zeitdauer der drahtlosen Uebermittlung eines Bildes beträgt ungefähr acht Minuten, so daß es möglich ist, in wenigen Minuten Fingerabdrücke und Personalbeschreibung eines Verbrechers von einem Kontinent zum andern zu übermitteln, wozu bisher Wochen gebraucht wurden.

Städtischer Autobus nach Teltow.

Am Montag, dem 24. Februar 1930, wird die Omnibuslinie 6 von Neu-Westend über Schönow bis Teltow, Ruhlsdorfer Platz, weitergeführt. Der Fahrpreis Teltow—Neu-Westend beträgt 30 Pfennig mit Umsteigeberechtigung; Schönow—Neu-Westend 25 Pfennig wie bisher. Die Linie führt dann die Bezeichnung „T".

Rechtsanwalt Dr. B.

ist ein weit berühmter Verteidiger. Ruhig, sachlich – und doch eindringlich und überzeugend sind seine Plädoyers. Er beherrscht stets die Materie bis ins Letzte. Seine Gegner fürchten seine Schlagfertigkeit, seine Klienten bewundern die Menschenkenntnis, mit der er auch die geheimsten Beweggründe und die Tücken überreizter Nerven versteht.

„Viele Ehekonflikte – sagt er oft – sind nichts weiter als ein Versagen der Nerven. Wieviel froher und glücklicher würden viele Menschen leben, wenn sie stets den unschädlichen Kaffee Hag tränken. Coffein kann eben nicht jeder vertragen. Ich trinke Hag seit Jahren und möchte ihn auch wegen seines unübertrefflichen Geschmacks nicht missen."

Leben im Schatten . . .

Eine traurige Liste erzählt von den Leiden der Gebrechlichen.

Täglich trifft man sie irgendwo auf den Straßen, den Blinden oder die lahme Frau oder ein gebrechliches Kind. Einen Augenblick fährt man zusammen, dann hat man die Schwere schon wieder vergessen. Wann legt man sich schon einmal Rechenschaft darüber ab, wieviele Gebrechliche es wohl geben mag!

Auch sie sind gezählt, das Statistische Reichsamt ist gerade erst mit einer ziemlich genauen Aufstellung fertig geworden, die alle Gebrechlichen im Reiche enthält. Nur Württembergs Zahlen liegen zur Zeit noch nicht vor, da hat man etwas langsamer gearbeitet. Im ganzen Deutschen Reich — also ohne Württemberg und ohne Saargebiet — wurden insgesamt 677 808, das sind je 113,3 auf je 10 000 Einwohner, gezählt. Von ihnen waren

	männl.	weibl.	zus.
blind	18 242	13 313	31 555
taubstumm und ertaubt .	22 393	20 252	42 645
körperlich-gebrechlich . .	292 125	117 083	409 208
geistig-gebrechlich . . .	110 316	107 072	217 388

Die mehrfach Gebrechlichen sind bei jedem ihrer Leiden gezählt.

Eine traurige Liste! Wieviel Leid liegt in ihr. Es ist richtig, diese Zahlen aus dem Jahre 1929 geben nicht den normalen Stand im Deutschen Reiche an, sie haben durch die Folgen des Krieges ihre besondere Ueberhöhung erfahren. Man ziehe die furchtbare Zahl der Kriegsgebrechlichen von der Liste ab: 2411 Blinde, 833 Taubstumme und Ertaubte, 132 939 körperlich Gebrechliche und 6303 geistig Gebrechliche. Dann bleibt zwar immer noch eine fürchterliche Gesamtsumme übrig, aber sie entspricht doch der Allgemeingebrechlichkeit in der Welt, ja, Deutschland kommt sogar damit noch etwas besser weg als der Durchschnitt.

Beachtlich ist der Anteil des weiblichen Geschlechts, obwohl er bei den körperlich Gebrechlichen sehr erheblich von dem der Männer übertroffen wird. Das hat aber seine natürliche und naheliegende Erklärung. Man denke nur einmal daran, wieviel mehr der Mann im Lebens- und Berufskampf den Gefahren ausgesetzt ist. Beachtet man den Anteil der Religionen an den Ziffern der Reichsgebrechlichenzählung, so läßt sich feststellen, daß die beiden großen christlichen Religionsbekenntnisse zu ungefähr gleichen Teilen vertreten sind. Auffällig ist jedoch der prozentual über dem Durchschnitt liegende Anteil der Israeliten, soweit es sich um Blinde, Taubstumme, Ertaubte und geistig Gebrechliche handelt. Dagegen liegen die Zahlen der körperlich Gebrechlichen weit unter der Normalzahl. Wer will, kann daraus seine Schlüsse ziehen.

Das Statistische Reichsamt hat sich auch um den Familienstand der Gebrechlichen gekümmert. Dabei fällt es auf, daß die gebrechlichen Männer zu mehr als 50 Proz. verheiratet sind oder es waren. Die gebrechlichen Frauen konnten jedoch nur zu einem Fünftel ihrer Gesamtzahl einen Hausstand begründen. Was die Statistik leider vermissen läßt, das ist die Frage, wieviele der Gebrechlichen ihr Leiden erworben haben und welcher Teil von ihnen gebrechlich ins Leben getreten ist.

Die Tante in Amerika.

Eine alte, ewig neue Schwindelgeschichte.

Die phantastischen Schwindeleien des bereits dreizehnmal bestraften Kaufmanns Krumpholz beschäftigten das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Der Angeklagte, der im August 1928 aus dem Gefängnis entlassen war, fand sehr bald einen Posten als Vertreter, bei dem er sein gutes Auskommen hatte. Er heiratete und begann, gleich darauf alle seine Bekannten und auch viele Fremde um große Beträge zu schädigen. Er erzählte, daß er von einer Tante in Amerika große Erbschaften zu erwarten habe. Die Höhe dieses Kapitals steigerte er im Laufe der Zeit bis auf mehrere Millionen Dollar. Freudig teilte er auch seinen Freunden mit, daß er bereits jetzt einen größeren Vorschuß auf die Zinsen seines Vermögens erhalten würde. Gern gab man ihm höhere Beträge, da er meistens in Geldverlegenheit war, und freute sich über die Großzügigkeit des Angeklagten, der als Gegenwert einen Wechsel in drei- bis fünffacher Höhe des geborgten Betrages ausschrieb.

Wenn seine Gläubiger dagegen protestierten, meinte er prahlerisch, daß es bei ihm gar nicht darauf ankäme und daß der andere bei Einlösung des Wechsels auch einmal ein gutes Geschäft machen solle.

Einem seiner Freunde erzählte er eine rührende Geschichte, daß er schon einige Tausend Mark aus Amerika erhalten hätte und diese Summe an die 100 Aermsten von Berlin, deren Adresse der Reichspräsident vermittelt hätte, verteilt hätte. Da er aber dadurch in Geldschwierigkeiten geraten sei, möchte er ihm doch einige Hundert Mark leihen. Auf diese Weise gelang es Krumpholz, neben seiner Tätigkeit als Vertreter im Laufe eines Jahres ungefähr 30 000 Mark zu erbeuten. Als K. verhaftet wurde, gestand er seine Straftaten.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2½ Jahren Gefängnis.

Kein Verdienst und kein Dach über dem Kopf.

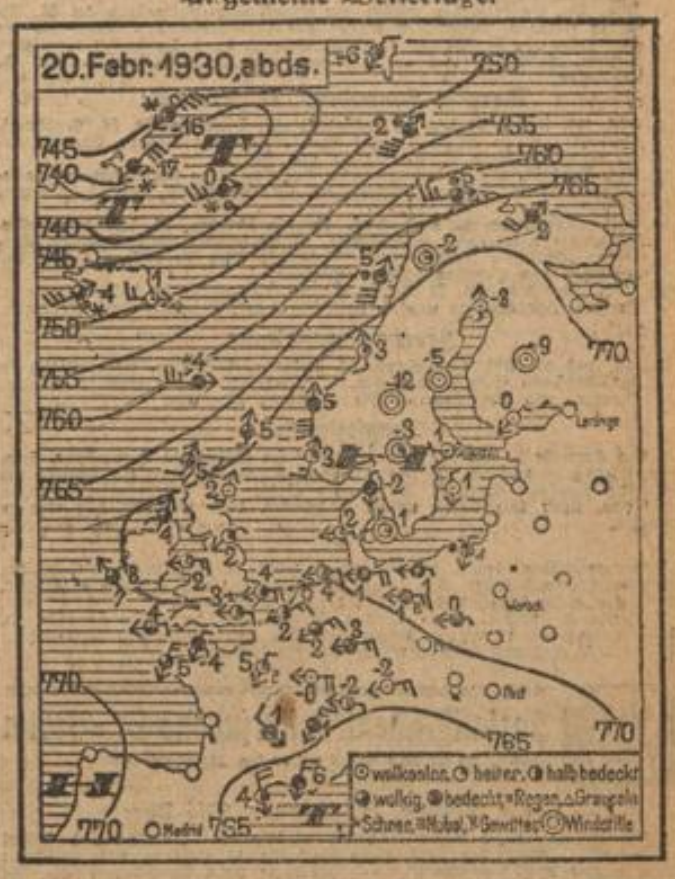
Das ewige alte Lied der Feindschaft zwischen Mieter und Vermieter und ihre unseligen Trabanten: Streit und üble Nachrede, Klagen und schließlich der Sieg des wirtschaftlich Stärkeren. Der stellungslose Kaufmann K. bewohnte bis vor kurzem mit Frau und zwei Kindern eine Zweizimmerwohnung in Lankwitz. Von Anfang an war dieser Mieter dem Hauswirt ein Dorn im Auge. K. hatte nämlich bald in Erfahrung gebracht, daß die Wohnung, die ihm zuerst möbliert vermietet worden war, der Kenntnis des Wohnungsamtes vorenthalten war. Es gelang ihm, die Wohnung als Eigenwohnung in seinen Besitz zu bringen und den Hauswirt zur Räumung der Möbelstücke zu veranlassen. Jetzt wurde der Kaufmann dauernd schikaniert und als er, arbeitslos geworden, um Erlaß der Hauszinssteuer nachsuchte, verweigerte der Hauswirt die notwendige Unterschrift. Man sah sich des öfteren vor Gericht, Räumungsklage und Berufung bildeten einen lebhaften Briefwechsel zwischen beiden Parteien und schließlich gelang es dem Hauswirt doch, den Mann herauszusetzen. Wo soll der Obdachlose nun mit Frau und Kindern so rasch unterkommen? Es wurden ihm wohl Notwohnungen zur Verfügung gestellt, aber solche, die sich als unbewohnbar erwiesen. Jetzt steht sein Hausrat am Speicher und er samt Familie auf der Straße. — Das Wohnungsamt sollte sich einmal energisch um die Angelegenheit bemühen.

Die Verrummelung der Natur.

In seiner launigen anschaulichen Art sprach Professor Dr. Schönichen in der Stadthalle über „Die Verrummelung der Natur". Eingehend erklärte er die Entstehung des Rummels und wandte sich dabei durchaus nicht gegen die Berechtigung dieser Art von Vergnügen. Doch soll man es nicht in die Natur verlegen. Zu der Versündigung an der Natur gehört die schmalzige, sentimentale, „rheinische Stimmung", die vielerorts für die Fremden konstruiert wird. Das Unternehmertum macht sich auf das unverschämteste an den herrlichsten Aussichtspunkten breit. An den idyllischen Plätzen, geschaffen den Menschen zur Erholung, werden Orakel- und Wahrsageautomaten aufgestellt. Dem Publikum wird auf das raffinierteste das Geld aus der Tasche gelockt. Dem kleinen Mann soll nicht die Möglichkeit einer bescheidenen Existenz genommen werden, aber der Bratwurstrost gehört nicht in den Wald. Auch das Verschwinden jener Sorte von Photographen wäre zu begrüßen, die an landschaftlich schönen Plätzen ihre Kulissen aufbauen, damit das liebe Publikum sich auf Eseln, in Flugzeugen und mit einer Ruine im Hintergrund photographieren lassen kann. Das deutsche Wanderlied gehört in den deutschen Wald; abscheulich aber wirkt es, wenn durch Schallplatten-Jazzmusik die Stimmung der Landschaft gestört wird. Um seine Ansicht zu bekräftigen, ließ der Redner derartige Platten spielen. Der Vortrag trug auf jeden Fall viel dazu bei, das Verstehen der Natur zu fördern.

Elitesänger im Theater am Kottbusser Tor. Die Elitesänger bringen wieder ein ausgezeichnetes Februarprogramm. Als Humorist gefiel Eugen Becker, ebenso als Sänger Walter Sänger (von den Stadttheatern Königsberg und Tilsit) in seinen Liedern aus der Oper „Zar und Zimmermann und aus der Operette „Marie[illegible]" von Oskar Strauß. Elegant erschien Hans Renné als „Winterkönigin" und gefiel mit Walter Seller außerordentlich. Unter großem Beifall mußte das Paar mehrmals vor dem Vorhang erscheinen. In ihrem Gesangs- und Tanzduett „Großer Pikkolo, kleiner Pikkolo" erhielten Alfons Bornemann und Emil Stein langanhaltenden Beifall. Im dritten Teil gelangte ein „Lebensbild" von Gustav Rieß und Max Neumann zur Aufführung. Scharsch-Russelli gab als waschechter „Fensterputzer" diesmal seine Kalauer zum besten. Den Schluß bildete eine sehr gut zusammengestellte Originalfaschingsburleske „Die blonde Olli" von Max Neumann, worin auch Scharsch-Russelli als Großviehhändler nicht fehlen durfte.

Allgemeine Wetterlage.



Das europäische Hoch hat seine Lage im wesentlichen beibehalten. Auf seiner Nordseite strömen azoarische Luftmassen nach Rußland. Der allgemeinen Strömung folgend, wenden sie sich dann nach Süden. Am Mittwoch hatten sie Polen erreicht. Von dort sind sie dann mit östlichen Winden nach Mitteleuropa geströmt und haben bereits bis zur Weser hin Eintrübung gebracht. Sie werden sich weiter ausbreiten und auch Westdeutschland überfluten. Da sie jedoch infolge ihrer langen Wanderung schon sehr flach geworden sind, werden sie die mitteldeutschen Gebirge nicht mehr überschreiten können und infolgedessen in Süddeutschland das Wetter nur in geringem Maße beeinflussen. Später wird sich wohl auch in Norddeutschland wieder Aufheiterung einstellen.

*

Wetteraussichten für Berlin. Meist neblig-trübe, Temperaturen um Null schwankend, östliche Winde. — **Für Deutschland.** Im Süden vorwiegend heiter, ziemlich kräftige Nachtfröste, Tagestemperaturen meist mehrere Grade über Null, in Westdeutschland Eintrübung und tagsüber kälter. In Mittel- und Ostdeutschland meist neblig-trübe, vereinzelt schwache Niederschläge, Temperatur um Null schwankend.

Sie werden Glück haben —
wenn Sie den
Einsegnungsanzug
für Ihren Sohn
bei uns kaufen!
Baer Sohn A. G.
Chausseestraße 29/30
U-Bahn: Stettiner Bahnhof

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck; Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.

Ich, der Herold
unserer Arbeit, verkünde:

Nicht totes Material, nein, *der Geist*, so in unserem Unternehmen und unseren Mitarbeitern lebet, gibt unserer Ware das besondere Gepräge.

Lasset in der Folge Euch sagen, welch' *Geheimnis* es ist, das jeden Qualitätsraucher immer wieder in den Bann der *Kurmark* zieht.

die Cigarette der neuen Epoche!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Treppen rechts, zu richten

2. Kreis Tiergarten. Zeitungskommission. Sonnabend, 22. Februar, 19 Uhr, wichtige Sitzung in der „Vorwärts"-Expedition, Wilhelmshavener Str. 48. Jede Abteilung muß vertreten sein.

7. Kreis Charlottenburg. Heute, Freitag, 21. Februar, sind alle Abteilungen verpflichtet, sich an der Einsäuberung unseres verstorbenen Genossen Reinhold Seifert zu beteiligen und Abordnungen mit den Abteilungsbannern und Fahnen zu entsenden. Der Kreisvorstand.

20. Kreis Reinickendorf. Wegen der Eröffnung des Bildungsausschusses findet unser Bezirksleiter nicht am Dienstag, dem 26. Februar, sondern erst am Mittwoch, dem 28. Februar, im Volkshaus, Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 114, statt.

Heute, Freitag, 21. Februar:

24. Abt. Die Gruppenführer werden ersucht, heute wichtiges Material vom Abteilungskassierer abzuholen.

31. Abt. Die Vertrauensleute müssen zur Abteilungsversammlung am 26. Februar einladen. Desgleichen müssen alle parteigenössischen Mitglieder der Freidenker zur Versammlung am 28. Februar durch Handzettel eingeladen werden. Handzettel sind ab heute von Goldschmidt, Stolpische Str. 98, abzuholen.

Morgen, Sonnabend, 22. Februar:

42. Abt. 133. Bezirk. 20 Uhr im Fahrtenbundslokal Dieffenbachstr. 54 (Deutschner). Vortrag: „Meine Erlebnisse auf Kuba". Referent: Genosse Senske. Anschließend geselliges Beisammensein und Tanz.

91. Abt. Neukölln. Die Abrechnung beim Genossen Jung kann nicht am Sonnabend, dem 22. Februar, sondern erst am Sonnabend, dem 29. Februar, stattfinden.

112. Abt. Wilhelmshagen, Rahnsdorf, Müggelheim. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Kleinschmidt, Wilhelmshagen, Wilhelmstraße. Vortrag: „Politische Tagesfragen". Referent: Max Herbermann. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

123a. Abt. Karl-Marx-Stadt. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Alserbrim. Vortrag: „Young-Plan und die politische Lage". Referent: Ernst Neumann.

Frauenveranstaltung.

35., 36. und 37. Abt. Sonnabend, 22. Februar, 19½ Uhr, Frauenabend in der Schulaula Pelzerstraße Ecke 8. Referent: Genosse Stadler. Thema: „Konsum und Sozialismus". Die Abteilung ladet ein.

Jungsozialisten.

Am Sonnabend, dem 22. Februar, findet im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße, im Fadmen der Freien Sozialistischen Hochschule ein Vortrag des Genossen Siegfried Bernfeld über: „Biologie und Gesellschaftslehre", um 19½ Uhr statt. Wir bitten unsere Mitglieder, diese Veranstaltung rege zu besuchen.

★

Gruppe Elbing. Heute, 20 Uhr, im Jugendheim Nordstr. 11, Referat der Genossin Eberhardt über: „Deutschlands Abhängigkeit von der Weltwirtschaft". Gäste, vor allem Genossen der SPD., herzlich willkommen.

Gruppe Schöneberg. Heute, Freitag, 20 Uhr, im Jugendheim Hauptstr. 15, Schwabenlandkammer, wichtige Besprechung über unsere zukünftige Werbearbeit. Um 19 Uhr ebendort Zusammenkunft der Funktionäre.

Werbebezirk Lichtenberg: Heim Gyntrstr. 44. Werbebezirksmitgliederversammlung, Beginn 19½ Uhr. Vortrag: „Jugend und Politik". Alle Gruppenveranstaltungen fallen aus.

Werbebezirk Pankow: Heim Göhlertstr. 14. A. 2. 19½ Uhr Werbebezirksdelegiertenkonferenz.

Werbebezirk Teltow-Land: Morgen, Sonnabend, 19½ Uhr, im Heim Stralsk. Albrechtstr. 47, Werbebezirksfunktionärversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung. Georg Albrecht spricht über: „Aufgaben der Berliner Generalversammlung und Reichskonferenz in Lüneburg".

Werbebezirk Neukölln: Ausgabe der Eintrittskarten für die Revue am 2. März in der Zeit von 18 bis 19 Uhr im Parteibüro, Fuldastraße. Jede Gruppe muß einen Vertreter entsenden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin C 14, Sebastianstr. 37—38 Hof 2. Tr. Hannover-Land. Achtung, Spielleute! Kaffeehausfahrt Sonnabend, 22. Februar, 14.58 Uhr ab Göttiger Bahnhof für Berliner Kameraden. Für Treptow und Köpenick ab Niederschönweide 15.07 Uhr in Bannerkleidung mit Instrumenten. — Freitag, 21. Februar. Lichtenberg. Kameradschaftsversammlungen um 20 Uhr: Kameradschaft Fahrenen bei Stöber, Junge Ecke Oderstraße, Kameradschaft Treptower bei Seifert, Scharnweber- Ecke Konprinzenstraße, Kameradschaft Gustav Tempel bei Hübner, Frankfurter Allee 300, Kameradschaft Hummelsburg bei Braun, Hüttenschmidtstr. 40, Kameradschaft Friedrichsfelde bei Schwarz, Cavalierallee 104, Vortrag Kameraden Dr. Klug. Kameradschaft Karlshorst bei Sommel, Treskow- Ecke Westhavelallee, Kameradschaft Karlshorst bei Hübner, Lehdestr. 13, Kameradschaft Mahlsdorf bei Ehrens, Dahlmannstr. 35—37. — Sonnabend, 22. Februar, Kameradschaft Biesdorf bei Porath, Marzahner Str. 31. Alle aktiven und passiven Kameraden haben die zuständigen Versammlungen zu besuchen. — Sonnabend, 22. Februar. Wintersportabteilung. Treffpunkt zur Fahrt zum Wintersportfest in Bennecke-stein 13½ Uhr Lichtenberg Fernbahnhof. Leitung Kameraden Hartmann. Fahrkarten erst nach Ankunft Wien. Wer morgens um 6 Uhr fahren will Anruf in der Geschäftsstelle (A 7 Stralauer 7876). — Sonntag, 23. Februar. Kreuzberg. Treffpunkt der Jugend 1 8½ Uhr Nord- Ecke Belle-Alliance-Straße. Jugend II und III und Züge VII und VIII 8½ Uhr Kottbusser Tor zur Besichtigung der Feuerwache Spandau. — Treptow, Jungbanner. Freitag, 21. Februar, in Baumschulenweg bei Streubel, Schöneweider- Ecke Baumschulenstraße. Thema: „Gegnerische Jugend", „Unser Wandern."

Reichskartell Republik. Eisstockschießen Friedrichsfelde. Sonntag, 23. Februar. Von 8—12 Uhr schießen die Ortsvereine Reinickendorf und Eichkamp, von 12—17 Uhr die Ortsvereine Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Die folgenden Tage bis einschließlich Freitag bleiben den genannten Ortsvereinen gleichfalls frei.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Gau Berlin. Der Schulungskursus findet Freitag, 21. Februar, nicht wie angesetzt im Restaurant Hackescher Hof, sondern im Jugendheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin, Linienstr. 85—86, Aufgang I, 3 Treppen, statt. Herr Dr. Konrad Stehr spricht über: „Modernes Erbrecht".

Verein ehemaliger Polizeibeamten. Versammlung am Montag, dem 3. März, in Linthals Bierquelle, Am Weidendamm 1 (Weidendammer Brücke, Ecke Friedrichstraße). Nichtmitglieder willkommen.

Freie Arbeiter-Esperanto-Vereinigung. Die erste Zusammenkunft sämtlicher Teilnehmer der neuen Kurse am 21. Februar (Freitag), 19½ Uhr, in der Bibliothek des Metallarbeiter-Verbandshauses, Linienstr. 83—85. Dort auch jeden Freitag Kursus und Gruppe von 19½ bis 21 Uhr. Gruppe Osten, regelmäßig jeden Donnerstag von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim, Am Ostbahnhof 17.

Vorbereitung der Frauen und Mütter von Groß-Berlin. Der Beratungsabend für die Frauen und Mütter findet Montag, 24. Februar, im Bürgersaal des Berliner Rathauses, Königstraße, statt. Rechtsanwalt Walter Bohn spricht über das Thema: „Juristische Tagesfragen". Anfang 20 Uhr. Zutritt frei. Diskussion.

Bund Berlin für Kinderkunstschrift. Uebung in allen Geschwindigkeiten jeden Freitag von 20—22 Uhr im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6, am Reichstagsgebäude, und jeden Dienstag von 20—22 Uhr im Schulhause Utrechter Straße 30—31, am Wedding.

„Weltspiegel", Ortsgruppe Berlin. Am 25. Februar, um 20 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Heim der „Knoblauchs", Berlin N., Berg-straße 77 (Nähe Stettiner Bahnhof), der Redner Albu über: „Die gegenwärtige politische Lage in Indien". Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten.

Funkwinkel.

Am Nachmittag wird ein im besten Sinne des Wortes populäres Orchesterkonzert nach Breslau und Leipzig gesandt. Ausschnitte aus Spielopern, die Peer-Gynt-Suite und Walzer bilden das Programm, das Bruno Seidler-Winkler mit Routine abwickelt. Anläßlich seines zehnjährigen Bestehens singt der Gemischte Chor Groß-Berlin unter Leitung Georg Oskar Schumanns Lieder und Bearbeitungen von Hermann Scherchen. Diese Kompositionen vereinigen Melodie und Rhythmus und sind durchaus volkstümlich gehalten. Es kommt Scherchen weniger auf besonders kunstvolle und verwickelte Stimmführung an als auf den Ausdruck einer Stimmung oder eines Gefühls. Der Chor, der über sehr schöne Stimmen verfügt, hinterläßt einen starken Eindruck. Fein schattiert sind vor allem Uebergänge in der Tonstärke. — Gerhart Hauptmanns Komödie „College Crampton" eignet sich für eine Sendung aus rein stilistischen Gründen wenig. Das Werk ist durchaus realistisch gehalten. Die Geste bedeutet fast genau so viel wie das Wort, gibt ihm erst die letzte Deutung. Pausen sind zwischen den Worten notwendig. Der Regisseur Max Bing vermag hierüber nicht hinwegzutäuschen, trotzdem er geschickt zusammendrängt und konzentriert. Prachtvoll ist Klöpfer in der Titelrolle. Keine klinische Studie eines Alkoholikers, sondern eher das getränkte Genie, das an der Engstirnigkeit der Kleinen zusammenbricht. Jedenfalls eine ganz große Leistung. — Ludwig Spiegler berührt in seinem Vortrag „Jugend ohne Heimat" ein schwieriges soziales Problem. Zuerst gibt er eine Reportage über diese traurigen Zustände, dann kommt er zu positiven Vorschlägen. Heime, in denen der junge Mensch nicht sich selbst überlassen ist, die aber auch von jedem diktatorisch herrschenden Regime befreit sind, scheinen eine Lösung zu bedeuten. — Der preußische Finanzminister Dr. v. Hoepker-Aschoff gibt in der Aktuellen Abteilung einen Ueberblick über seine fünfjährige Tätigkeit als preußischer Finanzminister.

F. Sch.

Einkaufende Robben bei Karstadt.

Bevor die vielbewunderten Seelöwen und Walrosse des Zirkus Hagenbeck Berlin verlassen und nach dem Tierpark in Stellingen fahren, um sich dort einmal ordentlich wieder auszuschwimmen, mußten sie noch ein paar Besorgungen machen. Einkaufsfreudig wanderten sie zu Karstadt am Hermannplatz. Sehr gerne hätten sie ihre Einkäufe, es handelte sich um Halskragen usw., in der in Frage kommenden Abteilung gemacht, doch fürchtete die Polizei ein lebensgefährliches Gedränge und untersagte fürsorglicherweise diesen eigentümlichen Kundenbesuch. Dennoch wurde dem Walroß Elien und den beiden Seelöwen Jackie und Lotus der Warenhausbesuch nicht vorenthalten. Sie besuchten nämlich jetzt in Begleitung ihres Erziehers Decker den japanischen Teeraum. Saßen dort, inmitten geladener menschlicher Gäste, gemütlich auf ihren Sockeln, fraßen Fische und bliesen Mundharmonika. Spielten der Abwechslung halber mit ihren Bällen und ihren Puppen und als ein Photograph dieses komische Bild durch Blitzlichtaufnahme festhielt, erschrak der Seelöwe Lotus sehr und warf, besorgt und geistesgegenwärtig, seine Puppe sofort seinem Herrn zu. Und da Decker inzwischen schon genau so gut jongliert wie eine Robbe, hatte er auch tatsächlich die Puppe im selben Augenblick auf dem Arm. Nachdem die Tiere sich die eingekauften Gegenstände dann auf das genaueste angesehen hatten, watschelten sie neben ihrem Herrn, unter mühelosen Ueberwindung von Treppenstufen, nach ihrem Sonderwagen, um wieder nach dem Zirkus-Busch-Gebäude zu fahren.

An Gaststätten: Es heißt nach wie vor die Gaststätten von Berlin und Umgebung. Kein Wunder, wenn ein Programm geboten wird, das von der gesamten Presse mit den höchsten Worten gelobt worden ist. Dann die wunderbare Aufmachung, die alle Besucher quasi neue erzählt. Am kommenden Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, findet wieder eine Familienvorstellung mit volkstümlichem Abendprogramm statt. Kinder zahlen zu diesen Vorführungen auf allen Plätzen von 1.50 M. aufwärts nur halbe Preise. Wenden Sie Ihr täglich große Vorführung. Karten rechtzeitig sichern.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Freitag, 21. Februar, 19½ Uhr:

Arkonaplatz: Schule Elisabethkirchstr. 19. Vortrag: „Burschen und Mädel auf Fahrt". — Köllnischer Park: Heim Waisenstr. 13. Vortrag, Arbeiterführer: „Reit Karbie oder Mackenzie". — Zentrum: Heim Landsberger Str. 30. Uebungsabend. — Moabit 1: Schule Waldenserstr. 35—41. Vortrag: „Streik- und Schlichtungswesen". — Arnimplatz: Schule Tannenburger Str. 20. A. 17. Vortrag: „Kinderfreunde, Falke, Falken, SAJ." — Grunewalder Platz 1: Heim Fasanenstraße Ecke, Stellungnahme zur Generalversammlung. — Grunewalder Platz II: Schule Pestalozzistr. 44. Vortrag: „Mode und Reform". — Falkplatz II: Schule Sonnenburger Str. 30. Vortrag: „Staat und Kirche". — Hohenstaufenplatz: Heim Kreuzenwalder Str. 6. Tagespolitische Fragen. — Humboldtplatz: Schule Scharenbergstr. 7. Vortrag: „Das Heidelberger Programm". — Nordost 1: Heim Pankower Str. 33. Vortrag: „Volks- oder Medejans". — Weißensee: Heim Parkstr. 56. Vortrag: „Arbeiterdichtung". — Görlitzer Platz: Schule Kastanienallee 82. Vortrag: „Kommunismus und Faschismus". — Andreasplatz: Heim Prenzlauer Str. 1. Vortrag: „Reichsbanner und SAJ." — Stralauer Viertel: Heim Gaskerstr. 61. 30-Minuten-Referate. — Moabiter Viertel: Heim Lübecker Str. 18. „Alt-Berliner-Humor". — Moabiter Viertel (N.-A.): Heim Lehrter Str. 18. Vortrag: „Kartenlesen". — Schöneberg IV: Heim Hauptstr. 15. Vortrag: „Eduard Bernstein unter dem Sozialistengesetz". — Charlottenburg: Heim Fasanenstr. 4. Vortrag: „Jugendversicherung und Jugendfürsorge". — Charlottenburg-Süd: Heim Sportplatz Cauchystraße. Vortrag: „Bodenreform". — Spandau (Altstadt): Heim Kindermuhr 1. Vortrag: „Aufgabenstellungen der heutigen Jugend". — Wilmersdorf (Westend): Heim Wilhelmsaue 125, Keller. Vortrag: „Dinge, die der Welle". 1. Teil. — Neukölln 1:

Weine u. Spirituosen

Apfelwein	Ltr.	0.48
Edenkobener	Ltr.	0.90
St. Martiner Goldtröpfchen	Ltr.	1.00
Böckelheim	Ltr.	1.90
Tarragona	Ltr.	1.00
Mushat	Ltr.	1.10
Malaga	Ltr.	1.20
Samos	Ltr.	1.48
Dürkheimer Rotwein	Ltr.	0.90
Uffel Spar. Rotwein	Ltr.	1.00
Johannisbeerwein	Ltr.	0.80
Niersteiner Schloßpenkert	Fl.	1.50
St. Martiner Berg	Fl.	0.98
Macon (Burgunder)	Fl.	1.75

Wild u. Geflügel

Wolgahühner	Pfd. etw.	1.20
Puten 4-11 Pfd. schwer	Pfd. etw.	1.05
Enten beste Mastenten	Pfd. etw.	1.25
Brathühner ungerupft	Pfd. etw.	1.20
Gänse gestopft	Pfd.	1.35
Gänsepökelfleisch	Pfd.	0.80
Fasanen-Hennen	Stck.	2.95
Hasen gepr. u. ungerupft	Pfd. etw.	0.95
Rehrücken gespickt	Pfd.	1.90
Hirschblatt	Pfd.	1.20
Hirschkeule	Pfd.	1.45
Wild-Ragout	Pfd.	0.60
Weinbr. Spezial	Ltr. Fl.	4.60

Mengenabgabe vorbehalten

Junge Erbsen	1/1 Ds.	0.55
Brschwg. Plockwurst	Pfd.	1.58
Gekochter Schinken	Pfd.	2.00
Bratheringe	1-Ltr.-Ds.	0.78
Bismarckheringe	1-Ltr.-Ds.	0.78
Hering in Gelee	1-Ltr.-Ds.	0.78
Rollmops	1-Ltr.-Ds.	0.78
Apfelsinen	4 Pfd.	0.78
Mandarinen	2 Pfd.	0.55
Amerik. Aepfel	3 Pfd.	1.00

Wurstwaren

Spitzbein in Gelee	Pfd.	0.48
Sülze	Pfd.	0.60
Frische Blut- u. Leberw.	Pfd.	0.68
Bresl. Dampfw.	Pfd. etw.	0.88
Hausm. Leberw.	Pfd. etw.	0.98
Berl. Mettwurst	Pfd.	1.00
Wiener Würstchen	Pfd.	1.15
Jagdwurst	Pfd.	1.18
Speck mager etw. fett	Pfd.	1.10
Schinkenpolnische	Pfd.	1.60
Zervelat u. Salami	Pfd.	1.68
Grobe Teewurst	Pfd.	1.52
Rum-Verschnitt	1 Ltr.-Flasche	4.80

Konserven

Stg.-Spargel 90/60w	1/1 Ds.	2.80
Brech-Spargel mittel	1/1 Ds.	2.35
Spargelabschnitte	1/1 Ds.	1.20
Spargelköpfe grün	1/1 Ds.	2.80
Jg. Erbsen sehr fein	1/1 Ds.	1.60
Gem. Gemüse fein	1/1 Ds.	1.65
Jg. Karotten extra M.	1/1 Ds.	1.10
Apfelmus prima	1/1 Ds.	0.95
Kirschen rot o. Stein	1/1 Ds.	1.58
Schattenmorell m. Zk.	1/1 Ds.	1.55
Quitten gelb und rot	1/1 Ds.	1.50
Himbeer-Konf. ca. 1 Pfd. Gl.		0.55
Himbeer-Konf. ca. 2 Pfd. Eim.		1.65
Vierfrucht ca. 5 Pfd. Eimer		1.95

Konfitüren

Volksringe	Pfd.	0.35
Keks-Mischg.	Pfd.	0.60
Fächerkeks	Pfd.	0.35
Kokosmakronen	Pfd.	1.00
Teegebäck	Pfd.	1.00
Bonbon Neuanfertigung	Pfd.	0.60
Himbeer Bonbon	Pfd.	0.50
Brustkaramellen	Pfd.	0.50
Malz-Bonbon	Pfd.	0.48
Haushalt Kakao	Pfd.	0.58
Burgm. Pralinen	400 g	1.00
Burgm. Pralinen	200 g	0.50

Obst- u. Gemüse

Blutapfelsinen	Pfd.	0.25
Bishop	Pfd.	0.35
Bananen	1 Pfd.	0.55
Blumenkohl Kopf etw.		0.20
Rot- u. Wirsingkohl	Pfd.	0.09
Weißkohl	Pfd.	0.04
Möhren grün	Pfd.	0.04
Kohlrüben	Pfd.	0.04
Zwiebeln	Pfd.	0.04
Schwarzwurzeln	Pfd.	0.28
Sellerie	Pfd. etw.	0.10
Rote Rüben	2 Pfd.	0.15

Delikatessen

Portug. Oelsardinen	Ds.	0.50
Portug. Oelsardin.	Ds.	0.70
Makrelen in Öl	1 Pfd.-Ds.	0.95
Deutsch. Kaviar	Gl.	0.50
Ochsenfleisch	1 Pfd.-Ds.	1.10
Salzgurken	Normalds.	0.65
Salzgurken	Normalds.	0.95
Essig Gewürzgurk.	Ds.	0.95
Senfgurken	5 Pfd. Ds.	2.80
Edelflachs	1/2 Pfd.	0.80
Feinstes Tafelöl	Fl.	0.75
Feinster Salm	Ds.	0.75

Butter und Käse

Molkereibutter	Pfd.	1.68
Finnische Butter	Pfd.	1.88
Margarine	Pfd.	0.50
Pflanzenfett	Pfd.	0.50
Bratenschmalz	Pfd.	0.52
Eier	10 St. etw.	0.60
Dänisch. Schweiz.	Pfd.	0.90
Tilsiter 30%	Pfd.	0.65
Edamer 30%	Pfd.	0.75
Tilsiter a. Rd.	1 Pfd.-Pak.	0.68
Schweizer Art	1 Pfd.-Pak.	0.88
Steinbuscher	Pfd.	0.98

Fische u. Räucherwaren

Schellfisch mit Kopf	Pfd.	0.23
Kabeljau ohne Kopf	Pfd.	0.25
Kabeljau mittel	Pfd.	0.23
Kabeljau-Filet	Pfd.	0.40
Dorsch	Pfd.	0.18
Goldbars ohne Kopf	Pfd.	0.23
Heringe grüne	3 Pfd.	0.25
Schellfisch geräuchert	Pfd.	0.25
Bücklinge	Pfd.	0.26
Sprotten	Pfd.	0.50
Sprotten	1 Pfd. Kart.	0.45
Seelachs geräuchert	Pfd.	0.55

Kolonialwaren

Reis Bruchreis	Pfd.	0.25
Erbsen grüne	Pfd.	0.32
Linsen	Pfd. etw.	0.26
Bordens Milch	Dose	0.50
Pflaumen	Pfd. etw.	0.50
Aprikosen	Pfd. etw.	0.88
Birnen	Pfd. etw.	1.00
Prünellen	Pfd.	1.00
Mischobst	Pfd. etw.	0.85
Kaffee Auslese	Pfd.	1.70
Konsum-Mischg.	Pfd.	2.20
Santos II	Pfd.	2.50

Telefonische Bestellungen bereits ab 8 Uhr durch unsere Bestellkasse (Baerwald 0042)

GÄNSE gefroren Pfund 70 Pf. an 1.00 an

holländische Ia Ware Pfund 88 Pf. an SUPPEN-HÜHNER

KARSTADT Lebensmittel

DIE PREISE GELTEN NUR FREITAG UND SONNABEND

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Amtliche Schutzzollförderung.

Eine oberflächliche Untersuchung über die Textilindustrie.

Während das Reichskabinett die Forderungen der Textilindustriellen nach höheren Zöllen ablehnt, hat sich das Reichswirtschaftsministerium (noch unter Leitung des jetzigen Außenministers Dr. Curtius) dafür eingesetzt. Das Wirtschaftsministerium ist auch der Auffassung, daß die Zollerhöhungen durch einen Druck auf die Löhne und Sozialfürsorge ergänzt werden müssen. Zu dieser Auffassung kommt das Reichswirtschaftsministerium auf Grund einer Untersuchung, von der seinerzeit sehr viel Wesens gemacht worden ist. Mit dieser Untersuchung beschäftigt sich nun in der letzten Nummer des „Textil-Arbeiters" der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes Hugo Rödel. Wir erfahren

Eigenartiges über den Gang der Untersuchung,

für die man sich eigens den bereits pensionierten Ministerialdirektor Bail engagierte (für den Preußen keine Verwendung mehr hatte), der nach Angaben der Baumwollspinnerverbände vier bis fünf Monate mit einem Stab von Buchprüfern herumgereist ist — und prompt feststellte, daß die Forderungen der Baumwollspinner nach höheren Zöllen im allgemeinen berechtigt seien. Der „Textil-Arbeiter" bemerkt zu dieser Untersuchung folgendes:

„Uns deucht, die Untersuchung war unnötig. Man hätte Herrn Bail in seinem Ruhestand belassen können. Wenn Herr Geheimrat Hagemann, der Leiter der Textilabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, irgendeinen Schreiber beauftragt hätte, aus der Unmasse der Publikationen der Baumwollindustriellen einen entsprechenden Auszug zu machen, so wäre dasselbe herausgekommen. Ein hoher Beamter eines anderen Ministeriums stellte vor kurzem die Frage: „Wie entsteht eine herrschende Meinung?" Und beantwortet sie: „Indem einer vom anderen abschreibt"

Es ist z. B. eine herrschende Meinung geworden, auch beim Reichswirtschaftsministerium, daß die Absatzpreise „vielfach bis zu 10 Proz. und mehr unter den Selbstkosten liegen". Herrn Bail erscheint die Angabe der Spitzenverbände, daß seit Jahresfrist dies der Fall ist, glaubhaft. Man braucht es ja nur abzuschreiben. Versteht Herr Bail mit seinen Buchprüfern etwas von der Kalkulation in der Weberei, in der Spinnerei? Wurden die Selbstkosten in der Spinnerei ermittelt für Ringspinnmaschinen oder beim Selfaktor? Welche Spindelzahl pro Arbeiter wurde zugrunde gelegt? Wurde in der Weberei das Zwei-, Drei-, Vier- oder Zwanzigstuhlsystem als Grundlage genommen? Das ist notwendig zu wissen. Hat man nicht dabei entdeckt, daß in der Kalkulation überhaupt kein System vorhanden ist? Man wird wohl auch darauf gestoßen sein, daß z. B. immer noch als allgemeine Unkosten etwa 150 oder 250 Proz. der Arbeitslöhne eingesetzt werden, obwohl der Satz rein willkürlich angenommen wird. Es wäre schon notwendig, hierüber etwas zu erzählen, zumal nicht nur der Unkostensatz, sondern auch der Arbeitslohn selbst in den einzelnen Betrieben grundverschieden ist. Als sicher nehmen wir an, daß das Reichswirtschaftsministerium sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, gleich mit nachzuprüfen, in welchem Maße sich die Gehälter der Direktoren und Generaldirektoren bei den Unkosten auswirken.

Und nun wieder die „herrschende Meinung". Herr Bail behauptet, daß nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts der Stand der tarifmäßigen Stundenlöhne um 40 Proz. höher war als 1925 und fast 20 Proz. höher als 1927. Das soll also heißen, daß um soviel die wirklichen Löhne gestiegen sind. Merkwürdig, daß Herr Bail mit seinen berufsmäßigen Buchprüfern in vier bis fünf Monaten nicht entdeckt hat, daß nicht mehr als etwa 15 Proz. Stundenlöhner vorhanden sind und alle übrigen Arbeiter im Akkord arbeiten, daß er nicht festgestellt hat, um wieviel die Akkordlöhne gestiegen sind oder vielmehr nicht gestiegen sind. Er hat natürlich keine Ahnung von den tariflichen Verhältnissen, was man ihm nicht verübeln kann. Aber auch im Reichswirtschaftsministerium muß es sich doch schon herumgesprochen haben, daß es auch in der Baumwollindustrie eine Einrichtung gibt, die man Betriebsräte nennt. Diese wären sicher bereit gewesen, die „Untersuchung" nach dieser Richtung kräftig zu fördern, wenn man sie zugezogen hätte. Ebenso gutgläubig haben die Beamten es als Tatsache hingenommen, daß z. B. im Elsaß die Steuern nur etwa 40 Proz., die Zinsen etwa 33 Proz. und die Löhne nur 55 bis 65 Proz. der deutschen betragen. Herrschende Meinung! „An der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor," sagt der Bericht. Wir glauben beinahe, daß genug Anlaß vorliegt, noch an etwas ganz anderem zu zweifeln."

Die Angaben und die Kritik Rödels dürften zutreffen. Die Untersuchung ist also ungemein oberflächlich durchgeführt worden. Nach allem, was wir von Herrn Hagemann wissen, und nach dem, was wir von Herrn Bail sicher wissen, kann es uns aber auch nicht wundern, daß die Betriebsräte zu den Untersuchungen nicht hinzugezogen wurden.

Ein Sieg der Gerechtigkeit.

Auch der Reichstag für die Lombardfähigkeit der Kommunalanleihen

Bei der Beratung des Reichsbankgesetzes in der gemeinsamen Tagung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses hat jetzt auch der Reichstag, wie wir gestern schon kurz meldeten, der Beleihungsfähigkeit der Kommunalanleihen durch die Reichsbank zugestimmt und damit die Entscheidung des Reichsrats zu seiner eigenen gemacht. Für diese Aenderung des Regierungsvorschlages haben die Sozialdemokraten, die Demokraten, ein Teil der Deutschen Volkspartei und die Kommunisten gestimmt.

Diese Abstimmung der größten und wichtigsten Ausschüsse des Reichstags hat dessen Willen zur Gerechtigkeit deutlich erkennen lassen. Es war an sich schon unverständlich, daß die Reichsregierung nach dem Votum des Reichsrats noch darauf beharrte, eine Doppelvorlage einbringen zu wollen. Die nur historisch und fast als Zufall zu erklärende Benachteiligung der Kommunalbanken gegenüber den privaten und den öffentlichen Hypothekenbanken und die nur aus politischen Gründen verständliche Zurücksetzung der Kommunalanleihen gegenüber den Anleihen des Reiches und der Länder hätten nicht dazu führen dürfen, daß Reichsrat und Reichstag der Reichsregierung ausdrücklich bescheinigen müssen, daß hier eine nicht zu rechtfertigende Ungerechtigkeit gutgemacht werden muß. Wir sind überzeugt, daß auch das Plenum des Reichstags keine andere Entscheidung treffen kann, als sie im Reichsrat und den beiden größten Ausschüssen des Reichstags bereits gefallen ist.

Die Preußische Wohnungsbank.

Neuer Aufstieg der Preußischen Pfandbriefanstalt.

Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft war auf keinem Gebiete vergeblicher als auf dem des öffentlichen Wohnungsbaues und der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung, weil in den Jahren seit der Inflation nirgends die Unentbehrlichkeit der öffentlichen und das Versagen der privaten Wirtschaft so deutlich zutage trat wie hier. Die mit reichlich 95 Prozent des Kapitals von 28,5 Millionen Mark vom preußischen Staat beherrschte Preußische Landespfandbriefanstalt hat diese Unentbehrlichkeit durch einen neuen Aufstieg ihrer Tätigkeit und durch gute Arbeit im Jahre 1929 bewiesen. Sie konnte ihre Bilanzsumme von 213 auf 250 Millionen Mark erhöhen, ihr Hypothekenbestand stieg trotz der katastrophalen Entwicklung des Kapitalmarkts von 129 auf 164, ihr Bestand an Kommunaldarlehen von 19 auf 26 Millionen, der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen hat sich von 132 auf 181 Millionen erhöht und die zur Baufinanzierung vermittelten Zwischenkredite waren am Jahresschluß auf 41,93 Millionen gegen 34,72 Millionen Ende 1928 gestiegen. Ohne erhebliche Steigerung der Unkosten vermehrte sich der Reingewinn (ohne Vortrag) von 2,01 auf 2,31 Millionen. Daraus wird der allgemeine Reservefonds um 800 000 auf 2,0 Millionen Mark erhöht, die öffentlichen Besitzer des Kapitals erhalten die gesetzlich festliegende gemeinnützige Dividende von 5 Prozent und der Rest wird für den Pensionsreservefonds, sowie für Abschreibungen verwendet.

Der Geschäftsbericht selbst ist durch seine Feststellungen wertvoll. In kleineren Gemeinden bestehe ein Bedürfnis nach verstärkter Neubautätigkeit nicht mehr, ebenso scheine auch in manchen mittleren Städten der dringendste Bedarf befriedigt zu sein; dagegen sei in fast allen Großstädten und in zahlreichen Industriegemeinden keinentscheidender Rückgang der Wohnungsnot zu verzeichnen. Eine Erhebung über den Umfang der Wohnungsnot in Sachsen vom Mai 1929 habe gezeigt, daß bei den Gehalts- und Lohnempfängern, also bei den arbeitenden Massen, für die Erhöhung der Mieten nur ein geringer Spielraum vorhanden sei, was angesichts des unvermeidlich wachsenden Anteils der Neubauwohnungen erhebliche Gefahren mit sich bringe. Vorläufig könne eine völlige Aufhebung der Wohnungsmangel- und Mieterschutzbestimmungen noch nicht erfolgen. Auch im vergangenen Jahre habe sich die gemeinnützige und private Beteiligung an der Neubautätigkeit infolge der schwierigen Finanzlage der Kommunen verstärkt.

Daß diese Preußische Wohnungsbank in der Tat in allererster Linie dem Kleinwohnungsbau ihre Sorgfalt zuwendet, beweisen folgende Ziffern: Von den 48 205 bisher beliehenen Wohnungen hatten 54 Prozent ein und zwei Zimmer (ohne Küche) und 86 Prozent hatten ein bis drei Zimmer. Von den Wohnungsinhabern für 1928/29 insgesamt beliehenen Wohnungen waren rund 84 Prozent Industrie- und Landarbeiter, Arbeiter und Beamte der Reichsbahn und der Reichspost, sonstige Beamte und Angestellte. Nur rund 16 Prozent entfielen auf selbständige Handwerker, Kaufleute, Angehörige freier Berufe und Berufslose.

Deutlicher als durch diese Ziffern kann die Notwendigkeit dieser preußischen Wohnungsbank und der Wille des Preußischen Staates, dem Wohnungselend abzuhelfen, kaum gekennzeichnet werden. Eine wichtige Voraussetzung zur Bekämpfung des Wohnungselends muß aber noch erfüllt werden, und auch die Preußische Landespfandbriefanstalt hebt sie mit Nachdruck hervor: Dem Wohnungselend kann nicht gründlich genug abgeholfen, die Volksgesundheit nicht gründlich genug gefördert werden, wenn nicht durch die Oeffnung des ausländischen Kapitalmarktes und durch den Verkauf von Pfandbriefen im Ausland mehr und billiges Kapital nach Deutschland gebracht wird.

Der Absatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats blieb trotz eines leichten Rückganges gegenüber dem Monat Dezember und trotz der letztlich warmen Witterung recht beträchtlich. Der Gesamtabsatz betrug 9,96 Mill. Tonnen oder arbeitstäglich gegen Dezember 6,2 Proz. weniger, gegenüber dem Januar des Vorjahres aber 0,94 Proz. mehr. Die Förderung der Mitgliedszechen erhöhte sich gegen Dezember von 10,31 auf 10,84 Mill. Tonnen, was bei der größeren Zahl der Arbeitstage einen arbeitstäglichen Rückgang von 0,51 Proz., gegen den Januar vorigen Jahres aber eine Steigerung von 10,62 Proz. bedeutet.

Bei der Chrysler-Corporation ist der letztjährige Reingewinn auf 21,9 Millionen Dollar gegen 30,9 Millionen Dollar im Jahre 1928 gesunken. Das dritte Quartal 1929 brachte allein einen Gewinnrückgang von 6,63 auf 2,83 Millionen Dollar, und das vierte Quartal hat sogar mit einem erheblichen Verlust abgeschlossen.

Was nützt das Brotgesetz?

Uebertriebene Hoffnungen des Reichsernährungsministers.

Der Reichsernährungsminister erhofft vom Brotgesetz, gegen das auch wir nichts einzuwenden haben, einen Roggenmehrverbrauch von 500 000 Tonnen. Wie sehr hier Vorsicht am Platze ist, zeigt auch folgende Zuschrift des Professors Dr. Lüning von der Technischen Hochschule in Braunschweig:

„Der veröffentlichte Entwurf eines „Roggenbrotgesetzes" ist geeignet, die schwersten Bedenken hervorzurufen. Der Entwurf sieht als Hauptsache vor, daß als „Roggenbrot" gewerbsmäßig nur ein Brot verkauft werden darf, daß mindestens zu 95 Proz. aus Roggen hergestellt ist. Dadurch soll, der Begründung zufolge, den Verbrauchern die Gewähr gegeben werden, reines Roggenbrot zu wohlfeilem Preise zu erhalten.

Ganz abgesehen davon, daß ein Brot, das immerhin noch zu 5 Proz. aus anderen Mehlen hergestellt werden darf, doch wahrlich kein „reines" Roggenbrot ist, ist es ganz unzutreffend, daß durch das Gesetz wirklich eine „Gewähr" in dem erwähnten Sinne geboten werden könne. Eine solche Gewähr würde doch nur dann gegeben sein, wenn sich die Einhaltung der betreffenden Vorschrift des Gesetzes auch erzwingen läßt. Das ist aber nicht der Fall, und zwar deswegen nicht, weil sich die Menge eines anderen Mehles, als welches praktisch nur Weizenmehl in Frage kommt, im Brot auch nicht entfernt mit derjenigen Sicherheit durch Untersuchung bestimmen läßt, daß gegebenenfalls eine Strafverfolgung unternommen werden könnte.

Man wird vielleicht dagegen einwenden, daß für die Bäcker gar keine große Versuchung bestände, die Vorschrift über die Zusammensetzung von Roggenbrot innezuhalten, da ja dem Entwurf zufolge nach wie vor Brot aus jeder beliebigen Mischung von Roggen und Weizen hergestellt werden dürfe und nur verlangt werde, daß solches Brot als Roggen- bzw. Weizenmischbrot bezeichnet werden müsse. Gesetzt den Fall, das wäre so, das Publikum stieße sich nicht an der Bezeichnung „Mischbrot" für dasjenige Brot, das es bislang immer verzehrt hat. Dann wird natürlich dieses Mischbrot in genau derselben Menge verbraucht werden wie bisher, d. h. das „Mischbrot" nicht durch das „Roggenbrot" verdrängt und somit der eigentliche Zweck des Gesetzes, Hebung des Roggenverbrauchs, nicht erreicht werden.

Stößt sich aber das Publikum, wie es der Entwurf doch wohl auch voraussetzt, an der Bezeichnung „Mischbrot", als welches ja jedes dieser Brote ausdrücklich gekennzeichnet werden soll, dann wird es immer Bäcker geben, die aus dieser Abneigung des Publikums Kapital zu schlagen versuchen werden, indem sie Mischbrot, bei dessen Herstellung sie sich besser stehen, als Roggenbrot bezeichnen. Und da, wie oben gesagt, solche Verstöße gegen das Gesetz sich so gut wie gar nicht nachweisen lassen, wird der loyale, das Gesetz befolgende Bäcker geschäftlich ins Hintertreffen geraten, wenigstens so lange, bis er — es ebenso machen wird wie die Konkurrenz.

Solche Gesetze aber, die aller Voraussicht nach binnen kurzer Zeit nur auf dem Papier stehen, empfiehlt es sich nicht zu machen. Das wenigstens sollte uns doch die Erfahrung mit den Gesetzen der Zwangswirtschaft gelehrt haben.

Dazu kommt noch, daß es gar keines neuen Gesetzes bedarf, um den Verbrauchern, die reines Roggenbrot zu haben wünschen, auch die Gewähr zu geben, daß sie solches auch tatsächlich erhalten. Soweit man nämlich eine solche Gewähr durch Gesetze überhaupt geben kann, ist sie voll und ganz durch das Lebensmittelgesetz gegeben, demzufolge es schon jetzt strafbar ist, wenn als „reines Roggenbrot" ein Brot verkauft wird, das kein reines Roggenbrot ist.

Internationale Elektroverflechtung.

Die Europäische Elektrizitätsgesellschaft als Musterbeispiel. Eine Warnung für Kommunen und Staat.

Dieser Tage wurde unter dem Namen European Electric Corporation eine neue Beteiligungsgesellschaft für Elektrizitätsgesellschaften gegründet, die in ihrer Form ein Musterbeispiel für die immer stärkere internationale Verpflechtung des Elektrokapitals ist. Der Sitz der Gesellschaft ist Ottawa (Kanada); beteiligt an der Gründung sind schweizerische, italienische und amerikanische Banken und Finanzierungsinstitute, die vorwiegend oder ausschließlich auf elektrizitätswirtschaftlichem Gebiet arbeiten; Zweck der Gesellschaft ist die Erwerbung von Kapitalbeteiligungen an französischen, deutschen, österreichischen, italienischen, spanischen, polnischen und griechischen Elektrizitätsunternehmungen.

Zunächst wurde die Uebernahme von Aktienpaketen folgender Gesellschaften bekannt: der Lech Elektrizitätswerke in Augsburg, der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Kraftübertragungswerke Rheinfelden und der Elektrizitäts A.-G. vorm. Lahmeyer u. Co., ferner der italienischen Società Adriatica de Electricita; an diesen Gesellschaften war die auch sonst in Deutschland nicht unbekannte Züricher Elektrobank (Bank für Elektrische Unternehmungen) beteiligt, die u. a. auch am Kapital der deutschen Gesfürel Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Generaldirektor Olinen) interessiert ist und mit dieser deutschen Finanzierungsgesellschaft eng zusammenarbeitet.

Als Präsident wird der frühere italienische Finanzminister Graf Volpi genannt. Das Kapital soll 42 Millionen Dollar betragen. Zunächst wird in New York eine Anleihe in Höhe von 12,9 Millionen Dollar aufgelegt.

Von besonderem Interesse ist die Beteiligung amerikanischer Gruppen. An der Auflegung der erwähnten Anleihe ist das Bankhaus Bonbright u. Co. führend beteiligt, das in den Vereinigten Staaten in der Finanzierung von elektrischen Anlagen eine immer größere Rolle spielt. Insbesondere arbeitet es aufs engste mit der American Superpower Corp. sowie der Electric Bond and Share Company zusammen, zwei der größten amerikanischen Elektrizitäts-Finanzierungsgesellschaften. Die Electric Bond and Share Co. ist auch unmittelbar an der European Electric Corp. beteiligt.

Ob tatsächlich, wie aus New York gemeldet wurde, diese neue Gesellschaft eine Konkurrenz für den belgischen Sofina-Konzern bedeutet, ist nicht zu übersehen und erscheint zum mindesten recht unwahrscheinlich. Alle großen Elektrizitäts-Finanzierungs-Gesellschaften sind gegenwärtig in einem solchen Umfang international miteinander verflochten, daß für Konkurrenz nur noch wenig Platz übrig bleibt. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. die erwähnte Electric Bond and Share und die ihr nahestehende „International" General Electric Co. (die Auslandsabteilung des größten amerikanischen Elektrokonzerns) am Kapital der Sofina beteiligt sind, ebenso wie übrigens auch die Schweizerische Kreditgesellschaft, eine Bank, die wiederum zur Züricher Elektrobank in allerengsten Beziehungen steht.

Auf alle Fälle werden in Deutschland die Kommunen und die öffentlich-rechtlichen Elektrizitätsorganisationen immer mehr mit der Aktivität und der Kapitalkraft dieser und anderer internationaler Finanzierungs- und Beteiligungsgesellschaften zu rechnen haben. Für die von Dr. Schacht und den Banken so stark geförderte Privatisierung der öffentlichen Wirtschaft (Substanzverkauf nach Dr. Kehl zur Kapitalbeschaffung), die den Ausverkauf ans Ausland zur Folge haben müßte, ist auch die European Electric Corporation nur ein ausführendes Instrument. Also: Obacht, Kommunen und Staat!

„Agenten" nicht mehr vogelfrei.

Kaufmännischen Angestellten muß Tarifgehalt gezahlt werden.

Mit einer Frage, die für Tausende von Angestellten von größter Bedeutung ist, beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung das Reichsarbeitsgericht.

Etwa 400 Berliner Angestellte führen einen Rechtsstreit gegen die Firma Scando-Werke G. m. b. H. in Berlin, die viele tausende Arbeiter beschäftigt.

Die Kläger sind bei der beklagten Firma in der Weise tätig, daß sie in Haushaltungen Waschmaschinen und Staubsauger zwecks Vertriebes vorführen. In den Verträgen, die mit den Angestellten abgeschlossen wurden, wird gesagt, daß sie als Agenten zur Werbung für Kunden angesehen werden. Sie seien verpflichtet, täglich die erforderlichen Nachrichten zu geben; insbesondere der Firma die ermittelten Bestellungen unverzüglich aufzugeben.

Die Kläger sind der Ansicht, daß sie nicht Agenten, sondern Angestellte sind. Sie verlangen das Tarifgehalt auf Grund des für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages für die in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Angestellten.

Die Beklagte bestreitet, daß die Kläger Angestellte und Handlungsgehilfen sind. Sie seien vertraglich nur als Agenten auf Provision angenommen worden.

Arbeits- und Landesarbeitsgericht in Berlin haben zugunsten der Kläger entschieden:

Es komme nicht darauf an, wie die Parteien die Verträge formuliert haben. Vielmehr ist allein das Maß der persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Kläger entscheidend. Es kann auch dabei keine Rolle spielen, ob die Kläger bei Abschluß der Verträge glaubten, eine mit der Stellung der selbständigen Agenten vereinbarte Tätigkeit ausüben zu können.

Ausschlaggebend ist, wie sich die Tätigkeit in Wirklichkeit gestaltete. Es unterliegt keinem Zweifel, daß von einer persönlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit keine Rede sein konnte. Es waren die beiden Fragen zu entscheiden: ist das Vertragsverhältnis der Kläger als Angestelltenverhältnis anzusehen und findet bei Bejahung dieser Frage der Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie Anwendung? Diese Frage hat das Gericht bejaht.

Die Kläger sind Angestellte im gesetzlichen Sinne und müssen auch als solche entlohnt werden. Für alle Kläger kommen die Bedingungen des Tarifs für die Angestellten in der Berliner Metallindustrie in Frage.

Gegen dieses Urteil der Vorinstanz, daß von weittragendster wirtschaftlicher Bedeutung ist, kämpft die Beklagte und der Verband der Metallindustriellen mit der Revision an. Nach mehrstündiger Beratung verkündete das Reichsarbeitsgericht folgendes Urteil:

„Die Urteile der Vorinstanz werden insoweit aufgehoben, als noch festzustellen ist, welche Ansprüche die Kläger haben. Die Sache wird zur weiteren Prüfung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen. In allen übrigen Punkten wird die Revision der Beklagten als unbegründet zurückgewiesen.

Die Kläger sind als Angestellte zu bezeichnen und für sie findet nur der Tarif der Berliner Metallindustrie Anwendung." Das Reichsarbeitsgericht habe sich vollinhaltlich den Urteilsgründen der Vorinstanz anschließen können. Die Kosten des Rechtsstreits bleiben im Endurteil vorbehalten.

Dieser große Erfolg konnte nur erreicht werden, weil sich die Angestellten endlich den freien Gewerkschaften angeschlossen haben, die auch den Rechtsstreit bis zur letzten Instanz geführt haben.

„Das deutsche Handwerk."

Kundgebung für soziale Reaktion.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat anläßlich seines zehnjährigen Bestehens von sich reden gemacht. Als Auftakt zu der Feier faßte eine Mitgliederversammlung am Dienstag eine Entschließung gegen das geplante Berufsausbildungsgesetz.

Der Regierungsentwurf des Berufsausbildungsgesetzes kennzeichne sich in seinen Vorschriften über den paritätischen Ausschuß und dessen Befugnisse als ein schwerer Eingriff in die seit drei Dezennien zum Wohl und zur Förderung von Handel und Gewerbe entfaltete Tätigkeit ihrer Berufsvertretungen.

Handel und Gewerbe begrüßen die Stellungnahme der Spitzenorganisationen von Industrie, Handel und Handwerk und stellen sich geschlossen hinter deren dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages unterbreiteten Vorschlägen, in denen sie das unbedingt zu berücksichtigende Mindestmaß ihrer Forderungen sehen.

Der Entwurf enthält noch eine Anzahl von Bestimmungen, gegen die in den Reihen von Handel und Gewerbe die schwerwiegenden Bedenken bestehen, die eine Zurückstellung des vorgelegten Gesetzentwurfes und dessen Verabschiedung in wirtschaftlich besseren Zeiten zweckmäßig erscheinen lassen.

Unter allen Umständen müssen Handwerk und Gewerbe die restlose Berücksichtigung der Vorschläge der Spitzenvertretungen von Industrie, Handel und Handwerk fordern."

„Das deutsche Handwerk" will nichts weiter, als die uneingeschränkte Verfügung über die Arbeitskraft der Lehrlinge für sich aufrechterhalten zu wissen. Weder die Gewerkschaften, noch die Vertreter der Gesellen sollen ihm hineinreden über die Zahl der aufzunehmenden Lehrlinge, die Lehrlingszüchterei soll unangetastet bleiben, noch über die Behandlung und „Erziehung" der Lehrlinge, über ihre Arbeitszeit, über die Einräumung von Ferien, noch über die Entschädigung, das sogenannte Kostgeld.

Für uns hätte es dieser Entschließung gegen die seit einem Jahrzehnt verschleppte Reform des Lehrlingswesens nicht erst bedurft, um zu erkennen, wes Geistes „das deutsche Handwerk" ist.

Die Gewerkschaften wird diese Entschließung nicht abhalten, in der Lehrlingsfrage nach wie vor ein deutliches Wort mitzureden.

In der öffentlichen Kundgebung am Mittwoch wandte sich der Referent über die Forderungen des deutschen Handwerks, Drechslermeister Feuerbaum-Dortmund, gegen „schematische Handhabung" des Achtstundentages und auf dem Gebiete der Sozialversicherung gegen eine Ueberspannung und Ausdehnung auf Angehörige des freien Mittelstandes.

Man kennt die Weise und kennt auch den Text.

Die Not des Lehrlings.

Forderungen zum Berufsausbildungsgesetz.

Eine Reihe namhafter Führer der gewerkschaftlichen Jugendbewegung sprach am Dienstag in der öffentlichen Monatsversammlung des Bundes entschiedener Schulreformer über die vielen Nöte des Lehrlings.

Walter Eschbach vom ZdA. als Hauptreferent führte berechtigte Klage darüber, daß die Schule den Schüler mit einer Persönlichkeitsbildung entläßt, die dem Schulentlassenen keine Einfühlung in die moderne Produktion ermöglicht. Abgesehen davon erfolgt der Eintritt in das Berufsleben zu früh. Bei Untersuchungen, die im Oktober 1928 in Berlin-Treptow durchgeführt wurden, erwiesen sich 78 Proz. von 225 Jugendlichen als berufsuntauglich, einfach weil ihr Gesundheitszustand kein ausreichender war. Deshalb fordern wir das neunte Schuljahr und von dem Schulunterricht eine mehr berufsvorbereitende Note, dazu eine Auflockerung des Autoritätsprinzips während der Lehre.

Gertrud Ellert vom ZdA. wandte sich gegen den hauswirtschaftlichen Unterricht in der Berufsschule, trotzdem eine ganze Reihe von Schülerinnen in diesem Unterricht eine Erholung vom sachlichen Schulunterricht sieht.

Hellwig vom DMV. forderte die Schaffung eines kollektiven Arbeitsrechts auch für den Lehrling, der private Lehrvertrag müsse durch den Tarifvertrag ersetzt werden.

In der lebhaften Diskussion sprachen vor allem Berufsberater, die die Mängel ihrer Arbeit aufzeigten. Heute hat der Berufsberater keine gesetzlichen Mittel, um Maßnahmen zu erzwingen; erst bei einem obligatorischen Melde- und Zuteilungszwang der Lehrstellen kann die Berufsberatung das werden, was sie sein soll. Eine Entschließung, die aufruft zu einer sozialen Umgestaltung, wo jedes Lehrverhältnis von aller Ausbeutung befreit und allein vom Erzieherisch-Beruflichen bestimmt wird, und in der weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß das kommende Berufsausbildungsgesetz auch wirklich von Vorteil für den Lehrling sein wird, fand zum Schluß einstimmige Annahme.

Die radikalen Schuhmacher bei Leiser.

Sie sperren dem Verband die Beiträge.

In der letzten Betriebsversammlung der Schuhfabrik Leiser wurde in Anwesenheit eines Angestellten der Berliner Zahlstelle des Schuhmacherverbandes beschlossen, dem Verband die Beiträge zu sperren.

Leiser ist die größte Schuhfabrik in Berlin. Der Betrieb gilt als restlos organisiert. Betriebsratsvorsitzender ist Klozin, der aus dem Verband ausgeschlossen wurde, weil er an dem kommunistischen Gewerkschaftskongreß teilgenommen hat. Durch die Beitragssperre wird die Belegschaft aus dem Verband hinausgetrieben.

Wir wissen nicht, wie sich Hörtz zu diesem Vorgehen seiner ehemaligen Freunde stellt, erwarten aber von allen gewerkschaftstreuen Schuhmachern bei Leiser, daß sie trotz dieses nichtsnutzigen Beschlusses ihre Beiträge weiter entrichten. An den zur Zeit noch amtierenden Vertrauensmann, der die Gelder der letzten Woche noch nicht abgeführt hat, dürfen jedoch keine Beiträge mehr gezahlt werden.

Die jüngste Funktionärversammlung der Schuhmacher verlief sehr stürmisch. Die Ausgeschlossenen versuchten auch da wieder einzudringen. Die Ortsverwaltung hat den Kollegen nicht gesagt, wann sie gedenkt, eine neue Generalversammlung mit den notwendigen Sicherungen einzuberufen.

Aus einem kommunistischen Betrieb.

Wie Angestellte miteinander „konkurrenzieren".

„Der Deutsche Bankangestellte", das Organ des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, brachte am 18. Februar einen Auszug aus dem Material seiner Rechtsschutzstelle über die Behandlung der Angestellten in zwei russischen Wirtschaftsbetrieben in Deutschland.

In der Agitation gegen die freien Gewerkschaften, vor allem jetzt im Betriebsrätewahlkampf, tun die Kommunisten immer so, als ob der Sieben-Stunden-Tag und die Vierzig-Stunden-Woche für sie etwas Selbstverständliches seien. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre dagegen werden als schwach und korrupt hingestellt, weil es ihnen nicht gelinge, die Ueberstundenwirtschaft wirksam zu bekämpfen. Aus den Zeilen der kommunistischen Presse klingt bei dieser Kritik stets der Refrain: Wenn wir erst die Herrschaft in den Betrieben ausüben, dann wird alles, alles anders.

Demgegenüber stellt Emonts — der Verfasser des Artikels — fest, daß in der Garantie- und Kreditbank für den Osten, einer Gründung der russischen Staatsbank in Berlin, deren Aktien sich zu 100 Prozent in den Händen der russischen Staatsbank bzw. des Volkskommissariats für Finanzen in der Sowjetrepublik befinden, von einzelnen Angestellten bis in die letzten Monate hinein bis zu 60 Ueberstunden im Monat gefordert und unentgeltlich geleistet worden sind. Emonts stellt weiter fest, daß in diesem Betrieb ohne Genehmigung der Gewerbepolizei Sonntagsarbeit von den Angestellten verlangt und geleistet worden ist.

Der Außenstehende fragt unwillkürlich nach den psychologischen und materiellen Motiven für ein derartiges Verhalten. Emonts Antwort darauf lautet folgendermaßen: Bei der russischen Handelsvertretung in Berlin „konkurrenzieren" die Angestellten miteinander. Dort setzt sich an irgendeinem Sonnabendvormittag irgendeine Lakaienseele hin und schreibt auf einem eigens dazu präparierten Bogen:

„Ich bin bereit im Interesse der russischen Arbeiter und Bauern am heutigen Tage bis sieben Uhr abends Ueberarbeit zu leisten. Wer macht mit?"

Dieser Appell an die niedrigsten Instinkte im Menschen, diese systematische Züchtung von Kriechern, Schleimern und rückgratlosen Subjekten, denen man nur mit einer anderen Phraseologie zu kommen braucht, damit sie willfährig an der Strippe ihrer Betriebsführung tanzen — all das und noch viel mehr nennt man „sozialistischen Wettbewerb". Gegenüber solchem „Fortschritt" wird die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch lange gute Weile haben.

Als vor kurzem Karl Heß in Berlin begraben wurde, schrieb die „Rote Fahne": „Eine der prächtigsten Gestalten des revolutionären Proletariats von Berlin ist mit ihm aus dem Leben geschieden. Erschöpft durch geradezu ungeheure Ueberanstrengung für die revolutionäre Sache in der Kriegszeit und den Revolutionsjahren, völlig zugrunde gerichtet durch jahrelange Kerkerleiden, sank der riesenstarke Mann dahin im Augenblick, wo eine neue revolutionäre Welle Kämpfe von seinem Wert erfordert."

Karl Heß wurde, wie Emons feststellt, im März 1928, nachdem er drei Jahre arbeitslos war, in der Russischen Handelsvertretung als Portier eingestellt. Vier Wochen später erlaubte er sich in der Betriebsversammlung der Handelsvertretung einige kritische Bemerkungen gegenüber seinen ihm übergeordneten Kollegen. Einen Tag nach der Tagung der Betriebsversammlung wurde Heß in das Personalbüro gerufen, wo ihm von einer „Genossin" erklärt wurde, er habe sich über seine Arbeit beschwert, man wolle ihm sein Schicksal erleichtern; er solle sich nur zum „Kommandanten" begeben. Am 25. April 1928, also einen Monat nach seinem Eintritt, händigte der „Kommandant" Karl Heß seine Papiere aus. Er konnte wieder wie vorher stempeln gehen. Darin bestand die „Erleichterung", die man ihm gewährte.

Zahllose Verstöße gegen das deutsche Arbeitszeitgesetz werden in den kommunistischen Betrieben von obenher geduldet und gefördert, von den Betriebsleitungen sogar gefordert. Ueberstundenbezahlung gibt's nicht, dafür eingehende Bespitzelung der Angestellten. Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes werden weder von der Betriebsleitung noch von den kommunistischen Betriebsvertretungen anerkannt. Meinungs- und Redefreiheit, Freiheit der Gesinnung sind unbekannte Begriffe. Eine Intrigen- und Cliquenbildung innerhalb dieser drei kommunistischen Betriebe sorgt dafür, daß hier einer den anderen überwacht, einer des anderen Feind ist.

Kommunistische Praxis!

Guten Morgen, Herr Fischer.

Der „rote" Betriebsrat als Kronzeuge von Siemens.

Wir hatten in einer Notiz „Roter Betriebsrat als Spitzel", „Der Kronzeuge der Firma Siemens" am 7. Februar auf die äußerst eigentümliche Rolle hingewiesen, die der Führer der „Roten" Betriebsräte, der Kommunist Fischer, in der Klagesache eines freigewerkschaftlichen Kollegen gegen die Firma gespielt hat. Eine Ableugnung der von uns berichteten Tatsachen war nicht möglich. Man versuchte daher, durch falsche Angaben die Entlarvung Fischers zu bemänteln.

Die am selben Tage von den Roten Betriebsräten einberufene Betriebsversammlung war derartig „überfüllt", — von 22 000 Arbeitern waren 58 anwesend —, daß sie nach einem kurzen Verteidigungsversuch Fischers vertagt werden mußte. Nachdem Fischer in der Versammlung bestritten hatte, ein Denunziant zu sein, erklärte er zum Schluß: „Jetzt werde ich erst richtig auspacken, so daß verschiedene Stühle wackeln." Er bemerkte dabei: „Was kann mir passieren, wenn ich rausgeworfen werde? Ich bin ja noch ledig. Ob es den anderen aber egal ist, ist aber noch fraglich." Also, in demselben Atemzug, in dem er abstritt, ein Denunziant zu sein, verkündet Fischer, nun erst recht denunzieren zu wollen.

Eine Woche darauf wurde in der „Roten Fahne" ein Reinigungsversuch unternommen, der seinen Zweck verfehlt. Unwahr ist, daß Fischer als Zeuge nur aussagen wollte, wie lange Walter abwesend war. Denn der Firmenvertreter hat die Frage an den Zeugen Fischer gerichtet, wie es mit dem Telephongespräch stehe, das W. früh um 8 Uhr gehabt habe, also zu einer Zeit, wo in den Räumen nur Fischer und zwei andere freigewerkschaftliche Kollegen anwesend waren.

Und wie steht es mit der Tatsache, daß, nachdem das Gericht die Zahlung der Zeugengebühren für den Zeugen Fischer abgelehnt hat, die Firma sich sofort bereit erklärte, die Gebühren zu bezahlen. Die Aussage des Zeugen Fischer war ihr so wertvoll, daß sie auch noch freiwillig versäumte Arbeitszeit pro Stunde mit 1,67 M. bezahlte.

Kurzum, der „rote" Betriebsrat Fischer war der Kronzeuge der Firma Siemens und ist dafür bezahlt worden. In der Verlegenheit, um diese Tatsache herumzukommen, wird zur Ablenkung auf einen Fall aus dem Jahre 1926 zurückgegriffen, wo die Kollegen Schmidt und Friedrich von der Firma in Sachen Kranz, Hoffmann und W. Schmidt als Zeugen benannt wurden. Die drei Mann wurden entlassen, Schmidt und Friedrich erhielten eine Verwarnung. Das Gericht hatte aber die Ladung von Schmidt und Friedrich als Zeugen abgelehnt, da sie an der Angelegenheit beteiligt waren.

Wenn die „roten Betriebsräte" mit dieser Geschichte krebsen gehen, um den Zeugen Fischer vor der Belegschaft reinzuwaschen, so muß gesagt werden, daß dieser Versuch gründlich mißlungen ist.

Chauffeurstreik in Leipzig.

Leipzig, 20. Februar.

Die Leipziger Kraftdroschkenführer, die seit Oktober in einer Lohnbewegung stehen, haben jetzt in einer stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten.

Der Lohn betrug bisher je Schicht 4,20 Mark zuzüglich einer Beteiligung von 15 Prozent an der Bruttoeinnahme. Die Führer verlangten entweder unter Beibehaltung des bisherigen Systems einen garantierten Lohnbetrag von 9,50 Mark oder die Gewährung eines festen Lohnanteils von 6,30 Mark zuzüglich 15 Prozent Beteiligung.

Der Verein Leipziger Kraftdroschkenbesitzer lehnte jede Erhöhung und insbesondere jede Garantieleistung als untragbar ab.

Achtung, Eisenbahner! Montag, 17 Uhr, im Lokal Abraham, Simon-Dach- Ecke Pfeufer Straße, Versammlung aller Mitglieder der SPD. und sympathisierenden Kollegen. „Wer sind die eigentlichen Interessenvertreter der Eisenbahner?" Referent: Genosse Buchmann vom Bezirksvorstand der SPD. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Werbeausschuß der SPD.-Eisenbahner.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Kochstraße:** Jugendheim, Schule Sommerhutzer Str. 20. Jack-London-Abend. — **Hermannplatz:** Gruppenheim Sanderstr. 11, Ecke Kohlrauschstraße. 10-Minuten-Referate über: „Mein Beruf". — **Süden, Südwestens:** Gruppenheim Wassertorstr. 9, p. pt. Uns kann keiner. — **Charlottenburg:** Jugendheim Sperrstr. 30. Lustiger Abend: „Hasemann kommt". — **Zeppelinplatz:** Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Turiner Ecke Seestraße (Eingang Turiner Straße). Vortrag: „Aufgaben der Gewerkschaften". — **Wedding:** Gruppenheim, Schule Pank, Ecke Wiesenstraße. Leseabend aus: „3 Bücher des Lachens". — Die nächste Zusammenkunft der Wanderleiter findet statt am Montag, dem 24. Februar, 20 Uhr, im Saal II des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25. Behandelt wird: „Die Prignitz". Referent: Genosse Kube. — **Vollzahlungskarten** für die Jugendvorstellung „Amnestie" am Sonntag, dem 23. Februar, 15 Uhr, sind ausverkauft.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **O'Kerspree:** Jugendheim Lausitzer Str. 1. Aussprache über Mitgliederwerbung. Anschließend Brettspiele. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gaststätte am Bahnhof Köpenick). Vortrag mit Lichtbildern: „Der Werdegang einer Tageszeitung". Referent: Kurt Meyer. — **Südwest:** Jugendheim Dorfstr. 11 (1. Hof, Quergebäude 1 Treppe, Zimmer 5). Aussprachebend: „Volksfront — Gesellschaftstanz". — Ab 20 Uhr Berufskundliche Arbeitsgemeinschaft der Jugendbezirke Neukölln und Urban im Jugendheim Neukölln, Böhmische Str. 1—4.

Freitag
21. Februar 1930

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Jens Lornsen: Der falsche Koffer

Kein Zweifel, Johnson war auf dem Wege, ein besseres Leben zu versuchen. Rückfälligkeit im Spritschmuggel bedeutet Zwangsarbeit. Er wollte sich hüten, es so weit kommen zu lassen. Zudem ist es eine herrliche Sache, ein gutes Gewissen zu haben, doppelt angenehm, wenn man die Brieftasche noch gut gefüllt hat und so langsam aus dem mexikanischen Wirrwarr der Sicherheit der nordamerikanischen Grenze zupendelt. Fast auffallend ist es, wie Benny Johnson vor Lebensbehagen strahlt, wie er mit herausforderndem Lächeln im Speisewagen des Zuges Mexiko-Stadt—New-Orleans einen Reisenden nach dem anderen mustert, die Zigarre zwischen den Zähnen hochgestellt und den letzten unverzollten Whisky schüttelt, dem man, je näher man der trockenen Grenze kommt, um so eifriger zuspricht. Alle Reisenden halten es so.

Da ist zum Beispiel der alte Oelzapfer mit der offenen Weste. Benny Johnson hat indes kein Verlangen danach. Er hat sein ehrliches Leben vor sich, die schlimme Zeit mit ihren Gefahren ist vorüber. Da ist noch der deutsche Reisende, drei Koffer hat er bei sich, weiß der Himmel, was drin ist, oder worüber der lange dürre schwarzbärtige Kerl sich Gedanken macht. Vielleicht stimmt seine Rechnung nicht, vielleicht hat er Diamanten in der Tasche; diesen Deutschen sieht man bekanntlich ihr schlechtes Gewissen schräg über die Nase an. Dann ist da, — aber gehen uns die anderen Reisenden an? Benny Johnson gehen sie auch nichts mehr an, er stellt Betrachtungen über eine schöne gesicherte Zukunft an.

Mitten darin hält der Zug mit einem Ruck, die Reisenden stürzen eilig vom Speisewagen in ihr Abteil. Da ist — man befindet sich sozusagen in Rufweite der Grenze, — noch ein Brückenneubau zu überwinden, der Zug wird in zwei Teile zerlegt, — man sagt wenigstens, es sei wegen der Brücke. Es kann auch sein, daß diese angeräucherte Maschine, die mehr Ruhe als Jugend besitzt, den langen Zug schwer über die letzte Steigung hinaufbekommt. In jedem Fall: Die Herrschaften des Vorzuges werden aufgefordert, aus dem Gepäckwagen rasch ihre Stücke herauszusuchen, damit sie am Grenzzoll rasch im voraus abgefertigt werden können und nicht so entsetzlich lange zu warten brauchen, wie es sonst in der Neuen Welt üblich ist.

Nun, das ist natürlich etwas Ungewöhnliches, und die ungewöhnlichen Gelegenheiten schlagen selbst die besten Vorsätze aus dem Felde. Es war kaum böse Absicht dabei, es war nur eine Art Gewohnheit, daß Benny Johnson sich rasch einen von den Musterkoffern herausgeben ließ, einen von den Koffern des schwarzbärtigen Reisenden. Er hat blitzschnell gesehen, daß der andere in der zweiten Zughälfte bleibt, und er hat nun einmal vom Krieg her das Bedürfnis, diesen Leuten einen Schabernack zu spielen. Bei dem wilden Durcheinander drüber und drunter merkt der lange Deutsche mit den unheimlich fahrigen Augen natürlich nichts, sein schönster Musterkoffer fährt mit Benny Johnson, heidi zur Grenze vorauf, steht hochgekantet in Benny Johnsons Abteil, der zufrieden seinen Tabaksrauch darüber abbläst.

Was soll passieren? Hinter der Grenze gibt es Autos und Freunde genug, im äußersten Fall hat man sich geirrt. Gewiß, man wollte gerade das neue Leben beginnen, aber Kleinigkeiten soll man nicht auf Rechnung setzen. Mit dem Alkohol soll man sich in Acht nehmen wegen der alten Strafen, das steht bei Benny Johnson in allen Registern. Mit anderen Dingen ist es ihm bislang noch nicht schlecht gegangen. Es gibt so viele Grenzen in Amerika — was ist da ein Musterkoffer? Für alle Fälle probiert Benny Johnson seine Schlüssel durch, er will nicht vom Zoll in Verdacht geraten oder dumm dastehen.

Mit Schlüsseln weiß er ja Bescheid. Er hat den Griff sofort heraus, öffnet einmal neugierig und tut einen halben Blick durch den Spalt; Spitzentücher und Seidenstrümpfe, wie er es sich gedacht hat, ein ganzer schwerer Koffer voll.

Jedenfalls genügend, daß die Reise sich lohnt.

Der lange Nigger, der ihm den Koffer zum Zoll trägt, muß sich gewaltig viel Mühe geben, ob da am Ende noch Ueberraschungen folgen? Benny Johnson schlägt mit der Zunge an den Gaumen, es sind die angenehmsten Stunden, wenn man Neuerwerbungen auf solche Ueberraschungen hin studiert.

Vorläufig will der Zoll wissen, was im Koffer ist. Nun, er mag selbst zusehen, Strümpfe, Taschentücher, — ein Musterkoffer. Benny Johnson errötet fast, so froh macht es ihn, daß er diesmal auch nichts gegen den Staat vorhat. Er sieht dem Zollbeamten strahlend Auge in Auge. Das tut er immer, aber gewißlich diesmal ohne Harm und Hinterhalt. Benny Johnson öffnet auf Ersuchen auch mit einer eleganten Bewegung, mit einem fröhlichen Scherz den Musterkoffer, öffnet ihn weit. Taschentücher, Unterwäsche, dann Spitzenwäsche, das Herz kann einem vor Freude lachen, einen schweren Koffer voll! Auch dem Zollbeamten lacht das Herz, er streichelt zart über die schöne Wäsche, er senkt seine Hand hinein, tiefer und tiefer, zuckt zusammen, sieht erstaunt auf Benny Johnson, ob dem wohl kein Gewissen schlägt. Aber Benny Johnson strahlt: kann man etwas Ehrlicheres tun, als den Koffer eines deutschen Reisenden dem Zoll vorlegen?

Benny Johnson strahlt noch immer, als der Zollbeamte nun mit einem Ruck einen Einsatz mit Wäsche abhebt und zornig auf den unsauberen Zolltisch stürzt. Er lächelt noch verdutzt, als ein langer Kerl wie ein Missisippiklößer neben ihm steht und ihn sehr dringend auffordert, mit seinem Gepäck drüben in den Untersuchungsraum zu kommen.

„Mein Gepäck?" fragt Benny Johnson und sieht plötzlich schielend: In dem herrlichen Musterkoffer Flasche an Flasche wohlgeordnet auf dem Grunde, reinster Alkohol. „Mein Gepäck!" wiederholte er stotternd und dann blitzschnell: „Aber das ist ja gar nicht mein Gepäck, ein Irrtum, ein fremder Koffer, meine Herren!"

Der Zollbeamte nickt: „Haben wir je einen Schmuggler erwischt", knurrt er funkelnd, „der nicht behauptet hatte, er hätte fremdes Gepäck vorgelegt? Los, in den Untersuchungsraum!"

Der an die Türken verkaufte Regen

Ein Hexenprozeß vor zweihundert Jahren

Vor kurzem waren es zweihundert Jahre, daß in der ungarischen Stadt Szeged elf Menschen, fünf Frauen und sechs Männer, wegen Hexerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden. Sie waren beschuldigt und der Tat „überwiesen" worden, den Regen an die Türken verkauft zu haben.

Die Anklage war ursprünglich gegen fünfzehn Personen erhoben worden, doch hatten drei ihre Unschuld beweisen können, allerdings auf eine Weise, die ihnen nicht mehr viel genutzt hat. Alle fünfzehn wurden nämlich der Wasserprobe unterworfen. Diese bestand darin, daß die zu prüfenden Menschen einige Minuten lang in der Theiß, einem an der Stadt vorüberfließenden Flusse, untergetaucht wurden. Wer ertrank, hatte damit den Beweis erbracht, mit den Hexen nicht verbündet gewesen zu sein, wurde daher für „unschuldig" erklärt und mit allen Ehren bestattet. Wer aber nicht ertrunken war, konnte das ja nur den bösen Geistern und den Hexen verdanken, die ihm heimlich zu Hilfe gekommen waren. Somit war auch die Anschuldigung bewiesen und die „Gerechtigkeit" konnte ihren Lauf nehmen. Sie tat es auch, indem von den zwölf am Leben Gebliebenen elf vom Gericht einstimmig zum Tode auf dem Scheiterhaufen verurteilt wurden. Der Gerichtshof war milde und gnädig gegenüber der zwölften Verurteilten, der Frau Katharina Malmos, die in Anerkennung des Umstandes, daß sie dem Teufel noch nicht die Treue geschworen, sondern mit ihm nur gebuhlt hatte, ohne dabei Gott verleugnet zu haben, nur zum Tode durch das Beil verurteilt wurde.

Die Beschuldigung lautete also, die zwölf hätten den Türken den Regen verkauft. Der Köder war sehr geschickt gewählt, denn eine schreckliche Dürre suchte gerade die ganze Gegend heim. Die Bauern waren verzweifelt, sie verlangten Bittgottesdienste, um Gottes Zorn abbeten zu können. Doch wurden sie bei den Gottesdiensten eines Besseren belehrt: die Geistlichen erklärten nämlich den Bauern, die Dürre käme gar nicht von Gott. Gott könnte nämlich so braven Leuten, wie sie es seien, gar nicht zürnen, das Unglück sei das Werk der Hexen und ihres Verbündeten, des Teufels.

Diese Erklärung hatte einen sehr einfachen Grund. Der Bischof Radasdy, in dessen Episkopat die Stadt Szeged lag, hatte es auf die Güter des sehr bemittelten Daniel Rozsa abgesehen. Daß der Mann, der so dem Scheiterhaufen überliefert werden sollte, ein 82 Jahre alter Greis war, kümmerte den edlen Bischof wenig, handelte es sich doch um sehr wertvolle und ausgedehnte Güter. Es wurde also eine Reihe alter Frauen unter der Beschuldigung der Hexerei verhaftet und nach Anwendung der während der spanischen Inquisition üblichen Martern waren alle „geständig". Sie gaben zu, es seit vielen Jahren mit dem Teufel getrieben zu haben und unter der Führung des Rozsa die verschiedensten Schandtaten verübt, so zuletzt den Regen, der eben auf die Stadt Szeged und ihre Umgebung fallen wollte, den Türken verkauft zu haben.

Und das war ja der eigentliche Zweck der ganzen Uebung: es konnte nun auch gegen Rozsa die Anklage erhoben werden. Dies geschah auch und bald darauf bestieg er mit den zehn anderen Verurteilten (die elfte wurde ja gnadenweise geköpft) den Scheiterhaufen, der ihn auf fürchterliche Weise vom Leben zum Tode beförderte.

Wie aus den noch in den Archiven vorhandenen Dokumenten ersichtlich ist, genügte dieses Urteil einigen seiner Richter nicht: vier stimmten dafür, daß der Scharfrichter vorerst an ihm noch alle mögliche Torturen vornehme, einer der Richter war sogar dafür, den Greis öffentlich martern zu lassen. Die übrigen Richter, wahrhaft empfindsame Seelen, ließen das nicht zu und begnügten sich mit dem einfachen Scheiterhaufen.

Als diese Handlung später von manchen als Schande gebrandmarkt wurde, loderte der Lokalpatriotismus der edlen Stadt Szeged auf, und sie ließ es sich Arbeit und Geld kosten, um nachzuweisen, daß sie um kein Haar schlechter gewesen sei als andere Städte. Vor allem wurde nachgewiesen, daß in einer ganzen Reihe ungarischer Städte noch Jahrzehnte später Menschen wegen Hexerei dem Scheiterhaufen überliefert worden waren. Doch konnten die Forscher und Historiographen von Szeged mit Fug und Recht auch auf die westlichen „zivilisierten" Städte verweisen, wie z. B. auf Würzburg, wo gleichfalls wegen Hexerei die Klosteroberin Maria Renata verbrannt wurde, auf einen Ort in Bayern, wo im Jahre 1734 ein dreizehnjähriges (!) Mädchen auf den Scheiterhaufen kam, und auf Spanien, wo noch im Jahre 1781 Hexenverbrennungen öffentlich vorgenommen wurden.

Die Hexenverbrennung von Szeged hat heute noch zwei Spuren hinterlassen: die Stätte, wo die scheußliche Hinrichtung stattfand, heißt heute noch „Hexeninsel". Aber auch die zweite Spur hat sich bis heute erhalten: die nach seinem Tode konfiszierten Güter des Daniel Rozsa gehören bis zum heutigen Tage der katholischen Kirche, Episkopat Szeged.

L. P.

Eine Lampe, die heißer ist als die Sonne. Die modernen Metallfadenglühlampen brennen sehr viel wirtschaftlicher als die alten Kohlenfadenlampen, weil ihr Faden eine viel höhere Temperatur besitzt. Während eine weitere Steigerung der Hitze bei der Glühlampe ausgeschlossen ist, solange wir kein Material kennen, das einer noch höheren Wärmebelastung standhält, tritt bei der Bogenlampe, wenn man den Lichtbogen unter einigen Atmosphären Ueberdruck brennen läßt, eine außerordentliche Steigerung der Temperatur und damit der Lichtausbeute ein. Wie in Reclams „Universum" mitgeteilt wird, hat Prof. Lummer durch eingehende Versuche mit der Druck-Bogenlampe Temperaturen erzielt, die größer sind als die der Sonne. Es gelang ihm, durch Anwendung eines Ueberdrucks von 22 Atmosphären die Temperatur bis auf den noch nie erreichten Wert von 7300 Grad Celsius zu steigern, während die Temperatur der Sonnenoberfläche nur 5900 Grad hat.

Statistik der Bibliotheken. Neben zahllosen Leihbibliotheken und halböffentlichen Büchereien gibt es auf der Erde 1038 öffentliche Bibliotheken, die zusammen über 181 Millionen Bücher verfügen. Es entfallen davon auf Europa 669 Büchereien mit 119,6 Millionen Bänden, auf Amerika 336 Büchereien mit 56,4 Millionen Bänden, auf Asien 23 Büchereien mit 3,9 Millionen Bänden, auf Australien sieben Büchereien mit 1,1 Millionen Bänden, und auf Afrika drei Büchereien mit 200 000 Bänden. Unter den europäischen Büchereien steht Deutschland mit 160 Büchereien und 29,5 Millionen Bänden an erster Stelle.

Skala der Lebensgrößen

Der große englische Biologe Julian Huxley hat in einem Aufsatz in der Zeitschrift „The Realist" philosophische Betrachtungen über die Größen der Lebewesen angestellt und versucht, ihre Werte und Grenzen rechnerisch darzustellen. Er bedient sich dabei der dem Mathematiker geläufigen Potenzrechnung und kommt zu einer höchst merkwürdigen Skala der Organismen, an deren Spitze die Riesensequoien von Kalifornien als die gewaltigsten Lebewesen und an deren Ende als das kleinste bekannte Ding das Elektron stehen. Der Umfang der Riesenbäume läßt sich in Kubikzentimetern durch 10 in der 10. Potenz ausdrücken. Dann folgen die anderen größten Bäume, die Eichen oder Ulmen, mit 10 in der 9. Potenz, und in derselben Größenordnung läßt sich das gewaltigste Tier, der Walfisch einordnen. Dahinter erscheinen mit 10 in der 8. Potenz die vorgeschichtlichen Dinosaurier und andere ausgestorbene Riesentiere. In der Größe von 10 in der 7. Potenz finden wir die gewaltigen Seepolypen, den Elefanten und das Rhinozeros. Bei 10 in der 6. Potenz sind Pferd, Rind, die großen Laufvögel und die größten Menschen eingeordnet. Bei 10 in der 5. Potenz der Mensch in Durchschnittsgröße, der Hammel, der Wolf, die größten Luftvögel, einzelne Mollusken und Krustaceen. In der Größenordnung von 10 in der 4. Potenz erscheinen Fuchs und Schwan, und so geht es weiter, bis wir bei 10 in der 1. Potenz die kleinsten Säugetiere und Vögel finden, bei 10 in der 0. Potenz die Biene, den kleinsten Fisch und die größten Ameisen. Von nun an führt die Skala der Größenwerte zu immer kleineren Formen des Lebens. Bei 10 in der — 7. Potenz finden wir die winzigen Rädertierchen und steigen zu den Protozoen, den Zellen und Bakterien herab. Zwischen den Größen 10 in der — 11. und 10 in der — 14. Potenz gibt es nur Bakterien; bei 10 in der — 15. Potenz die kaum noch feststellbaren und nur der ultramikroskopischen Untersuchung erreichbaren Lebewesen, dann die Moleküle, bei 10 in der — 23. Potenz das Wasserstoffatom und als letzte Sprosse auf dieser Leiter bei 10 in der — 28. Potenz das Elektron.

Die große Masse der Wirbeltiere wiegt zwischen 10 Gramm und 100 Kilogramm. Man darf annehmen, daß diese Gewichte dem Wirbeltiertypus auf der Erde, so wie er sich herausgebildet hat, am besten entsprechen. Huxley setzt die Vorteile gerade dieser Größen- und Gewichtsmengen eingehend auseinander und weist auf den Zusammenhang zwischen den Größen der Lebensformen und ihren geistigen Entwicklungsmöglichkeiten hin. Die Insekten, die den am feinsten entwickelten Instinkt aufweisen, wiegen zwischen einem Milligramm und einem Gramm. Solche Instinkte können sich bei einigen 100 oder 1000 Gehirnzellen entfalten. Aber die Intelligenz verlangt mehr: bei dem Menschen hat das Gehirn Hunderte von Millionen Zellen. Die Ratte hat ein Gehirn, das mehr wiegt als der ganze Körper der Biene. Es bedarf einer gewissen Körpergröße, damit die Intelligenz sich entwickeln kann. Bei den Riesenreptilien der Kreidezeit den Dinosauriern, war das Gehirn so winzig, daß diese Tiere wegen ihrer Dummheit aussterben mußten.

Bei diesen Betrachtungen über die Größenordnungen im Bereich des Lebens ergibt sich eine merkwürdige Tatsache hinsichtlich der Stellung, die der Mensch im Weltall einnimmt. Darauf hat der englische Astronom Eddington kürzlich hingewiesen. Seiner Größe nach steht der Mensch fast genau zwischen den Sonnen und den Atomen. Die Größe des Menschen beträgt ungefähr 10 in der 27. Potenz des Atoms, und die Ziffer 10, in der 28. Potenz menschlicher Körper würde die Stoffmasse eines Sonnensternes liefern können. Der Mensch steht also in seiner Größe dem Atom noch näher als der Sonne, aber er bildet doch einen ungefähren Mittelwert. Er steht auch in seiner Größe über dem Durchschnittswert der Tierwelt, hat etwa zwei Drittel der größten Ausdehnung der Wirbeltiere. So ist ihm also innerhalb der Skala aller Größenwerte des Universums eine bedeutsame Stellung eingeräumt.

Die steinlose Pflaume

Luther Burbank, der verstorbene amerikanische „Pflanzenzauberer", hat neben anderen Pflanzenwundern auch eine steinlose Pflaume gezüchtet, bei der der Pflaumenkern die harte Schale verloren hat und nur noch der weiche Samen in der Frucht übriggeblieben ist. Bei dieser Neuschöpfung kam ihm der Zufall zu Hilfe, denn er erhielt aus Frankreich einen Ableger von einer steinlosen Pflaume, der von einem sehr alten Baum stammte. Warum die Frucht keinen Stein hatte, konnte der Absender nicht angeben; Burbank aber arbeitete nun jahrelang mit diesem Ableger und gelangte so zu seiner wirklich steinlosen Pflaume.

Dr. Ernst Sehrwald geht nun in einem Aufsatz der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau" näher auf dieses Problem ein und berichtet von einem etwa 60 Jahre alten Baum in seinem Besitz, der ähnliche Erscheinungen wie der französische Baum aufweist. Seit drei Jahren beginnt dieser Baum hohl zu werden, der Kern ist morsch, und nun zeigen die Pflaumen eine auffallende Veränderung: sie sind groß und schön entwickelt, aber die Kerne sind klein und haben äußerst dünne Steinschalen. Vereinzelt sind auch die beiden Steinschalen fast ganz verschwunden, und als Kern bleibt nur eine knorpelartige weiche Masse um den Samen. An der Seite, an der der Stamm am meisten vom Hohlwerden befallen ist, scheint auch die Entartung der Kerne am weitesten fortgeschritten zu sein. Aehnliche Beobachtungen machte der Verfasser bei einem anderen Pflaumenbaum, dessen Steine ebenfalls zu verkümmern anfingen, als der Baum hohl wurde. Es dürfte sich also wohl auch bei dem alten französischen Baum, dessen Ableger Burbank erhielt, um einen hohlen Stamm gehandelt haben. Die Pflanzenphysiologie hat sich noch nicht mit der Frage beschäftigt, von welchen Bedingungen die Stein- und Kernbildung der Früchte besonders abhängt; es ist aber möglich, daß die Bildung der Steinschalen mit dem Kernholz im Stamme eng zusammenhängt.

Sehrwald weist in diesem Zusammenhang auf eine „Anleitung zur Erzielung kernloser Pflaumen" hin, über die er früher gelacht hat. Danach soll man ein junges, aus Samen gezogenes Pflaumenbäumchen nehmen, vom Gipfel bis an die Wurzel genau durchspalten, aus den beiden Längshälften das Mark unter Schonung des übrigen Holzes herausschneiden und dann die beiden operierten Hälften mit Baumwachs und Bast wieder verbinden. Die Hälften heilen meist glatt aneinander und das Bäumchen trägt dann kernlose Früchte. Nach seinen neuen Erfahrungen erscheint dem Verfasser diese Anleitung nicht mehr so sinnlos wie früher, denn sie würde auf der Tatsache beruhen, daß bei dem Schwinden des Kernes im Stamme die Steinbildung an den Kernen leidet.

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend.

Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten
Obst und Gemüse bleiben vom Versand ausgeschlossen!

Telephonische Bestellungen werden bereits ab 8³⁰ Uhr entgegengenommen!

EIER vom Versand ausgeschlossen 10 Stück von **58** Pf. an

Tafelbutter Pfd. **1.72 1.84**

Dänische Butter Pfd. **2.02**

Dän. Schweizer 30% Pfd. **90** Pf.

Apfelsinen blond 4 Pfd. **78** Pf.

Musäpfel und Kochbirnen 3 Pfd. **38** Pf.

***Grüne Heringe** 3 Pfd. **32** Pf.

***Zander** gefroren Pfd. **65** Pf.

Gänse gefror. Pfd. von **70** Pf. an

Wolgahühner Ia gefroren Pfd. von **1.20** an

HASEN gestreift Pfd. von **88** Pf. an

Landleberwurst Pfd. **94** Pf.

Frisch gebrannter Kaffee aus eig. Rösterei Pfd. von **1.70** an

Gemüseerbsen ½ Dose **55** Pf.

Konsum-Mischung aus getrockn. Erbsen mit frisch. geschn. Karotten ½ Dose **62** Pf.

Diabetiker-Brot nach Dr. Senftner
Roggenbrot ... Stück 45 Pf.
Weizenbrot ... Stück 50 Pf.

Roggenbrot aus reinem deutschen Roggen hergestellt
Kleines Brot ... 25 Pf. Gross. Brot 50 Pf.

FRISCHES FLEISCH

Schweinebauch ohne Beilage	Pfd. 1,18	Schweineleber frisch	Pfd. 1,28	Rinderkamm	Pfd. von 86 Pf. an
Schweinekamm oder Schuft, ohne Beilage, ohne Schwarte	Pfd. 1,28	Kalbshaxen	Pfd. 74 Pf.	Gulasch gemischt	Pfd. 1,10
Schweinekotelett	Pfd. von 1,34 an	Kalbskamm ohne Beilage	Pfd. 86 Pf.	Schmorfleisch Keule, ohne Knochen	Pfd. 1,28
Schweineschinken oder Blatt	Pfd. 1,24	Kalbsschnitzel	Pfd. 2,10	Roastbeef ohne Knochen	Pfd. 1,58
Kassler mild	Pfd. von 1,26 an	Kalbsrouladen	Pfd. 1,58	Schabefleisch	Pfd. 1,30
Rückenfett bratfertig	Pfd. 98 Pf.	Kalbskotelett	Pfd. von 1,48 an	Hackepeter	Pfd. 1,30
Schweinerippchen gepökelt	Pfd. 1,18	Hammelvorderfleisch	Pfd. von 1,04 an	Rinderzunge frisch, mit Schlund	Pfd. 98 Pf.
		Suppenfleisch	Pfd. von 78 Pf. an	Nierentalg roh	Pfd. 38 Pf.

GEFRIERFLEISCH

Schmorfleisch ohne Knochen	Pfd. 1,20	Suppenfleisch	Pfd. von 68 Pf. an	Rinderbacken ohne Knochen, frisch	Pfd. 58 Pf.
Gulasch ohne Knochen	Pfd. 98 Pf.	Euter frisch	Pfd. 28 Pf.	Rinderlieber	Pfd. 1,18

Hammelvorderfleisch	Pfd. von 88 Pf. an	Hammelkeule	Pfd. 1,10
Hammelrücken	Pfd. 98 Pf.	Schweineköpfe mit Backe	Pfd. 56 Pf.

KÄSE UND FETTE

Romadour 20%	Stück 20 Pf.	Blockkäse Tilsit. Art, 20%	Pfd. 75 Pf.
Allg. Stangenkäse 20%	Pfd. 42 Pf.	Tilsiter vollfett	Pfd. von 92 Pf. an
Holländer 40%	Pfd. 1,05	Bayr. Schweizer	Pfd. von 1,48 an
Edamer 20%	Pfd. 75 Pf.	Margarine	Pfd. 50, 62 Pf.
Edamer 40%	Pfd. 1,05	Kokosfett	Pfd. 50 Pf.
Steinbuscher vollfett	Pfd. 95 Pf.	Bratenschmalz	Pfd. 72 Pf.
Allg. Stangenkäse 40%	Pfd. 95 Pf.	Griebenschmalz	Pfd. 85 Pf.

OBST UND GEMÜSE

Tafeläpfel	3 Pfd. 95 Pf.	Rotkohl	Pfd. 9 Pf.
Mandarinen	3 Pfd. 95 Pf.	Wirsingkohl	Pfd. 9 Pf.
Bananen	2 Pfd. 85 Pf.	Möhren gewaschen	Pfd. 5 Pf.
Kalif. Tafeläpfel I	Pfd. 45 Pf.	Kohlrüben	Pfd. 5 Pf.
Blutapfelsinen	3 Pfd. 78 Pf.	Sellerie	Pfd. 10 Pf.
Weisskohl	Pfd. 4 Pf.	Zwiebeln	3 Pfd. 20 Pf.

FISCHE UND RÄUCHERWAREN

*Schellfisch im Ganzen	Pfd. 20 Pf.	Sprottbücklinge	Pfd. 32 Pf.
*Seelachs im Ganzen	Pfd. 15 Pf.	Makrelbücklinge	Pfd. 26, 32 Pf.
*Kabeljau im Ganzen	Pfd. 15, 20 Pf.	Flundern grosse, geräuch.	Pfd. 50 Pf.
*Rotbars	Pfd. 28 Pf.	Seelachs geräuchert	Pfd. 42 Pf.
*Kabeljaufilet	Pfd. 38 Pf.	Sprotten	Pfd. 40 Pf.

* Nur Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kottbuser Damm, Belle-Alliance-Strasse, Wilmersdorfer Strasse, Chausseestrasse

WURSTWAREN

Rotwurst schlesische Art	Pfd. 98 Pf.	Jagdwurst	Pfd. 1,20
Sülzwurst	Pfd. 98 Pf.	Mettwurst nach Brunsche. Art	Pfd. 1,35
Fetter Speck	Pfd. 1,15	Feine Leberwurst	Pfd. 1,45
Speckwurst	Pfd. 1,10	Hildesheimer Wurst	Pfd. 1,45
Hausmacherleberwurst	Pfd. 1,10	Schinkenpolnische	Pfd. 1,45
Knoblauchwurst	Pfd. 1,15	Zervelat- u. Salamiwurst	Pfd. 1,68
Fleischwurst	Pfd. 1,15	Schinkenspeck	Pfd. 1,88

KONFITURE

Eimer ca. 2 Pfund

Himbeer, Kirsch	1,30
Erdbeer	1,40
Ananas	1,45

Bowlen- und Tischweine

ENORM BILLIG — Preise ohne Flasche — ENORM BILLIG

SEHR BILLIG! ¾ Flasche
1928er Stein-Bockenheimer vorzüglicher Bowlen- u. kleiner Tischwein ... **75** Pf. 10 Pf. 7,25

UNSERE SPEZIALITÄTEN: Liter
Deutscher * Weinbrand** bekannt gute abgel. Qual.
Jamaika-Rum-Verschnitt sehr ergiebig, für Tee- und Grogzwecke ... **4.60**

1928er Liebfrauenstift ... / 1928er Mettenheim. Schlossb. / 1927er Sonheimer Lay / 1921er St. Emilion, Bordeaux / „Klusehta", Rhein-Dessertwein ... ¾ Fl. **1.40** 10 Fl. 13,50

1928er Bravos, weiller stil. Bord. / 1928er Niersteiner Domthal / 1928er Thörnicher Engpasse / 1928er Cassler Goldriesling / Ganz alter Gold-Malaga ... ¾ Fl. **1.85** 10 Fl. 17,50

VOM FASS! SEHR BILLIG!
Johannisbeerwein rot, süss, II. Qualität, mittelvoll
1 Liter **75** Pf. 5-Liter-Fl. **3.50**

VOM FASS! SEHR BILLIG!
Samos feinfruchtig, II. Qualität
1 Liter **1.20** 5-Liter-Fl. **5.75**

KONFITURE

Eimer ca. 2 Pfund

Pflaumen	90 Pf.
Vierfruchtmarmelade	75 Pf.
Aprikosen, Johannisbeer	1,15

KOLONIALWAREN

Moulmain-Reis	Pfd. 30 Pf.	Backobst	Pfd. von 58 Pf. an
Italienischer Reis	Pfd. 30 Pf.	Ringäpfel Ia	Pfd. 90 Pf.
Bluerose-Reis	Pfd. 36 Pf.	Birnen	Pfd. 90 Pf.
Hartgriessmakkaroni	Pfd. 52 Pf.	Aprikosen	Pfd. 95 Pf.
Bohnen weiss	Pfd. 26 Pf.	Pflaumen	Pfd. von 48 Pf. an
Viktoria-Erbsen	Pfd. 16 Pf.	Tee lose	Pfd. von 3,20 an
Polierte Erbsen	Pfd. 30 Pf.	Krümel-Schokoladenpulver	Pfd. 90 Pf.
Linsen	Pfd. 35, 45 Pf.		

KONSERVEN ¼ Dose

Stangenspargel extra stark	3,35	Berliner Allerlei	82 Pf.
Stangenspargel sehr stark	3,15	Karotten geschnitten	40 Pf.
Stangenspargel mittel	2,85	Erdbeeren	1,65
Stangenspargel 50/80	2,70	Birnen halbe Frucht	1,25
Kaisersbohnen	1,65	Süsskirschen ohne Stein	1,35
Junge Erbsen	68 Pf.	Sauerkirschen ohne Stein	1,50
Junge Erbsen fein	1,25	Mirabellen	98 Pf.
Gemischtes Gemüse fein	1,45	Reineclauden	98 Pf.

Billige Angebote unserer Schreibwaren-Abteilung:

1 Rolle Schrankpapier	55, 40 Pf.	3 Pakete Butterbrotpapier	à 100 Bl. 95 Pf.	1 Füllhalter mit 14 kar. Goldfeder	2,45
100 Servietten weiss Kropp	45 Pf.	50 Saugdecken	45, 40 Pf.	1 Gros Schulfedern	95 Pf.
3 Rollen Toilettepapier	25 Pf.	1 Paket Tempo-Taschentücher	30, 25 Pf.	1 Gros Bremer Börsenfedern	1,70
		1 Spiel Skatkarten	50 Pf.		

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stanzer

Paul Lohse

geb. 16. November 1875, am 13. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung hat bereits stattgefunden. **Die Ortsverwaltung**

Verkäufe

Webfehler-Teppiche.

Webfehler-Teppiche	2×3	18,— Mark
" "	2×3	21,— Mark
" "	2×3	28,— Mark
" "	2½×3½	32,— Mark
" "	2½×3½	40,— Mark
" "	3×4	48,— Mark
" "	3×4	52,— Mark

Überback, Friedrichstraße 163, 1. Etage. Ecke Behrenstraße. „Vorwärts"-Leser 5 Prozent Rabatt.

Bettenversauf! Neue 12.50! 15.—! 19.50! Prachtnoße 25.—! 27.50! Bauernbetten 29.—! 33.—! Inlette! Spottbillig und gut! Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 47

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Moritzplatz 58a. Verkauf von Kavalier-Garderobe, teils auf Seide, Jackett- Frack- Smokinganzüge, Gabardinemäntel, Bauchanzüge, für jede Figur passend. Extra-Angebote für neue Garderobe. Pelzjacken 50.—, Pelzmäntel 95.—, Sportpelze 65.—, Gehpelze 100.—. Keine Lombardware!

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Bauchanzüge, jede Figur passend, Herren- und Damenpelze, enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Halleisches Tor.

Gerlach hochelegante Gesellschaftsanzüge Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 103.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Bauchanzüge, Winterulster und Paletots, für jede Figur passend und in jeder Form stets vorrätig; außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Herren- und Damenpelzen. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 103, eine Treppe. Keine Lombardware.

Wenig getragene Jackettanzüge Spezialität blau, zweireihig, auf Seide 40.— Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taffenmäntel Paletots, alles zu Spottpreisen. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204 (Ecke Rosenthaler Straße) Keine Lombardware.

Rosenthalerstraße 48, 1 Treppe. Nähe Hackescher Markt. Wenig getragene Kavaliersanzüge, Paletots, Smokings, Gelegenheitskäufe neuer Garderoben, alle Weiten, fabelhaft billig Schendel

Möbel

Zahlungs-Erleichterung ohne Preisaufschlag. Schlafzimmer 550.—, Speisezimmer 450.—, Herrenzimmer 300.—, Ankleideschränke mit Spiegel 95.—, Küchen, Polstermöbel Möbelhaus Stein Weinbergweg Nr. 24.

Möbelkäufer merke Kredit und bar Möbelbazar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 455.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 185.—, Spiegelschränke 118.—, Dielengarnitur 30.—, Anrichtekuche 99.—, Waschnachttische 66.—, Kleiderschränke 48.—, Chaiselongues 29.—, Metallbettstelle 18.—, Aufleger-matratze 13.— Sonstige Möbel angemessene Preise Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre Mäk Ring. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Berlin-Allianzstraße 93 Unterpunkt Bahn; 4. Spezialabteilung: Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft: Kottbusser Straße 23, gegenüber Elitesänger. Katalog franko.

Möbel-Kamerling. Kaiserallee 56. Nußbaum-Büfetts, Kredenzen, Schreibtische, Salambaue Riesenauswahl Spottpreise Zahlungserleichterung

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Aufleger-matratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn, Kein Laden.

Chaiselongues, wie neu, 20 M. Pappelallee 12.

Patentmatratzen, Polsterauflagen, 5.—. Pappelallee 12. Pankow Schmidtstr. 1.

Ohne Anzahlung bis 24 Monatsraten. Schlafzimmer, Küchen, Ankleideschränke, Metallbettstellen, Chaiselongues, Sofas, Federbetten, Antel, Große Frankfurterstraße 34 (Strausberger Platz).

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34. Hausnummer achten. Schlafzimmer, echt Eiche, 475.—, 590.—, 180 breit 675.—. Echt Birke poliert mit Frisiertoilette, schwer gearbeitet, 180 breit, 795.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34. Hausnummer achten. Ankleideschränke, Nußbaum, Eiche, weiß, 125.—, 160.— usw. Diplomaten-Schreibtische 79.—. Schreibsessel, echter Lederessel, 29.— Fluxgarderoben 29.50. Plüschsofas 98.—. Ruhebetten, Ia Material, 39.—, 45.—. Ausziehtische 39.—. Rohrstühle 5.85 Englische Bettstellen 36.—, 48.—, 60.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34. Hausnummer achten. Herrenzimmer, große Bibliothek mit kaukasisch Nußbaum, Diplomat mit englischen Zügen runder Tisch, Lederstühle, Lederessel, 475.—, 590.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34. Hausnummer achten. Speisezimmer, Büfett mit runder Vitrine, großen Ausziehtisch Kredenz, echte Lederstühle, 495.—, 575.—, 685.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34. Hausnummer achten. Einrichtekuchen, Emaillelack, 115.— 148.— bis 350.—. Echte weißfüßige lackierte Küchen 160 breit, 275.— Metallbetten Messingverzierung, extra stark, 21.—, 27.—. Bettdiaflessel 12.—, 14.— bis 28.—. Kataloge werden nicht versandt, da die Preise sehr herabgesetzt. Lieferung erfolgt bis 100 Kilometer mit eigenen Autos frei Haus. Sehen und staunen. Schriftliche Garantie auf jedes Stück.

Musikinstrumente

Klaviere, überaus preiswert Pianofabrik Pick, Brunnenstraße 43

Klaviere. 150.—, 175.—, 200.—, 275.—, 425.— gebrauchte, große Auswahl auch in neuen Lamadkriege Garantie Besichtigung lohnend. Teilzahlung gestattet. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1887 Pianos, Flügel Harmoniums, 100 Instrumente, Auswahl, anerkannte Tonschönheit, Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebraucht 400 Mark gutes Gelegenheitskäufe Alte Instrumente Gegenrechnung Pianofabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 37 (Spittelmarkt)

Gelegenheiten, neue Pianos, gebrauchte 500.—. Teilzahlung. Herer, Prinzenstraße neunzig.

Fahrräder

Gebrauchte, Riesenauswahl, Winterpreise, Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

300 gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Edelsteine, Biel, Goldkäufer, Silberschmelze Goldschmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 39 (Haltestelle Adalbertstraße)

Wäschereien

„Diamant"-Wäscherei, Berlin, Brunnenstraße 192, Norden 2860 und 6953, gegründet 1896, wäscht mit besten Seifen. Beilage 0,38, Laken 0,29 Damenhemd 0,20. Preisliste verlangen. Abholung täglich per Automobile kostenlos.

Großwäscherei und Feinplätterei Walter Unruh, Frankfurter Allee 271, Andreas 6007. Wäscht wie seit 1902 bekannt reell, gut, daher billig nur mit Sunlichtseifen, keine unmöglich erscheinende Versprechung. Versicherungsfreie Abholung von 8 Mk. an. Beilbesum 30, Laken 20, Kopfkissen, Damenhemd 15, Seidenhemd 5 Pfg. Fabrik.

Vermietungen

Wohnungen

Bauherr vermietet in Pankow, Prinz-Heinrich-Straße 2, 2½-Zimmerwohnungen. Bad, Warmwasser, Ofenheizung, gegen Wohnberechtigungsschein, bei günstigen Bedingungen Müller, Oranienburgerstraße 8, Norden 7652.

Wie steht es um unser Wohnungswesen?

Eine Rückschau auf das Jahr 1929.

Der Städtische Nachrichtendienst gibt über den Stand des Wohnungs- und Siedlungswesens in Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. September 1929 einen Bericht heraus, dem wir folgendes entnehmen:

Auch im Jahre 1929 hat die Besserung des baulichen Zustandes der Wohnungen, wenn auch nicht im wesentlichen Umfange, angehalten. Besonders in den dicht bevölkerten Bezirken ist der Zustand der kleinen Wohnungen vielfach noch äußerst mangelhaft. Es mußte eine größere Zahl von Wohnungen aus baupolizeilichen Gründen gesperrt oder wegen ihres mangelhaften Zustandes dem Vermieter zur Vermietung freigegeben werden. Die Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden an Wohnungen wurden auf Grund des § 6 des Reichsmietengesetzes, des Wohnungsgesetzes und der Wohnungsordnung getroffen. Die Wiedereinführung der systematischen Wohnungsaufsicht und -pflege war leider noch nicht möglich. Es wurde jedoch auf Antrag in verschiedenen Fällen, aber auch durch die Verwaltung, vom Eigentümer die Beseitigung von Mängeln verlangt, wenn der bauliche Zustand von Wohn- und Schlafräumen (auch Küchen), des Zubehörs, der Hausflure, Treppen, Höfe und der sonstigen, der gemeinsamen Benutzung der Bewohner dienenden Teile des Hauses, den gesundheitlichen und sicherheitspolizeilichen Forderungen nicht entsprach.

In 15 409 Fällen mußte gegen die Eigentümer mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen werden.

Im Jahre 1929 wurden in Berlin 40 617 Wohnungen als vermietbar gemeldet. Diesem Gesamtangebot stand die Zahl von 182 107 Wohnungsuchenden gegenüber, die aus dem Jahre 1928 übernommen wurden und zu denen im Laufe des Jahres 75 796 neue Anmeldungen traten, so daß sich die Gesamtnachfrage im Berichtsjahr auf 257 903 belief. Da einschließlich der aus dem Jahre 1928 übernommenen 556 Wohnungen insgesamt 37 278 Wohnungen vergeben wurden, verringerte sich die Nachfrage auf 220 625. Aus den Listen der Wohnungsämter sind im Laufe des Jahres ohne Zuweisung einer Wohnung zahlreiche Wohnungsuchende durch Tod, Fortzug und dergleichen ausgeschieden. Die Gesamtzahl der am 31. Dezember 1929 eingetragenen Wohnungsuchenden belief sich nach den Meldungen der Wohnungsämter auf 215 219. Die Zahl der im letzten Jahre an von außerhalb Zugezogene erteilten Wohnberechtigungsscheine betrug 34 923; sie hat sich also gegenüber dem Vorjahre — 30 874 — um rund 13 Prozent vermehrt. Gegen das Jahr 1927, in dem 26 069 Wohnberechtigungsscheine ausgestellt worden sind, beträgt der Zugang rund 34 Proz. und gegenüber dem Jahre 1926, in dem die Zahl der Wohnberechtigungsscheine 20 526 betrug, beläuft sich der Zugang sogar auf 14 397 = rund 70 Prozent.

Das bisher übliche Verfahren, Wohnungsuchende auf Antrag innerhalb Berlins von einem Wohnungsamt zu einem anderen zu überweisen, ist im Januar 1929 aufgehoben worden.

Nach der Verordnung über die Bewirtschaftung des Wohnraumes für Reichs- und unmittelbare Staatsbeamte und für Reichswehrangehörige vom 29. Mai 1925 verfügen die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden sowohl über Altwohnungen, die durch Versetzung usw. von Beamten frei werden, als auch über Altwohnungen, die dadurch frei werden, daß ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter eine aus Mitteln des Reiches oder Staates errichtete Neubauwohnung zugewiesen erhält, und zwar nach dem Erlasse des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 7. September 1925 auch dann, wenn neben den Reichs- und Staatsmitteln noch andere Mittel, insbesondere aus dem Hauszinssteueraufkommen, gewährt worden sind. Eine zahlenmäßige Erfassung der Fälle wird nicht mehr vorgenommen, da das Zentralwohnungsamt zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs nur noch in solchen Fällen mitwirkt, in denen sich Schwierigkeiten bei Besetzung der Wohnungen herausstellen.

Nach den Bedingungen der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. und den mit ihr getroffenen Vereinbarungen müssen diejenigen Personen, die eine „Hauszinssteuer-Neubauwohnung" übernehmen oder einen Neubau mit Mitteln der Hauszinssteuer errichten, entweder in Berlin wohnberechtigt sein oder ihre Altwohnung der Wohnungsfürsorgegesellschaft bzw. dem Zentralwohnungsamt bedingungslos zur Verfügung stellen.

Im Jahre 1929 sind auf diese Weise 2734 Altwohnungen frei geworden, die wieder an Wohnungsuchende vergeben werden konnten.

Demokratie und Faschismus.

Die deutsche Arbeiterschaft muß wachsam bleiben.

Vor den Mitgliedern des Kreises Schöneberg der Sozialdemokratischen Partei sprach Professor Dr. Heller über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem faschistischen Italien und dem demokratischen Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft, die verpflichtet ist, wachsam die faschistischen Parteien in Deutschland zu beobachten, muß wissen, aus welchen Ursachen Mussolini seinen Marsch auf Rom antreten konnte. Schuld tragen die Unfähigkeit des bürgerlichen Liberalismus, die Zerrissenheit der Sozialdemokratie, die zwar im Parlament über 150 Abgeordnete verfügte und in 3000 Gemeinden die Mehrheit hatte, aber sich im Streit um Theorien erschöpfte, und das sinnlose Treiben der Kommunisten, die planlos und ziellos Fabriken besetzten und so die Schwankenden in die Arme Mussolinis trieben. Der faschistische Diktator nahm den Arbeitern jede Freiheit und jedes Koalitionsrecht. Er schuf das äußeren Scheines willen die staatlichen Gewerkschaften, die sich nach den Befehlen der Regierung zu richten haben. Die deutschen Faschisten haben als Hauptpunkte ihres Programms die Beseitigung von Zinsknechtschaft und Korruption aufgestellt. Mussolini hat die Zinsknechtschaft Italiens gegenüber Amerika und seinen anderen Gläubigern nicht beseitigen, er hat die Finanz- und Wirtschaftsnot Italiens nicht in wirksamer Weise beheben können. Auch ein faschistisches Deutschland wäre nicht in der Lage, die Schulden von sich zu werfen und die Bezahlung zu verweigern. Wie ist es bei der Korruption? Im demokratischen Deutschland sorgt Presse- und Redefreiheit dafür, daß die Korruptionsfälle aufgedeckt und bereinigt werden. In Italien ist es verboten, über Korruption zu schreiben, und so steigt die Verrottung von Tag zu Tag. Die deutsche Arbeiterschaft muß die Gefahren des Faschismus erkennen, sie muß gegen sie gewappnet sein. Daneben muß immer wieder zum schreckenden Beispiel auf die Brutalität des italienischen Faschismus hingewiesen werden, der keine Bluttat, keine Folter scheut. Aber auch gegen einen versteckten Faschismus gewisser Bank- und Industriekreise muß die Sozialdemokratie auf der Hut sein und ihn durch Stärkung und Betätigung ihres Einflusses in Regierung und Verwaltung abwehren.

Schafft Ledigenwohnungen!

In der Aula der staatlichen Elisabethschule, Kochstr. 66, veranstaltete die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Zweigstelle Groß-Berlin, einen Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema „Die Wohnungsnot der Alleinstehenden".

Die Referentin des Abends, Else Fisch, Vorsitzende des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamtinnen, schilderte anschaulich die seelische Not der alleinstehenden Frau unserer Tage und beleuchtete sodann die praktische Lösung dieses Problems. Es ist noch gar nicht allzulange her, seit die Oeffentlichkeit von der Not der Alleinstehenden in ihren Wohnverhältnissen Notiz genommen hat. Die alleinstehende Frau wurde immer noch mehr oder weniger in die Kategorie der überzähligen alten Jungfer eingereiht. Heute aber, wo sich auf der einen Seite durch den Krieg der Frauenüberschuß noch erhöht hat, auf der anderen Seite aber die Frau immer mehr und mehr ihren Platz im öffentlichen Berufsleben erobert und behauptet, ist sie genau wie ihre verheiratete Geschlechtsgenossin berechtigt, Anspruch auf eigenes Leben im eigenen Heim zu erheben. Wenn man auch schon ein wenig guten Willen gezeigt hat, durch Auflockerung der Gesetze, Bau von Ledigenheimen usw., so muß doch noch mehr, viel mehr geschehen, um der Alleinstehenden den Erwerb eines eigenen Heims, vor allem in materieller Beziehung, zu ermöglichen.

600 Anträge auf Grund des Tumultschädengesetzes.

Ein Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit mehreren Anträgen, die bereits aus dem Mai vorigen Jahres stammen und die Entschädigung der von den Maiunruhen Betroffenen zum Ziel haben. Der Vertreter des Magistrats erklärte, daß der beim Polizeipräsidium auf Grund des Tumultschädengesetzes gebildete Ausschuß sämtliche Anträge (etwa 600) bereits erledigt habe. Einige Beschwerden schwebten noch beim Reichswirtschaftsgericht. Nach dem Tumultschädengesetz hat die Stadt ein Drittel der Entschädigung (etwa 40 bis 50 000 Mark), der Staat die Restsumme zu tragen. Der Ausschuß hat sich ohne Beschlußfassung vertagt, weil er das gesamte Material vom Magistrat zu erhalten wünscht.

Bernauer Schulstreik beendet.

Wie wir seinerzeit mitteilten, war in Bernau-Süd ein Schulstreik ausgebrochen. Die Eltern weigerten sich, ihre Kinder zur Schule zu schicken, da der Weg bis dahin zu weit war und die Kinder wiederholt unterwegs belästigt worden waren. Sie verlangten von der Stadt Schaffung einer Fahrgelegenheit, die die Stadt aber aus finanziellen Gründen ablehnte. Nun hat, wie wir hören, die Elternschaft auf Einwirkung der Schulbehörden ihren Widerstand aufgegeben. Die Eltern wollen versuchen, auf ihre Kosten eine Fahrgelegenheit zu errichten. Der Streik hat im ganzen zehn Tage gedauert.

Weitere Beurlaubung des Oberbürgermeisters.

Der Urlaub des Oberbürgermeisters Böß ist vom Oberpräsidenten vorläufig bis zum 31. März 1930 verlängert worden.

Wenn Schmerzen .....
Togal-Tabletten!
Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten.** Lt. notar. Bestätig. anerkennen über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren die gute Wirkung des Togal! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfernt die Harnsäure! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken ℳ 1.40. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. at. 100 Amyl.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Im Zeichen der Sparmaßnahmen.

1. Bezirk — Mitte.

Die Bezirksversammlung stand unter dem Zeichen der Berliner Sparmaßnahmen. Die Kommunisten benutzten natürlich jede Vorlage, in denen mitgeteilt wurde, daß dieser oder jener Beschluß der Bezirksversammlung wegen der schwierigen finanziellen Lage nicht durchgeführt werden könne, zu einem wüsten Geschimpfe auf den Magistrat, das Bezirksamt und vor allem auf die verruchte Sozialdemokratie. Offenbach legten es die Kommunisten darauf an, daß die Sitzung aufflieg. Aber da die Regie bei der Besetzung der Tribünen nicht recht geklappt hatte und da die übrigen Parteien das hysterische Geschrei der Kommunisten mit Lachen quittierten, ging die Versammlung in ziemlicher Ruhe zu Ende. Angenommen wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei ein kommunistischer Antrag, der die sofortige Amtsentsetzung des Oberbürgermeisters ohne jede Pension verlangt. Die Sozialdemokraten hatten Uebergang zur Tagesordnung beantragt. — Die übrigen kommunistischen Anträge, die durch alle Bezirksversammlungen reisen, wurden abgelehnt oder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In der nichtöffentlichen Sitzung verstieg sich der kommunistische unbesoldete Stadtrat Bernstein zu der flegelhaften Bemerkung, daß ein breiter Steiß oder ein noch weiteres Gewissen dazu gehöre, um Stadtrat zu werden. Da aber Herr Bernstein nicht allzu ernst genommen wird, waren die anwesenden Vertreter des Bezirksamtes nicht sonderlich beleidigt; dafür kam aber prompt die Gegenfrage, zu welcher dieser beiden Arten sich denn Herr Stadtrat Bernstein rechnet. Der „Herr Stadtrat" blieb leider die Antwort schuldig.

Wahl der unbesoldeten Stadträte.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung stand die Wahl der unbesoldeten Stadträte auf der Tagesordnung. Es wurden gewählt: Die Genossen Marske und Dittmer, der Demokrat Braun, der Kommunist Gehlmann und die deutschnationalen Schulze und Rosenthal. Zur allgemeinen Erheiterung der Bezirksversammlung hatte die KPD.-Fraktion eine Liste eingereicht, auf der fünfzehn Vorschläge verzeichnet waren, d. h. sämtliche anwesenden Bezirksverordneten. In einem Antrage verlangte die kommunistische Fraktion die Auszahlung der am 19. Dezember v. J. von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und vom Magistrat abgelehnten Winterbeihilfe durch die Bezirkskasse. Der Redner der KPD. machte den Stadtverordneten aller Fraktionen — natürlich mit Ausnahme der Kommunisten — den Vorwurf, daß es ihnen mit dem seinerzeitigen Beschluß, somit also einer Hilfe für die in Not Geratenen nicht ernst sei. Zum Schluß verlangte er noch den Beschluß eines Mißtrauensvotums gegen den Magistrat und dessen sofortigen Rücktritt. Der sozialdemokratische Bezirksverordnete Robinson setzte in längeren Darlegungen auseinander, daß die Kommunisten bisher noch nicht bewiesen hätten, daß es ihnen mit der Linderung der Not wirklich ernst sei und daß ihre Phrasen den Notleidenden bisher nur Steine statt Brot gebracht hätten. Wenn die Kommunisten die ernste Absicht hätten, im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten den Aermsten zu helfen, so bietet die Ausnutzung der Arbeitermehrheit in der Stadtverordnetenversammlung dazu jederzeit die Gelegenheit. Bisher hat es aber an einer Verständigungsmöglichkeit mit den Kommunisten gefehlt. Es erfolgten dann noch einige Wahlen zu verschiedenen Ausschüssen.

Nationalsozialistische Schwätzer.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung stimmte dem Beschluß des Wahlausschusses, von einer Ausschreibung der Stellen zweier besoldeter Bezirksamtsmitglieder Abstand zu nehmen, ohne Debatte zu. Anschließend behandelte die Bezirksversammlung drei Anträge der Nationalsozialisten. In einem Antrage forderten die Nationalsozialisten die Schließung des an der Haupt-Ecke Grunewaldstraße befindlichen Rummelplatzes bzw. die Ausweisung desselben als Baugelände. Der Rummelplatz liegt zwar nicht auf Schöneberger Gebiet, sondern gehört zum Bezirk Tiergarten; trotzdem verlangte der Nationalsozialist Löpelmann die Schließung. Von der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich Flatau zwar nicht gegen die Rummelplätze im allgemeinen, sondern gegen die besondere Atmosphäre, die auf den Berliner Rummelplätzen herrsche. Er hielt den Antrag der Nationalsozialisten in dieser Form nicht für annehmbar und beantragte eine Prüfung, ob und unter welchen Voraussetzungen die Plätze in ihrer jetzigen, die Jugend gefährdenden Form beseitigt werden können. Der Abänderungsantrag fand Annahme, nur die KPD. war gegen den Antrag. Genosse Flatau wies ferner darauf hin, daß wir alles Interesse daran haben, der Jugend andere Erholungs- und Unterhaltungsstätten zu schaffen und kündigte einen dementsprechenden sozialdemokratischen Antrag, der in der nächsten Sitzung beraten werden wird, an. In einem zweiten Antrag verlangten die Nationalsozialisten die sofortige Einstellung des Warenhausneubaues der Firma Tietz in der Rheinstraße. Der Sozialdemokrat Buchholz wies darauf hin, daß bei dem Neubau viele hundert Arbeiter und auch eine Reihe Gewerbetreibender Beschäftigung finden. In einem dritten Antrag verlangten die Nationalsozialisten den sofortigen Abbau der Oberturnratsstelle in Schöneberg, die der demokratische Stadtverordnete Zobel bekleidet. Selten hat sich eine Fraktion so lächerlich gemacht, wie die Nationalsozialisten mit diesem Antrag. Während sie in der vorletzten Sitzung der Anstellung des nicht notwendigen Magistratsoberbaurats zustimmten, verlangten sie hier den Abbau einer Stelle, deren Abbau zur Zeit gesetzlich nicht möglich ist. In einer mit beißender Ironie gewürzten Rede geißelte Genosse Flatau das Verhalten der Nazis.

Strafanträge gegen die Krakeeler.

14. Bezirk — Neukölln.

Den von uns bereits gemeldeten Vorgängen im Neuköllner Bezirksparlament ist noch nachzutragen, daß die angegriffenen Bezirks- und Stadtverordneten gegen die kommunistischen Rowdys Strafantrag stellen werden. Wie die Kommunisten in Zukunft zu „arbeiten" gedenken, hat Lange ausgesprochen. Nach seinen verworrenen Reden will die kommunistische Fraktion ihre „schlagenden Beweise" fortsetzen. Auch die „Würde" des Vorstehers soll nach Lange bei Gelegenheit hinter dem Vorsitzenden herfliegen. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesen Drohungen zu begegnen wissen und zwar so lange, bis die Kommunisten von ihren bolschewistischen Methoden ablassen. Als die Verschärfung der Geschäftsordnung angenommen war, konnte die Sitzung bis zur Vertagung um 10½ Uhr ruhig durchgeführt werden. Ein Beweis, daß die KPD. nur durch scharfe Maßnahmen zur Ruhe gezwungen werden kann.

Das Berliner Berufsschulwesen.

Ein Vortrag des Stadtschulrates.

Im Rahmen einer von der Verwaltungsakademie Berlin veranstalteten Vortragsreihe sprach Berlins Stadtschulrat Nydahl über „Die Entwicklung des Berufsschulwesens in Berlin".

Vor 25 Jahren wurden die ersten Einrichtungen auf dem Gebiete des Berufsschulwesens in Berlin geschaffen. Im Rahmen reichsgesetzlicher und staatlicher Gesetzgebung wurden Möglichkeiten für die Einrichtung einer Pflichtberufsschule geschaffen. Handel und Gewerbe waren in Berlin die treibenden Faktoren für die weitere Ausgestaltung. Nach der Bildung der Stadtgemeinde wurde erst eine besondere Deputation für das Berufsschulwesen geschaffen und im Jahre 1926 das Ortsstatut für die Durchführung der Berufsschulen eingeführt. In einer Gemeinde wie Berlin war es möglich, zu einer sehr starken fachlichen Gliederung zu kommen. Neben der beruflichen Ausbildung — theoretisch und praktisch — wird die Erziehung zum Staatsbürger als wesentliches Ziel erstrebt. Für körperlich und geistig Behinderte sind Sondereinrichtungen — Hilfsschulen — geschaffen und sowohl für Lehrlinge wie weitergebildete Handwerker und Kaufleute besteht eine große Zahl von wahlfreien Kursen. Zur Weiterbildung für die technische und künstlerische Ergänzung des gewerblichen Nachwuchses dienen die zahlreichen Kurse an unseren höheren Fachschulen, die in erster Linie aber dazu bestimmt sind, in der Metall-, Holz- und Bekleidungsindustrie die geeigneten Fachkräfte zu erstellen. Die Mittel werden aufgebracht aus Arbeitgeberbeiträgen, die von den Gewerbetreibenden zu zahlen sind, von den Staatszuschüssen und den städtischen Aufwendungen, insgesamt jährlich rund 20 Millionen Mark.

Finanznot und Sozialetat. Für jeden Sozialarbeiter steht heute die Frage im Vordergrund: wird man bei der Finanzlage im Reich nicht den Versuch machen, gerade die im Augenblick so besonders überlastete Wohlfahrtspflege noch durch Abstriche im Etat schwerer zu belasten? Genossin Toni Sender gibt im Leitartikel der neuen „Arbeiterwohlfahrt" „Finanznot und Sozialetat" die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wieder und versichert, daß die Fraktion alles daran setzen wird, den Sozialetat ohne Abstriche zu erhalten. Genosse Schurmann teilt in seinem Aufsatz „Streusiedlungen für Tuberkulöse" einen eigenartigen Versuch des Landkreises Bielefeld zur Heilung von Tuberkulose mit. Ihm folgen die verschiedensten Abhandlungen über Ausbildungsfragen.

Arbeit für die Opfer des Krieges!

Die Stadt Berlin und die Erwerbsbeschränkten

Neben den Millionen an Todesopfern, die der Krieg gekostet, sind Hunderttausende der aus dem Felde Heimgekehrten nicht mehr in vollem Besitz ihrer ehemaligen Körperkräfte und ihrer beruflichen Geschicklichkeit. Viele sind überhaupt nicht mehr in der Lage, ihre frühere Tätigkeit auszuüben, sie mußten einen neuen Beruf ergreifen. Andere sind durch Herabminderung ihrer Körperkräfte oder infolge Verlustes oder Verkrüpelung von Gliedern in ihrem Erwerb mehr oder weniger beschränkt. Zu den Schwerkriegsbeschädigten zählen vor allem die Vollblinden und die Nervenkranken.

Arbeit mußte beschafft werden.

Allen diesen bedauernswerten Opfern des wahnsinnigen Krieges mußte auch durch die Stadt geholfen werden. Schon während des Krieges wurden „Lazarettbeschäftigungswerkstätten" errichtet, die Unterbringung der Schwerbeschädigten in Handel und Industrie wurde durch das „Schwerbeschädigtengesetz" geregelt. Im November 1921 wurde dann der Versuch unternommen, Lehr- und Beschäftigungswerkstätten für die Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge zu gründen mit dem Ziel, eine berufliche Vollleistung bei größter Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Vom Reichsbekleidungsamt wurden zunächst die Betriebe der Schuhmacherei und Schneiderei übernommen; später gelang es, eine Abteilung aufzuziehen, in der zerstörte Fernsprechgeräte aus den Heeresbeständen zerlegt und wieder verwandt werden konnten. Für die Blinden kam vor allem Tabakzupfen in Betracht.

Die Finanzierung geschah aus den Mitteln der Hauptfürsorgestelle und aus den Beträgen, die aus der Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes aufkamen. Um die Geschäftsführung freier und beweglicher zu gestalten, erfolgte Januar 1924 die Bildung der „Berliner Lehr- und Beschäftigungswerkstätten für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene und andere Erwerbsbeschränkte G. m. b. H.". Alleiniger Gesellschafter ist die Stadtgemeinde Berlin. Wenn ursprünglich bei der Gründung der Werkstätten nur an Kriegsbeschädigte gedacht worden war, so führte die Entwicklung dazu, den Personenkreis allgemein auf fast alle Arten der Erwerbsbeschränkung auszudehnen. Zurzeit betreibt die Gesellschaft: Schuhmacherei, Zigarrenkisten- und Holzemballagenfabrik, Zigarrenfabrik, Bau- und Möbeltischlerei, Kistenfabrik, Betriebsschlosserei mit Kabelzeichenstanzerei. Besonders erfreulich konnte die Beschäftigung jugendlicher körperlich Behinderter gesteigert werden.

Der Betrieb wurde ausgebaut.

Die Gesellschaft muß ihre Erzeugnisse bei einwandfreier Herstellung und Verwendung besten Materials zu Konkurrenzpreisen liefern. Die vielfach vertretene Meinung, daß solchen Betrieben Aufträge aus Mitleid oder aus sozialer Einstellung ohne besondere Anstrengung zufließen, ist irrig. Um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, war es unbedingt nötig, den Betrieb maschinell und technisch auszubauen. So sind zurzeit 54 Arbeitsmaschinen für Holz und Metall und andere Rohstoffe mit einer gesamten elektrischen Antriebskraft von zirka 150 PS. Diese technische Ausrüstung gestattet nun die Erzielung einer größtmöglichsten Leistungsfähigkeit und eine weitgehende Spezialisierung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Der Betrieb ist industrialisiert. Die Beschäftigten befinden sich in einem völlig freien Vertragsverhältnis zu der Gesellschaft, wie jeder andere Arbeitnehmer im Privatbetrieb. Die Arbeitszeit und die innerbetrieblichen Verhältnisse sind durch die Arbeitsordnung geregelt.

Im Monat August 1929 waren in den Werkstätten insgesamt 207 Personen beschäftigt. Davon waren 18 Leicht-, 16 Schwerkriegsbeschädigte, 18 Unfallbeschädigte, 5 Kriegerwitwen, 7 Kriegerwaisen, 61 von Geburt körperlich Behinderte und 81 besonders schwieriger Verhältnisse wegen eingestellt. Selbstverständlich wechselt die Belegschaft dauernd, denn man sucht denjenigen, deren Leistung als genügend bzw. als normal bezeichnet werden kann, mit Hilfe des Arbeitsamtes wieder die Möglichkeit zu geben, ihrer Arbeit in den Betrieben und Fabriken der Privatindustrie nachzugehen.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 21. 2. Staats-Oper Unter d. Linden 7¾-10. 1. Fr. Nr. 1 Jahres-Abo.-F. Nr. 50 19 Uhr Tannhäuser Ende g. 23 Uhr

Freitag, 21. 2. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr Rigoletto Ende 22½ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik Vorst. 31 20 Uhr Die heimliche Ehe Ende gegen 22 U.

Staatl. Schauspl. am Gendarmenmarkt St. R. 4 Fr. Nr. 5 Jahres-Abo.-F. Nr. 45 20 Uhr Südpol-Expedition des Capitäns Scott Ende 21¾ Uhr.

Staatl. Schiller-Theater, Charlottbg. 20 Uhr George Dandin – Boubouroche Ende gegen 22¼ Uhr

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Das Gerücht Komödie in 14 Bildern v. C. K. Munro Regie: K. H. Martin

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr George Dandin Boubouroche

Theater am Schiffbauerdamm 8½ Uhr Die Gartenlaube

Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Die heimliche Ehe

Winter Garten 8¼ Uhr — Ztr. 2819 — Rauchen erlaubt Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8¼. — 4 Uhr kleine Preise Ikarische Sportliche Tänzerische Circensische Humoristische Höchstleistungen Das führende Varieté

Komische Oper Friedrichstr. 104. Merkur 1461/4330. Allabendlich 8¼ U. Hulla di Bulla Schwank von Arnold und Bach

Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23. Täglich 8¼ Uhr Liebe auf den zweiten Blick

Theater d. Westens Täglich 8¼ Uhr: Hotel Stadt Lemberg Musik von Gilbert. Käthe Dorsch Leo Schützendorf

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr: 3 Musketiere Regie: ERIK CHARELL. 3 Sonntag nachm. angek. halbe Pr.

LICHT BURG am Gesundbrunnen Ab 21. Februar: Das große Varieté-Programm: Eric Borchardt mit seiner Jazzkapelle, Lotte Werkmeister, 4 Price, die berühmten Ilenrx, Emanuel Trupp, russische Wilschkus, E. Rastenus, Ins. Fl. musical: Ellen Richter in „Frau ohne Nerven" Täglich 5.30 8 8.30 Uhr.

..und zum Abendbrot – ein Glas Sello-Wein

	¾ Lit.	1/1 Lit.
Weinbrand Verschnitt	2.80	3.35
Original-Weinbrand	3.40	4.35
Jamaika Rum Verschnitt, 55%	3.–	3.75
Rotwein „Marca Española"	–.75	–.95
Feinster Tarragona	–.95	1.15
Griech. Muskatell, vollsüß	1.–	1.20
Echter roter Bordeaux, 1/1-Fl. von	1.35 an	
Echter weißer Bordeaux, 1/1-Fl. von	1.75 an	
Souta Limax, der Stärkungswein, 1/1-Fl. von	1.65 an	
Obst- und Südweine vom Faß, pro Liter von	–.75 an	

Preise ohne Glas

Hermann Sello GMBH

N: Oderberger Str. 7, Dronthelmer Str. 8, Schwedenstr. 18b, Scherenstr. 2, Müllerstr. 93
NO: Eibinger Str. 30, Bötzowstr. 14
NW: Bredowstr. 8, Emdener Str. 5
O: Boxhagen. Str. 115
W: Maaßenstraße 18
S: Prinzenstraße 24
Baumschulenweg: Baumschulenstr. 12
Charlottenburg: Dernburgstraße 12
Cöpenick: Bahnhofstraße 19, Schloßstraße 36
Neukölln: Bergstraße 160, Fuldastraße 4–8
Steglitz: Düppelstraße 28, Schützenstraße 14, Albrechtstr. 16
Südende: Lichterfelder Str. 7
Tegel: Schlepenstraße 21
Treptow: Grätzstraße 13
Wilmersdorf: Leuenburger Str. 9

8. 2. Neueröffnung: SO 36, Manteuffelstr. 56

SCALA Tägl. 5 u. 8½ Uhr. Barbarossa 9250 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M. Con Colleano, 4 Gronetts und weitere zum 1. Male in Europa gezeigte Spitzenleistungen

PLAZA Tägl. 5 u. 8¼ Zcunt. 2., 3 u. 8° A'ec. E 4, 8066 INTERNAT. VARIETÉ

Direktion Dr. Martin Zickel Komische Oper Friedrichstr. 104 Merkur 1461 4330. Nach vollständigem Umbau Täglich 8¼ Uhr Hulla di Bulla Schwank von Arnold und Bach mit Guido Thielscher, Schutz, Schroth, Burg, Hildebrand, Walter Sonntag nachmittag 4 Uhr: Frau ohne Kuss!

Lustspielhaus 8½ Friedrichstr. 236. Bergmann 2922 23. Liebe auf den zweiten Blick. Hermann – Haeck. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Jeder einmal bei SARRASANI Täglich 7½: Gr. Vorstellung. Sonnabend nachmittags 3 Uhr: Familien-Vorstellung. Kinder zahlen auf Plätzen von 2.20 Mk. aufwärts halbe Preise. Tel. Bülowwald 6326/36, 5800

Deutsches Theater O. 1. Norden 12 310 Tägl. 8¼ Uhr Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele O. 1. Norden 12 310 8 Uhr Der Kandidat von Carl Sternheim Regie: Hans Feldrich.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516 8¼ Uhr Victoria von S. Maugham. Regie Max Reinhardt. Musik: Mischa Spoliansky.

Direktion Dr. Robert Klein Deutsches Künstler-Theat. Barbarossa 3937 8¼ Uhr „Eins, zwei, drei" von Franz Molnar mit Max Pallenberg. Vorher: Souper

Berliner Theater Dönhoff 170 Täglich 8¼ Uhr Die Straße mit Albert Bassermann. Regie Heinz Hilpert

Kleines Theat. Merkur 1624 Tägl. 8¼ Uhr Der Walzer von heute Nacht! Erika Glässner, Hilde Wörner, Hermann-Schaufuß.

Sonntag 11³⁰ TELEFUNKEN-MATINEE IM GR. SCHAUSPIELHAUS 23. Februar 2 × Marek Weber mit seinem Jazz-Orchester u. seinem Konzert-Orchester. 2. März Richard Tauber Dajos Béla mit seinem Orchester. Vorverkauf: Bote & Bock, Wertheim und Großes Schauspielhaus PREISE: 0,50 BIS 1,50 RM. | PREISE: 1,– BIS 5,– RM.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 A 4 Zentrum 926-927 Direktion Ralph Arthur Roberts 8¼ Uhr . . . Vater sein, dagegen sehr Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 8 Das wunderbare Febr.-Programm! der Stettiner-Sänger Preise 60 Pfg. bis 3 Mk Zentrum 11263 Nachmittags halbe Preise. Dönhoff-Brett! 10 gr. Nummern! Falkner-Orchester, Tanz.

ROSE Theater Große Frankfurter Straße 132 Billettkasse: Alex. 3422 und 3494 Täglich 8.15 Uhr (Sonntags 9 U.) und jeden Sonnabend im Februar auch 11.30 Uhr abends die entzückende Operette v. Millöcker „Gasparone"

Sonntag um 2.30 Uhr u. nächsten Sonnabd. 5 U.: „Aschenbrödel" Sonntag 5.15 U.: „Die Czardasfürstin" Voranzeige: Ab 1. März jeden Sonnabend 11.30 Uhr Nachtvorstellung „Der Mordcapitän"

Barnowsky-Bühnen Theater in der Königgrätzer Straße Täglich 8¼ Uhr Professor Bernhardi von Arthur Schnitzler Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus Täglich 8½ Uhr Der Lügner und die Nonne von Curt Götz

NEUE WELT Arnold Schultz, U-Bahn Hermannpl., Hasenh. 108/14 Gr. Bockbierfest Sonnabend, den 22. Februar 1930 Großes Alpenfest Karten nur im Vorverkauf Telephon: Moritzplatz 4613 Ehren- und Freikarten ungültig

GERMANIA PALAST Frankfurter Allee 313-314 Vom Freitag, den 21. Februar bis Donnerstag, den 27. Februar Der große Ufa-Tonfilm: Der weiße Teufel Hauptrollen: Iwan Mosjukin — Lil Dagover Jugendliche haben Zutritt! Beginn der Vorstellungen: Wochentags 5, 7, 9 Uhr. — Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr, keine erhöhten Preise.

Trianon-Theater Georgenstr. 9 Täglich 8¼ Uhr Die Freundin von Hermann Sudermann

Metropol-Th. 8¼ Uhr Das Land des Lächelns Vera Schwarz, Richard Tauber Musik von Franz Lehár.

Lessing-Theater Norden 10 946 Täglich 8 Uhr Affäre Dreyfus von Rehfisch und Herzog

Operettenhaus Alte Jakobstr. 20/32 (Zentral-Theater) Täglich 8¼ Uhr Die Fledermaus mit Gustav Matzner

Theat. a. Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr auch Sonnt. nachm. 3 U.: zu ermäß. Preisen Elite-Sänger. Das große Fasching-Lach-Programm! Dir.: Die blonde Olly Familien-Sonntag.

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr Lothringer Straße 37. Nur noch wenige Aufführungen Seine Hoheit der Bettler Dazu ein erstklassiger bunter Teil Gutschein für 1–4 Personen Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung, ausgesteuerte u. nichtbezugsberechtigte Mitglieder! Dienstag, den 25. Februar 1930, Mittwoch, den 26. Februar 1930, Donnerstag, den 27. Februar 1930, finden in der Zeit von 10–1 Uhr zwecks Einteilung der Wahlkörper im Gewerkschaftshaus des Verbandshauses, Schalter 15, die Eintragungen statt. Die Ortsverwaltung.

Planetarium am Zoo Verlängerte Joachimsthaler Straße B. 5 Barbarossa 5378 16¼ Uhr Die Wintersternbilder. 18¼ Uhr Der Planet Jupiter. 20¼ Uhr Merkwürdige Sterne (Neue u. Zwerge) Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf. Mittwochs halbe Kassenpreise.

Obstgrundstück Mahlsdorf, m. Hdls. 20x0 – Kaufpl. verkäuf. Müller, Raßwitzer Str. 38a.

Ausschreibung einer Thüringer Pfarrstelle

Im Amtsblatt der Thüringer ev. Kirche vom 1. II. d. J. findet sich folgende Ausschreibung:

„Ausgeschrieben wird eine . . . Pfarrstelle in Eisenberg (Thür.) mit der Tochtergemeinde Saasa . . . . Da ein Antrag nach § 10 des Minderheitengesetzes . . . vorliegt, **können nur Bewerbungen von Pfarrern religiös-sozialistischer Anschauung zugelassen werden.** Solche Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis zum 28. Febr. 1930 an uns einzureichen.

Der Landeskirchenrat der Thüringer evang. Kirche
D. Reichardt."

Wir geben diese Ausschreibung bekannt, fordern Gesinnungsfreunde unter den Geistlichen zur Bewerbung auf und stellen fest, daß der erwähnte Antrag durch die Aktivität der Eisenberger Genossen zustande gekommen ist, die damit einen neuen Weg zur positiven Lösung der Kirchenfrage beschritten haben.

Bund religiöser Sozialisten.
Bruderschaft sozialistischer Theologen.